

Wildcat-Zirkular

Nr. 45 Juni 1998

5 Mark

Ende der Arbeit

oder

Wiederkehr der Sklaverei

Kritik an Rifkin und Negri

Debatte:

John Holloway antwortet ...

Kritik der Sturmhauben ...



Wildcat-Zirkular Nr. 45

Juni 1998

Inhalt:

Editorial	2
Offene Antwort auf einen offenen Brief (John Holloway)	5
Ende der Arbeit oder Wiederkehr der Sklaverei? Eine Kritik an Rifkin und Negri (George Caffentzis)	11
Material: Arbeit und Einkommen (Toni Negri)	31
Indonesien 1998 – Revolution oder Reform	36
(Beiträge einer Veranstaltung in Mannheim)	
Chiapas und die globale Proletarisierung	45
Antwort auf Kritik an »Jenseits der Sturmhauben« (Charles Reeve)	53
Vergessene Erfahrungen aus Nicaragua (N., Köln)	62
Eisenbahnerstreik in Mexiko (Dan LaBotz)	66

Kontakte:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
e-mail: jaa@wildber.aball.de

Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
e-mail: wildcat@link-lev.dinoco.de

Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325
20327 Hamburg, Tel/Fax: 040-3908487

Welt in Umwälzung, Mannheim-Ludwigshafen
Tel: 0621-657746, Fax: -657747
e-mail: suba@wildcat.rhein-neckar.de

Abos:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Bedienungsanleitung

Das Zirkular ist ein **Diskussionsraum**. Artikel beziehen sich auf frühere Artikel und sind manchmal nur so verständlich. Eine »moderne« Firma würde das sicherlich als »virtuellen Erlebnisraum« mit **Sprungmarken**, Hyperlinks und bewegten Bildern gestalten. Unmodern wie wir sind, finden wir Papier angenehmer für die hoffentlich weniger virtuellen LeserInnen. Daher stattdessen diese Bedienungsanleitung. Wenn sie euch genauso unverständlich vorkommt, wie die eures neuen Anrufbeantworters aus Taiwan, dann lest erstmal die Texte. Die meisten Anrufbeantworter funktionieren schließlich auch ohne Anleitung. Und wenn sie erstmal funktionieren, läßt sich auch die Bedienungsanleitung besser verstehen.

Offene Antwort auf einen offenen Brief von *John Holloway*: springe zurück zu Zirkular 39! Seit dem Zirkular 21 (→ »Capital Moves«) haben wir viele Beiträge von John Holloway übersetzt und nachgedruckt.

Zum einen gefiel uns seine radikale Kritik an der neolinken Krisentheorie, wonach der Kapitalismus bereits in ein neues erfolgreiches Akkumulationsstadium eingetreten sei, höchstens ein paar kleine Reformen ließen sich noch durchsetzen. Hierzulande wird das von Leuten wie Joachim Hirsch (das ist der mit dem »nationalen Wettbewerbsstaat« → Kritik von John Holloway und seinem Kumpel Werner Bonefeld in Zirkular 39) verbreitet. Politische Gruppen wie »Fels/Arranca!« benutzen das wiederum als Vorlage für ihr offenes Bekenntnis zu reformistischer Realpolitik, von der wir auch nicht viel halten → Anmerkungen in Zirkular 40/41.

Zweitens erinnert Holloway immer wieder an den Anspruch einer radikalen, destruktiven Kritik des Kapitalismus: der Kapitalismus ist ein instabiles Gebilde, weil er von uns selber produziert wird. Das Kapital ist von der lebendigen Arbeit abhängig, es ist nichts anderes als die Mystifizierung und Verdinglichung unseres eigenen gesellschaftlichen Lebens. Die Arbeiterklasse ist der Stachel im Fleisch des Kapitalismus, und an ihrer subversiven Kraft wird er zugrunde gehen. Die Entwicklungen und krisenhaften Sprünge des Kapitalismus lassen sich nur aus dem Kampf der Arbeiterklasse verstehen, nicht aus irgendeiner Eigengesetzlichkeit »der Wirtschaft« → Zirkulare 28/29, 30/31 und 34/35.

Politisch fanden wir das ermutigend, und theoretisch setzt er Maßstäbe für jede radikale Kritik dieser Gesellschaft. An einigen Punkten blieb er uns aber zu abstrakt, sah die Lösung unserer Problem in zu leichten und geradezu philosophischen Antworten. Vor etwa einem Jahr haben wir ihm das in unserem »offenen Brief« geschrieben, zwischendurch einmal mit ihm diskutiert. Nun antwortet er.

Ein Punkt unserer Diskussion – nicht der wichtigste – ist seine Einschätzung der Aufstandsbewegung in Chiapas/Mexiko → »Chiapas und die globale Proletarisierung« mit einem kritischen Beitrag von *Charles Reeve* in diesem Zirkular.

Ende der Arbeit oder Wiederkehr der Sklaverei von *George Caffentzis* enthält ebenfalls am Rande die Aussage, der Aufstand in Chiapas sei der zentrale Punkt im heutigen weltweiten Klassenkampf. Nachdem er Toni Negri in Grund und Boden kritisiert hat, fällt ihm als Alternative zu dessen Strategie nur der Bezug auf Chiapas ein. Eigentlich schwach, nachdem er den Kampf gegen die uns weiterhin aufgezwungene Arbeit so sehr in den Mittelpunkt gestellt hat – **lassen wir ihn mit Charles Reeve diskutieren.**

Den Text »Ende der Arbeit oder Wiederkehr der Sklaverei« halten wir für zentral, weil er herausarbeitet, daß uns das Kapital nicht so einfach aus seinen Gefängnissen der Ausbeutung entlassen wird. Geschickterweise hat er sich dabei zwei ganz unterschiedliche Theoretiker vorgenommen: den US-amerikanischen Unternehmensberater und Bestsellerautor Rifkin und den italienischen Theoretiker der Arbeitermacht Negri. Beide gehen davon aus, daß das Kapital uns nicht mehr braucht, und wir daher auch das Kapital, d.h. die Orte der Ausbeutung, getrost vergessen können. Das läuft auf die strategische Linie hinaus, die auch hier zunehmend diskutiert wird als »Entkoppelung«, »Lokalökonomie«, »Freiräume«, »Tauschringe« oder Wiederbelebung von Genossenschaften (bei Rifkin gehört das alles irgendwie zum »nicht profitorientierten Sektor«, den er »den dritten Sektor« nennt). Die politische Forderung nach einem Existenzgeld oder Mindesteinkommen, die **Toni Negri** etwas raffinierter als die hiesige Linke in seinem Vorschlag für einen »garantierten Lohn« begründet (→ »**Arbeit und Einkommen**« in diesem Zirkular), bildet den (sozial)staatlichen Rahmen für solche Strategien. Indem er schlüssig aufzeigt, daß wir keinesfalls von einem *Ende der Arbeit* ausgehen können – im Gegenteil! –, entzieht Caffentzis diesen harmonischen Perspektiven den Boden. Solange es Kapitalismus gibt, muß der Kampf gegen die *Sklaverei* jedweder Arbeit im Mittelpunkt stehen.

George Caffentzis stammt aus einer Gruppe in den USA, die sich seit Anfang der 70er Jahre am italienischen Operaismus orientiert. Wir haben in den letzten zehn Jahren viele ihrer Texte übersetzt. 1973 und 1975 erschien die Zeitschrift »Zerowork« (→ auf deutsch in *TheKla* 10), seit den 80er Jahren geben sie die Zeitschrift »Midnight Notes« heraus. Die Diskussion um das Ende der Arbeit ist für Caffentzis nicht neu (→ siehe seine Kritik am Beitrag von Mario Montano in *Zerowork*, der sich an Negri orientiert hatte: »Arbeit, Entropie, Apokalypse«, deutsch in *TheKla* 12; zur Erläuterung des Streits → Caffentzis in Zirkular Nr. 7). Seine Argumentation bleibt allerdings marxistisch-orthodox: er verteidigt die Arbeitswertlehre von Marx, scheint aber zu vergessen, daß das Kapital (d.h. der sich verselbständigende Wert) selber nur das verdinglichte Verhältnis der Produzenten

zueinander und zur Produktion ist. **Caffentzis könnte von Holloway einiges lernen.**

Indonesien 1998 – Revolution oder Reform leitet zur Debatte um Chiapas über. Aber das liegt doch gar nicht in Mexiko! Eben. Die Krise in Asien, die mittlerweile auch Japan ergriffen hat, weitet sich zu einer Bedrohung der globalen kapitalistischen Entwicklung aus. Umso wichtiger zu verstehen, was sie mit den Kämpfen und Revolten der ProletarierInnen dort zu tun hat ...

Chiapas und die globale Proletarisierung besteht aus vier Texten: Auslöser war die Antwort von Charles Reeve auf Kritik an einer von ihm mitverfaßten Broschüre zu Chiapas (die Bedienungsanleitung kann hier kurz bleiben, da die einzelnen Bedienungsschritte im längeren Vorspann zu diesem Teil zu finden sind).

Charles Reeve hat schon 1972 eine grundlegende Kritik am Maoismus geschrieben, die 1975 bei Association auf deutsch erschien: »Der Papiertiger. Über die Entwicklung des Kapitalismus in China«. Er hat sich auch später mit der Entwicklung und den Klassenkämpfen in China beschäftigt (→ »Rückkehr nach China« in WILDCAT 58, 1992; → »Der Papiertiger und die Plastikdrachen« in Zirkular 44). Die Schärfe seiner Kritik an der EZLN in Chiapas, die für viele jüngere Solidaritätsbewegte unverständlich ist, verdankt sich seiner langen Auseinandersetzung mit dem Maoismus und seiner Kritik an sämtlichen Formen des Avantgardismus, der *nach* den Studenten-, Schüler- und Arbeiterrevolten in den Metropolen fröhliche Urstände feierte. Damals hat der Maoismus die Revolte von innen heraus kassiert, heute sind die meisten der damaligen maoistischen Führer Regierungsberater, und mußten ihre Meinungen gar nicht (so sehr) ändern: die maoistischen Führer haben schon immer die Massen als etwas gesehen, das beherrscht und manipuliert werden kann. Charles Reeve ist heute wie damals libertärer Kommunist.

In letzter Zeit haben wir von ihm eine gründliche Analyse der Streikbewegung in Frankreich vom Dezember '95 und eine Einschätzung der Arbeitslosenbewegung veröffentlicht (→ »Sturmwarnung« in Zirkular 25; → »Kampf der Arbeitslosen, Vigi-pirate, garantiertes Einkommen und Ende der Arbeit ...« in Zirkular 44). Im letzten Text schießt Reeve gegen dieselben Ideologien vom »Ende der Arbeit«, die Caffentzis theoretisch auseinandernimmt. Umso auffälliger ist, daß sie in bezug auf Chiapas und die EZLN völlig entgegengesetzte Positionen vertreten. Reeve ist genauer, wenn es um die Bewegungen selber geht und besteht auf der Frage nach Selbstbefreiung, nach der einzig möglichen Emanzipation durch die Selbsttätigkeit der Menschen. **Holloway und Caffentzis sollten Reeve zuhören und könnten einiges über emanzipatorische Prozesse erfahren, was sich nicht aus der theoretischen Kritik des Kapitals erschließen läßt. ■**

Offene Antwort auf einen offenen Brief

von John Holloway (April 1998)¹

Liebe Wildcats,

vielen Dank für Euren Brief. Es tut mir leid, daß ich nicht schon früher geantwortet habe, aber ... und dann kommen die ganzen Entschuldigungen. Ich weiß nicht mehr, wie viele Briefe ich schon so begonnen habe.

Dabei ist Euer Brief etwas Besonderes. Ihr schreibt, es sei ein »besonderer Glücksfall« gewesen, auf unsere Texte zu stoßen, aber das gilt auch umgekehrt. Für jemanden, der den größten Teil seiner Zeit dieser merkwürdigen Form von Klassenkampf (oder vielleicht diesem merkwürdigen Laster) widmet, die die marxistische Theorie darstellt, ist es sehr erfreulich zu hören, daß es Leute gibt, die seine Texte nicht nur lesen, sondern auch diskutieren und hilfreich finden. Zuerst war ich natürlich enttäuscht, daß Ihr das Papier über die *Revolte der Würde* nicht veröffentlicht habt. Aber eigentlich ist es viel erfreulicher, daß Ihr das Papier sorgfältig gelesen, diskutiert und eine detaillierte Kritik geschrieben habt. Vielen Dank dafür.

Ich werde auf die einzelnen Punkte in der von Euch vorgeschlagenen Reihenfolge eingehen: nicht im Sinne einer Antwort auf Eure Kritik, sondern als eine Vorwärtsbewegung im Prozeß des Fragens und Untersuchens. Ich werde mich auf drei Punkte konzentrieren, die in Eurer Argumentation im Mittelpunkt zu stehen scheinen: die Bedeutung der EZLN, die Frage von Klasse und Humanismus und die Frage der Arbeit.

1. Die EZLN

Ihr schreibt in Eurem Brief, das Ziel meines Papiers sei es gewesen, die EZLN gegen Kritik von der Linken zu verteidigen. Ich denke aber, es ging mir mehr um eine Verteidigung der EZLN gegenüber ihren Unterstützern als gegenüber ihren Kritikern. Ihr betont, daß die Bewegung, die um den zapatistischen Aufstand herum entstanden ist, sehr bunt zusammengewürfelt ist und eine ganze Bandbreite von unterschiedlichen Positionen enthält. Ich halte es für äußerst wichtig, sich innerhalb dieser Bewegung zu engagieren und politische und theoretische Argumente über den Charakter der Bewegung in sie einzubringen. Ich habe dies getan,

¹ Holloway antwortet auf den »Offenen Brief« an ihn im Wildcat-Zirkular Nr. 39, September 1997.

indem ich mich auf die Kategorie der »Würde« konzentriert habe, die meiner Ansicht nach eine sehr mächtige Kategorie sein könnte.

Natürlich gehe ich davon aus, daß die zapatistische Bewegung eine äußerst wichtige und einmalige revolutionäre Bewegung darstellt. Ich habe gesagt, daß die Bewegung in vieler Hinsicht verworren und ambivalent ist, und sie steht nicht außerhalb der Kritik. Aber aus Gründen der theoretischen Reinheit oder Korrektheit eine Beteiligung an der Bewegung abzulehnen, wäre meines Erachtens ein großer Fehler. Außerdem denke ich, daß jedes Engagement mit den Zapatisten die Offenheit voraussetzt, von ihnen zu lernen und zuzuhören. Es kann nicht darin bestehen, vorgefertigte Ideen über das, was korrekt ist, anzuwenden. Was sie getan haben und was sie tun, die revolutionäre Art, mit der sie revolutionäre Ideen in Frage stellen, macht sie für mich zur aufregendsten revolutionären Bewegung seit langer Zeit. Auch der »Mai '68« war eine verworrene Bewegung, reich an Fehlern und kritikablen Aktionen: auch damals hielten sich die vielen Gruppen, die sich im Besitz der »richtigen Linie« wähnten, abseits. Genauso erscheint mir heute die Position von linken Kritikern der Zapatisten wie Deneuve/Reeve.²

2. Klasse und Humanismus

An diesem Punkt konzentriert Ihr Euch auf den Abschnitt des Papiers, der mit dem Satz anfängt: »Die Würde ist das revolutionäre Subjekt. Würde ist ein Klassenbegriff und kein humanistischer Begriff.« Dieser Abschnitt war natürlich dazu gedacht, eine Diskussion zu provozieren. Ihr beschuldigt mich, in den Humanismus zurückzufallen, den ich zu kritisieren behaupte, und völlig richtig seht Ihr einen Zusammenhang zwischen diesem Problem und der »reinen Unruhe des Lebens«, die ich in anderen Texten zitiere.

Ich habe diesen Abschnitt mittlerweile gründlich überarbeitet, zum Teil aufgrund Eurer Kritik. Aber diese Änderungen betreffen nicht die Kernpunkte unserer Diskussion.

Ihr kritisiert, ich würde bei dem Versuch, einen definitorischen oder objektivistischen Klassenbegriff zu vermeiden, das Kind mit dem Bad ausschütten, indem ich den Klassenbegriff auf den Widerspruch zwischen Entfremdung und Nicht-Entfremdung reduziere, der in jeder Person vorhanden ist.

Ich halte Eure Charakterisierung für zutreffend. Für mich ist die Arbeiterklasse, das revolutionäre Subjekt, die entmenslichte Menschlichkeit, die unterworfenen Nichtunterwerfung, die Freiheit in Ketten, die reine Unruhe des Lebens im Käfig, die definierte undefinierbarkeit, die negierte Kreativität usw.. Aber

² Siehe den Text »Jenseits der Sturmhauben« in Wildcat-Zirkular Nr. 22 sowie die Debatte in diesem Heft.

diese Widersprüche hängen nicht einfach in der Luft: sie sind Voraussetzung und Konsequenz des täglichen, stündlichen Auspumpens von Mehrwert aus den ArbeiterInnen, sie existieren in und durch diese Ausbeutung. Wenn die Ausbeutung aufhört, dann gibt es keine Entmenschlichung der Menschlichkeit usw. mehr. Aber ebenso gilt: wenn es keine Entmenschlichung der Menschlichkeit usw. mehr gibt, dann existiert die Ausbeutung nicht mehr. Die Ausbeutung ist der Kern der Entmenschlichung, der Kern des Klassenkampfes. Aber ich denke nicht, daß sich die Ausbeutung der mehrwertproduzierenden ArbeiterInnen von der damit verbundenen Entmenschlichung der Menschlichkeit abtrennen läßt. Und diese Entmenschlichung ist nicht einfach ein äußerer Widerspruch zwischen uns und dem Kapital, sondern dieser Widerspruch läuft durch uns alle hindurch. Wenn Ihr schreibt, das »Subjekt der revolutionären Veränderung ist damit die Klasse der Produzenten, die von der herrschenden Klasse ausgebeutet wird«, scheint mir darin die Gefahr zu liegen, den Klassenkonflikt zu »reduzieren«, einen Aspekt des Klassenkonflikts abzutrennen, der Revolution ihren Reichtum zu nehmen.

Wenn ich sage, daß die Ausbeutung der Kern der Entmenschlichung ist, meine ich damit nicht, daß es eine Hierarchie zwischen den unmittelbaren Mehrwertproduzenten und dem Rest von uns gibt, sondern lediglich, daß die Negation der Kreativität (usw.) ein materieller, handgreiflicher, historischer Prozeß ist. Möglicherweise ließe sich solch eine Hierarchie entwickeln, wenn gezeigt werden könnte, daß die unmittelbaren Mehrwertproduzenten eine besondere Rolle beim Angriff auf das Kapital spielen. Das ist oft angenommen worden und dies war einer der Punkte, über die wir bei unserem Treffen gesprochen haben: die Vorstellung, daß es Schlüsselsektoren der Arbeiterklasse gibt, die dem Kapital in besonderer Weise Schaden zufügen können (wie die ArbeiterInnen in den großen Fabriken oder die TransportarbeiterInnen). Diese ArbeiterInnen können in einer besonderen Direktheit die Abhängigkeit des Kapitals von der Arbeit ausspielen. Aber ich bin mir nicht sicher, ob es sich bei diesen Gruppen von ArbeiterInnen notwendigerweise um die unmittelbaren Produzenten von Mehrwert handeln muß (denkt z.B. an die BankarbeiterInnen). Der Schock, den die Zapatisten dem Kapital versetzt haben (z.B. als Entwertung und Umbruch der globalen Finanzen 1994-95), zeigt, daß die Fähigkeit zur Blockierung der Kapitalakkumulation nicht (oder nicht mehr?) notwendigerweise von der jeweiligen Stellung im Produktionsprozeß abhängt. Wie dem auch sei, was »schadet« dem Kapital mehr – ein langer Streik von IndustriearbeiterInnen oder eine Rebellion im Dschungel von Mexiko, die die Idee der Revolution und den Traum von einer anderen Gesellschaft wieder in Umlauf bringt?

In Eurem Brief sagt Ihr, ich würde in den Humanismus zurückfallen, den ich kritisieren wollte. Ihr schreibt: »Es gibt eine unüberwindbare Trennung zwischen humanistischen und revolutionären Konzepten. Während sich humanistische Ansätze auf ein ideales, philosophisches Menschsein und eine abstrakte, unhistorische

»Menschlichkeit« beziehen, geht die revolutionäre Theorie von den historisch wirklichen Menschen aus« (S. 37). Mit den »historisch wirklichen Menschen« habe ich ein Problem. Wenn dies positivistisch verstanden wird, als die Menschen, wie sie heute sind, dann gibt es keine Revolution: es kann Proteste oder Kämpfe geben, aber das ist alles. Nur wenn es negativ verstanden wird, als die »historisch wirklichen Menschen, wie sie in ihrer Negation und Entfremdung existieren, in Formen, in denen sie verleugnet werden«, nur dann enthält der Begriff »historisch wirkliche Menschen« irgendeine revolutionäre Kraft. Aber was ist das, was negiert, entfremdet und verleugnet wird? Es ist die Möglichkeit, als Menschen, frei und selbstbestimmt zu leben. Der Ausdruck »historisch wirkliche Menschen« macht nur Sinn, wenn wir diese wirkliche historische Existenz als eine Existenz in Negation, eine Existenz in Spannung verstehen, wobei diese Spannung in die Richtung von Menschlichkeit und selbstbestimmter Praxis weist. Das Problem am Humanismus ist nicht, daß er einen Begriff der Menschlichkeit hat, sondern daß er diese Menschlichkeit positiv bestimmt, als etwas schon existierendes, statt von der Menschlichkeit als etwas nur in negativer Form existierendem auszugehen, als einem Traum, einem Kampf. Die zapatistische Parole »Menschlichkeit gegen Neoliberalismus« ist zweideutig: Menschlichkeit kann entweder positiv verstanden werden (auf sozialdemokratische Weise) oder negativ. In meinem Aufsatz plädiere ich dafür, sie im negativen Sinne zu verstehen.

Ihr wendet Euch gegen die Parole »Menschlichkeit gegen Neoliberalismus«, weil sie genauso gut von Anhängern der Sozialistischen Internationale gebraucht werden könnte. Das stimmt, aber ich weiß nicht, ob das ein Problem ist. Alle Kategorien, die wir benutzen, sind umkämpft: hier in Mexiko reden die Politiker der PRI von der Bedeutung der revolutionären Tradition, die Ideologen der ehemaligen Sowjetunion sprachen von Klassenkampf, Clinton redet von Freiheit. Na und? Jede Situation eines revolutionären Aufstands ist eine Situation der Verwirrung, verwirrter Gedanken, verwirrter Begeisterung, von (weniger verwirrtem) Opportunismus, von zweideutigen Kategorien. Das ist kein Grund, sich abseits zu halten.

Was ich bisher gesagt habe, klingt zu negativ, zu defensiv. Es geht nicht darum, mich gegen Eure Kritik zu verteidigen, noch weniger um einen Gegenangriff. Euer Brief war für mich sehr hilfreich bei dem Versuch, die Sachen klarer zu durchdenken. Mit einigen Punkten stimme ich überein, über andere denke ich noch nach. Einer der Punkte, die mir im Kopf herumgehen, ist Eure Behauptung, daß mit einem Verständnis von Klasse als dem Widerspruch zwischen Entfremdung und Nichtentfremdung der Klassenbegriff jegliche Bedeutung verlieren würde: »Er kann auf alles mögliche angewendet werden« (S. 40). Aber geht es der marxistischen Theorie nicht gerade darum? Alle gesellschaftlichen Phänomene als Formen des Klassenkampfes zu verstehen und dabei den Reichtum des Klassenkampfes und die Zerbrechlichkeit aller gesellschaftlichen Phänomene zu erkennen?

Wenn zum Beispiel das Geld als eine Form des Klassenkampfes untersucht wird, wie es in den Artikeln von Werner [Bonefeld] und mir geschieht, die Ihr veröffentlicht habt, können wir eine Menge über die gegenwärtige Entwicklung und die Zerbrechlichkeit des Kapitalismus lernen. Bei einer eingeschränkteren Sichtweise von Klassenkampf und der Betrachtung des Geldes als etwas dem Klassenkampf Äußerliches würden solche Einsichten ausgeklammert bleiben. Ich stimme zu, daß diese Überlegungen nicht ausreichend entwickelt sind, aber die beste Möglichkeit zu ihrer Ausführung besteht darin, sie im Zusammenhang mit bestimmten Kämpfen wie dem zapatistischen Aufstand zu sehen. Ich verstehe nicht, warum ein Begriff, der sich auf alles anwenden läßt, »damit für die Praxis bedeutungslos bleibt« (S. 40).

3. Die Arbeit ist zentral

Ich stimme vielen Bemerkungen in diesem Abschnitt Eures Briefs zu: zum Beispiel, daß die Frage des Verhältnisses zwischen kreativer Praxis und Arbeit in dem Aufsatz über die »Zentralität der Arbeit« genauer hätte entwickelt werden müssen. Die zentrale Frage ist aber auch hier wieder das Verständnis von Klasse. Ihr betont erneut die Sichtweise, daß der Klassenkampf sein Zentrum im unmittelbaren Produktionsprozeß habe: »Diese materielle, dingliche Gestalt des Produktionsprozesses ist der harte Kern des kapitalistischen Kommandos über unser Leben« (S. 43). Und ganz am Ende schreibt Ihr: »Das Kapital flieht vor der »aufständischen Macht der Arbeit«, aber es kann nur in die Richtung ihrer weiteren Vergesellschaftung fliehen, die es den ArbeiterInnen gegenüber wieder als neue »soziale Mächte« aufbauen muß, so wie der River-Rouge-Komplex von Ford eine »soziale Macht« war (S. 44). Ich würde beiden Aussagen zustimmen, aber ich verstehe sie anders als Ihr. Für mich ist z.B. der zapatistische Aufstand genau ein Beispiel dafür, wie die Flucht des Kapitals zu neuen Formen der Vergesellschaftung führt (zur härteren Unterwerfung des Lebens von mexikanischen Bauern unter den Kreislauf des Kapitals). Wir sollten die Idee der Vergesellschaftung nicht auf die alte Vorstellung vom Anwachsen der (industriellen) proletarischen Armee (Schornstein nach Schornstein, wie Brecht irgendwo sagt) einschränken, was ich bei Euch herauslese. Es wäre meiner Ansicht nach gefährlich, den Klassenkampf in dieser Weise einzuschränken, denn er ist weitaus umfassender und entwickelt sich schneller, als dieser Auffassung zufolge.

Das Kapital beruht auf der Ausbeutung der Arbeit, aber ohne Unterwerfung, ohne die Umwandlung von nichtunterworfenen Menschlichkeit (der »reinen Unruhe des Lebens«) in unterworfenen Arbeit wäre Ausbeutung nicht möglich. Dieser Kampf findet ganz offensichtlich nicht nur in der Fabrik statt, sondern in jedem Aspekt der menschlichen Existenz. Die ursprüngliche Akkumulation, der gewaltsame Kampf des Kapitals um die Unterwerfung, ist keine Sache der Vergangen-

heit, sondern der tagtäglichen Existenz. Ich sehe keinen Grund, warum mit einer Betonung der Zentralität von Ausbeutung der Klassenkampf auf den unmittelbaren Produktionsprozeß beschränkt werden sollte.

Ich möchte aber mit einer etwas positiveren Bemerkung schließen. Der lange Artikel, den Ihr nicht veröffentlichen wolltet, (wie die kürzere Version, die Ihr veröffentlicht habt) ist ein Plädoyer an Marxisten (und andere), aufmerksam auf das zu hören, was die Zapatisten sagen und tun. Sie sagen sehr einmalige und insgesamt sehr gute Sachen. Nicht nur, daß sie die Idee der Revolution wiederbelebt haben (was allerdings wichtig ist), sie erfinden in neuer Weise, was Revolution bedeutet. Im Mittelpunkt steht dabei die Idee, die Welt ohne eine Machtübernahme zu verändern. Das hat meiner Ansicht nach enorme Konsequenzen für die Art, wie wir über Revolution und politische Praxis denken. Sicherlich, in Europa war die Antwort darauf teilweise ein tauber Romantizismus. Aber schlimmer als die Taubheit der Romantiker war die Taubheit der Dogmatiker, derjenigen aus der unabhängigen Linken, die einfach nicht hören wollen, was ihre gefestigten Ideen in Frage stellen könnte. Im Moment gibt es viele Anzeichen dafür, daß wir in den nächsten Monaten einen tragischen Ausgang in Mexiko erleben könnten: dies wäre gleichermaßen eine Tragödie für die Welt wie für Mexiko. Ich glaube, die Welt wird nicht mehr so viele Chancen haben. Wenn sich eine eröffnet, dann muß für sie gekämpft werden – kritisch, aber es muß gekämpft werden.

Nochmals vielen Dank für Euren Brief. Ich hoffe, daß wir unsere Differenzen weiterhin produktiv wenden können und daß ich bald von Euch höre. Ich weiß, daß ich auf viele Punkte in Eurem Brief nicht eingegangen bin. Ihr kritisiert, ich würde immer versuchen, zu glatten Lösungen zu kommen und dabei vereinfachende allgemeine Antworten geben, statt Probleme und Fragen offen zu lassen. Über diesen Punkt denke ich noch nach ... (hier bricht das Manuskript ab). ■

Ende der Arbeit oder Wiederkehr der Sklaverei?

Eine Kritik an Rifkin und Negri

*Beitrag von George Caffentzis auf der Konferenz »Globalisierung von unten«
an der Duke University am 6. Februar 1998*

Einleitung

In den letzten Jahren hat sich in den USA eine neue Diskussion über die Arbeit entwickelt. Sie erinnert an die schon Mitte der 70er Jahre geführte Diskussion, weicht allerdings in einigen Punkten von dieser ab. Damals hatten Bücher wie *Where Have All the Robots Gone?* (Sheppard 1972), *False Promises* (Aronowitz 1972) und *Work in America* (Special Task Force 1973), und Ausdrücke wie »blue collar blues«, »zerowork« und »Verweigerung der Arbeit« auf die Krise der Fließbandarbeiter aufmerksam gemacht, die durch die wilden Streiks in den Autofabriken der USA von 1973 und 1974 (Linebaugh/Ramirez 1988/1975) in zugespitzter Form zum Ausdruck gekommen war. Diese Streiks stellten den Zusammenhang zwischen Löhnen und Produktivität in Frage, auf dem der in den 40er Jahren zwischen Autokapital und Gewerkschaften geschlossene »Deal« beruht hatte. So berichten Linebaugh und Ramirez von einem wilden Streik in der Lastwagenfabrik von Dodge in Warren/Michigan vom 10. bis zum 14. Juni 1974, an dem sich 6000 Arbeiter beteiligten:

»Forderungen wurden erst am dritten Streiktag aufgestellt. Man wollte ›Alles‹. Ein Arbeiter erklärte: ›Ich will einfach nicht *arbeiten*.‹ Die Aufspaltung zwischen Einkommen und Produktivität, die der Kampf verschärft hatte, ließ sich gar nicht eindeutiger ausdrücken.« (Linebaugh/Ramirez 1988/1975, S. 85)

Noch eindeutiger war allerdings die jahrzehntelange Kampagne der Auto-Kapitalisten zur Wiederdurchsetzung der Kontrolle über den Arbeitsprozeß in ihren Fabriken und an den Fließbändern. Diese Kapitalisten zögerten nicht, eben diese Fabriken und Fließbänder zu zerstören, um sich selber zu retten. Wenn die Wirtschaftspresse in den 80er Jahren über die Autoproduktion und andere Industrie-

zweige schrieb, benutzte sie Schlagworte wie »rust belt« und »run away plant«.¹ Dem folgten in den 90er Jahren fast nahtlos die Schlagworte »Globalisierung« und »Roboterisierung«. Das beispiellose Resultat dieser Kampagne bestand darin, daß die »realen« Löhne für Vollzeitarbeit in der Industrie um fast zwanzig Prozent gefallen waren, während die wirklich Arbeitszeit ausgedehnt worden war.

Mitte der 90er Jahren wurden die mit der Krise der Arbeit verbundenen Fragen durch Bücher wie *Das Ende der Arbeit* (Rifkin 1995), *Die Arbeit des Dionysos* (Negri/Hardt 1997/1994) und *The Jobless Future* (Aronowitz/De Fazio 1994), und durch Schlagwörter wie »downsizing« (New York Times 1996) und »worker displacement«² (Moore 1996) wiederbelebt. Das Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnen und Kapital hat sich heute allerdings im Vergleich zu den 70er Jahren völlig umgekehrt. Hatten in den 70er Jahren die ArbeiterInnen die Arbeit verweigert, so scheinen in den 90er Jahren die Kapitalisten die Arbeiter zu verweigern!

In diesem Papier will ich zeigen, daß diese Bücher und Schlagwörter in die Irre führen, wenn sie behaupten, daß »der auf Wissenschaft beruhende technologische Wandel inmitten einer verschärften Internationalisierung der Produktion zuwenige Jobs für zuviele Arbeiter bedeutet, von denen noch weniger gut bezahlt werden« (Aronowitz und De Fazio, 1994: xii), oder daß wir aufgrund von technologischen Erneuerungen und von Marktkräften »schon bald in einer Welt ohne Arbeit leben« werden (Rifkin 1995: 11), oder – abstrakter gefaßt – daß »das Wertgesetz der Arbeit, das sich als Sinngebung der Geschichte im Namen des Vorrangs der proletarischen Arbeit versuchte und deren oberstes Gesetz das quantitative Verschwinden dieser Arbeit im Gleichschritt mit der kapitalistischen Entwicklung erwartete, ihren [seinen!] Bankrott offenbarte (...)« (Hardt/Negri 1997/1994: 15).

Jobs und die Vielfalt der Arbeit

»Zukunft ohne Jobs« und »Welt ohne Arbeiter« sind die zentralen Schlagwörter dieser Schriften, aber bevor wir ihre Stichhaltigkeit für die Gegenwart und die nähere Zukunft untersuchen können, lohnt es sich, einen Moment über die Bedeutung der Ausdrücke »Arbeit« und »Job« nachzudenken.

¹ *rust belt*, wörtl. Rostgürtel, meint die alten (schwer) industriellen Zentren im Nordosten der USA; *run away plant*, wörtl. Fluchtbetrieb, gemeint ist die Auslagerung in den gewerkschaftsfreien Süden der USA oder nach Mexiko.

² *downsizing*, wörtl. Verkleinerung; *worker displacement*, wörtl. Verdrängung von Arbeitern, Ersatz von Arbeitern (z.B. durch Maschinerie).

Dabei ist der »Job« der einfachere von beiden. Er hat eine ziemlich unappetitliche etymologische Vergangenheit. Er hatte im England des 17. und 18. Jahrhunderts (und sogar noch heute) als Verb die Bedeutung von »betrügen« oder »täuschen«, und als Substantiv war er mit der Welt der Kleinkriminalität und Glücksspiele verbunden. So gesehen wäre eine »Zukunft ohne Jobs« eine Wohltat für die Menschheit.

Aber seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ist »Job« im amerikanischen Englisch das am meisten benutzte Wort geworden, um auf eine Einheit von vertraglich entlohnter Beschäftigung und vertraglich festgelegter Dauer zu verweisen. Einen Job im Hafen zu haben ist etwas ganz anderes, als dort zu arbeiten – denn du kannst irgendwo arbeiten, ohne da einen Job zu haben. Der Job entsteigt also den Niederungen der politischen Ökonomie und wird zu ihrem heiligen Gral.

Die mystische Kraft des Wortes »Job« entspringt jedoch nicht seiner Verbindung mit Arbeit. »Einen Job machen« oder »jobben« sind vielmehr Redewendungen, die eine »krumme« Art und Weise beschreiben, die Arbeit zu verweigern und ein Einkommen zu bekommen. »Jobs, Jobs, Jobs« wurde zum Codewort der US-amerikanischen Politiker des späten 20. Jahrhunderts, weil der »Job« den Lohn und andere vertragliche Aspekte der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft betonte, die für das körperliche und geistige Überleben der Wählerschaft entscheidend waren. Daher wäre eine »Zukunft ohne Jobs« für eine kapitalistische Menschheit die Hölle, da sie eine Zukunft ohne Löhne und ohne Verträge zwischen ArbeiterInnen und Kapitalisten bedeuten würde.

Obwohl sich der Ausdruck »Job« unmißverständlich auf diese Aspekte der Arbeit bezieht, verweist er auch in traditioneller oder versteckter Weise auf einen Teil des Arbeitsprozesses. Aber der Job und die Arbeit stehen in keinem direkten Verhältnis zueinander. Derselbe Arbeitsprozeß kann in ein, zwei oder viele Jobs zerstückelt sein. Daher scheinen die Ausdrücke »Arbeit« [work] und sein sprachlicher Verwandter »Arbeit« [labor] mehr über die Wirklichkeit auszusagen als der »Job«.

Das »Ende der Arbeit« verweist daher auf eine radikalere Transformation als eine »Zukunft ohne Jobs«, denn es hat in der Geschichte der Menschheit viele Gesellschaften »ohne Jobs« gegeben – z.B. Sklavengesellschaften oder auf Subsistenz ausgerichtete bäuerliche Gemeinschaften –, aber es hat noch keine ohne Arbeit gegeben, das Paradies mal ausgenommen. Bevor wir jedoch vom Ende der Arbeit sprechen, müssen wir uns klarmachen, daß es bezüglich der Bedeutung des Worts Arbeit in der letzten politischen Generation eine begriffliche Revolution gegeben hat. Für eine lange Zeit – in etwa die seit der Entwicklung kollektiver Lohnverhandlungen in den 30er Jahren [in den USA] bis zu deren Zusammenbruch in den 70er Jahren - bedeutete »Arbeit« dasselbe wie »Job«, d.h. eine vertraglich entlohnte Arbeit. Aber seitdem ist eine ungeheure Vielfalt der Arbeit entdeckt worden (Caffentzis 1989/1992; Caffentzis 1998).

Diese Vielfalt umfaßt informelle Arbeit und Schwarzarbeit, die bezahlt wird, aber offiziell nicht vertraglich abgesichert werden konnte, weil sie rechtliche oder steuerliche Richtlinien verletzt. Die Dimension dieser Vielfalt spitzt sich in dem großen Bereich der puren kriminellen Aktivität zu, die es in vielen Ländern und Stadtteilen mit den vertraglich festgelegten Jobs aufnehmen kann. Noch wichtiger war die feministische »Entdeckung« der Hausarbeit in all ihren Formen, die für die gesellschaftliche Reproduktion entscheidend sind (z.B. Sexualität, biologische Reproduktion, Kindererziehung, Akkulturation, therapeutische Energie, Subsistenzlandwirtschaft, Jagen und Sammeln, und anti-entropische Produktion). Die Hausarbeit ist das große Andere in der kapitalistischen Gesellschaft, da sie hartnäckig unentlohnt und in den nationalen Statistiken weitgehend unentdeckt bleibt, auch wenn ihre entscheidende Bedeutung für die kapitalistische Entwicklung zunehmend erkannt wird. Schließlich ist da noch die Urebene der kapitalistischen Hölle, die die gesamten Formen von Zwangsarbeit in dieser sogenannten »nach-Sklavenära« umfaßt: Gefängnisarbeit, Militärdienste, »Sex-Sklaverei«, die Knechtschaft der Ausbildungsverträge, Kinderarbeit.

Wenn wir alle diese Formen von Arbeit zusammenfassen, dann kommen wir zwangsläufig zu einem Bild einer sich überschneidenden und aufeinander beziehenden Vielfalt von Energieverausgabungen, die die »formale Welt der Arbeit« in Bezug auf ihre raum-zeitliche und wertmäßige Bedeutung weit überragt. Diese aufgetauchte ungeheure Vielfalt an Arbeit und die spiegelbildliche Vielfalt ihrer Verweigerung hat die Auffassung von Arbeit grundlegend verändert – auch wenn das viele nicht bemerkt zu haben scheinen. Damit werden auf jeden Fall die armseiligen Unterscheidungen zwischen Arbeit und Herstellen (Arendt), zwischen Herrschaft und Kapitalismus (Foucault) oder zwischen Arbeit und kommunikativem Handeln (Habermas) in Frage gestellt. Zugleich zwingt uns dies zu einer deutlichen Erweiterung der Klassenanalyse und zu einer Bereicherung der revolutionären Theorie, die darüber hinausgehen muß, das Fabrikssystem der Zukunft planen zu wollen. Das wichtigste für die hier behandelten Theorien ist aber, daß diese Vielfalt der Arbeit die Diskussion über Arbeit und ihr vermutetes Ende im Zuge des technologischen Wandels problematisiert.

Das Ende der Arbeit

Dummerweise ist der Arbeitsbegriff, der in der Literatur über »das Ende der Arbeit« benutzt wird, meistens altertümlich und läßt die kapitalistische Bedeutung der Arbeit vergessen. Am deutlichsten wird das am zentralen Argument von Rifkin in *Das Ende der Arbeit*. Er müht sich daran ab, diejenigen zu widerlegen, die behaupten, die neue technologische Revolution – wozu die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft, der Einsatz von Robotern in der Produktion und von

Computern in den Dienstleistungssektoren gehört – führe zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, wenn eine den Herausforderungen des »Informationszeitalters« entsprechende, gut ausgebildete Arbeitskraft zur Verfügung steht. Seine Widerlegung ist recht einfach.

»Wenn in der Vergangenheit in einem Wirtschaftssektor durch eine technologische Revolution die Mehrzahl der Arbeitsplätze verlorenzugehen drohte, entstand immer rechtzeitig ein neuer Sektor, der die überschüssigen Arbeitskräfte aufnahm. Viele Millionen Menschen, die durch die schnelle Mechanisierung der Landwirtschaft arbeitslos geworden waren, fanden Unterschlupf in der aufblühenden Industrie. Als diese von der Automatisierung erfaßt wurde, wanderten die Arbeiter in den schnell wachsenden Dienstleistungsbereich ab. Heute aber, da alle diese Sektoren neuerlichen Umstrukturierungen und einer weiteren Automation ausgesetzt sind, gibt es keinen Bereich mehr, der die Abermillionen Arbeitslosen aufnehmen könnte« (Rifkin 1995: 41).

Wenn der letzte Dienstleistungsarbeiter durch den neuesten Kassenautomaten, die neueste virtuelle Büromaschine oder eine bisher noch nicht vorstellbare Anwendung der Computertechnologie arbeitslos geworden ist, wird es daher zu einem enormen Problem von Arbeitslosigkeit kommen. Wo soll sie oder er dann noch einen Job finden? Zurück in die Landwirtschaft oder in die Industrie können sie nicht, und einen neuen Sektor jenseits des Dienstleistungsbereichs gibt es auch nicht. Dieses Szenario überträgt Rifkin auf den weltweiten Zusammenhang und prophezeit für die unmittelbare Zukunft nicht Millionen, sondern Milliarden von arbeitslosen Menschen auf diesem Planeten.

Formal logisch scheint seine Argumentation einwandfrei zu sein, aber stimmen auch ihre empirischen Grundlagen und theoretischen Annahmen? Ich denke nicht, denn im technologischen Determinismus von Rifkin wird die Dynamik von Beschäftigung und technologischen Veränderungen im kapitalistischen Zeitalter nicht berücksichtigt.

Da wäre zunächst einmal das Problem der Kategorien in Rifkins Stufenmodell der Beschäftigung. In unkritischer Weise bedient er sich der Ausdrücke »Landwirtschaft«, »Industrie« und insbesondere »Dienstleistungen«, um zwischen den drei Entwicklungsstufen einer kapitalistischen Ökonomie zu unterscheiden, von denen er an der oben zitierten und an vielen anderen Stellen von *Das Ende der Arbeit* spricht. Es läßt sich Rifkin nicht vorwerfen, daß er damit eigenwillige Definitionen geschaffen habe; die wichtigsten statistischen Institutionen wie das U.S. Bureau of Labor Statistics bedienen sich dieser Kategorien, um Beschäftigung, Produktion und Produktivität in den letzten Jahrzehnten aufzuschlüsseln. Die grundlegenden Metaphern, die zu dieser Dreifaltigkeit geführt haben, sind die Unterscheidung zwischen materiellen Gütern (in der Landwirtschaft oder außerhalb produziert) und immateriellen Diensten, sowie die räumliche Trennung zwischen Farm, Fabrik und anderswo (Büro, Schule, Laden, Kaufhaus, Straße

usw.). Diese Dreiteilung ermöglicht eine grobe und leicht anwendbare ökonomische Einteilung, wobei »Dienstleistung« meistens als eine Art ungenaue Verlegenheitskategorie benutzt wird. Es ist aber etwas ganz anderes, ob ich eine Kategorie im Nachhinein anwende, oder ob ich sie für Projektionen (entweder in die Vergangenheit oder in die Zukunft) benutze. In Rifkins fast Hegelschem Schema erscheint der technologische Wandel als der sich selbständig bewegende Geist, der den Übergang von einer Stufe zur nächsten bewirkt, bis es in der aktuellen »Dienstleistungs«-Phase der Geschichte zu einem katastrophalen Stillstand kommt. Aber wenn wir uns kapitalistische Gesellschaften in der Vergangenheit anschauen, dann trifft dieses ordentliche Reihenfolge nicht zu. War z.B. England im 17. und 18. Jahrhundert »agrarisches«? Damals spielte der »Dienstleistungssektor« in Form von Hausbediensteten auf den größeren landwirtschaftlichen Gütern eine bedeutsame Rolle, aber diese Bediensteten arbeiteten wiederum oft als Handwerker (Industrie) und als Landarbeiter (Landwirtschaft). Und als sich die ländliche Heimindustrie herausbildete, verdoppelten oder verdreifachten sich die Landarbeiter oder Kleinbauern zu bäuerlichen Industriearbeitern. In der gesamten Geschichte des Kapitalismus stoßen wir auf vielfältige Wechsel der ArbeiterInnen zwischen diesen drei Kategorien. Statt einem einfachen Wechsel von der Landwirtschaft zur Industrie und von der Industrie zu den Dienstleistungen fanden alle der sechs möglichen Wechsel zwischen diesen drei Kategorien statt.

Die umfangreiche Literatur zur »Entwicklung der Unterentwicklung« und zu den vielen Phasen kapitalistischer »Deindustrialisierung« liefert Beispiele für diese Verschiebungen zur Genüge. Sie wurden offensichtlich nicht durch irgendeinen selbständigen technischen Geist verursacht, sondern durch historisch konkrete und jeweils unterschiedliche Klassenkämpfe und Machtverhältnisse. Wenn die Kapitalisten Maschinen einführen, um die Macht der IndustriearbeiterInnen zu untergraben, kann dies dazu führen, daß diese ArbeiterInnen ihre Beschäftigung verlieren und »DienstleistungsarbeiterInnen« oder »LandarbeiterInnen« werden, was von dem jeweiligen Gesamtzusammenhang der Kräfte und Möglichkeiten abhängt. Aus der gesamten Geschichte des Kapitalismus läßt sich keineswegs beweisen, daß es nur eine gradlinige Weiterentwicklung gibt, die mit dem letzten Dienstleistungsarbeiter zu ihrem Ende kommt. Rifkins Schema wird noch problematischer, wenn wir uns seine Zukunftsprojektionen anschauen. Nachdem Rifkin eine Vielzahl von Computeranwendungen im Dienstleistungsbereich behandelt hat (von Spracherkennung über Expertensysteme bis zu digitalen Synthesizern), verkündet er unheilvoll: »Hochentwickelte Parallelrechner, High-Tech-Roboter und integrierte elektronische Netzwerke, die die ganze Welt umspannen, werden die Wirtschaft immer mehr beherrschen und in der Produktion, im Transportwesen, im Verkauf und bei den Dienstleistungen den Menschen immer weiter verdrängen« (Rifkin 1995: 123). Aber diese Zukunftsprojektion von Rifkin ist problematisch, weil Dienstleistung nur eine Verlegenheits- oder Restkategorie ist. Daher kann sie nicht

an einem bestimmten logischen Ort festgehalten werden, um dann durch den technologischen Wandel auf Null reduziert zu werden.

Nehmen wir einmal eine der Standarddefinitionen für das, was Dienstleistungsarbeit ausmacht: die Veränderung an einem Menschen (Haarschneiden oder Massage) oder an einem Gegenstand (Reparatur eines Autos oder eines Computers). Wie ließe sich eine solche Kategorie in die Zukunft projizieren? Denn es gibt keine Grenzen für die Art der Veränderungen, um die es hier geht. Wie können wir dann heute sagen, daß »hochentwickelte Parallelrechner, High-Tech-Roboter und integrierte elektronische Netzwerke, die die ganze Welt umspannen«, diese Veränderungen simulieren und ersetzen werden? Die Dienstleistungsarbeit der Zukunft könnte genauso gut umgekehrt (bezüglich der Erbauer dieser Maschinen) als diejenige Veränderung an Menschen oder Gegenständen definiert werden, die sich nicht durch Maschinen simulieren oder ersetzen läßt!³ So wie es heute einen wachsenden Verkauf von »organischen«, nicht genmanipulierten, landwirtschaftlichen Produkten und »handgearbeiteter« Bekleidung aus Naturfasern gibt, so könnte es in der Zukunft ein Interesse daran geben, daß Menschen Bach spielen (auch wenn die Version aus dem Synthesizer technisch korrekter ist) oder tanzen (auch wenn ein digitalisiertes Hologramm den Kritikern zufolge eine bessere Leistung bietet). Ich fände es überraschend, wenn solche Dienstleistungsbereiche nicht entstehen würden. Ob sie viele der ArbeiterInnen, die aus landwirtschaftlicher oder industrieller Arbeit herausgeflogen sind, »absorbieren« können, weiß ich nicht – aber das kann auch Rifkin nicht wissen.

Hinter der Unfähigkeit von Rifkin, sein Kategoriengerüst auf die Vergangenheit oder die Zukunft zu projizieren, steckt ein grundlegendes Problem: seine Unfähigkeit zu erklären, warum es überhaupt zu technologischen Veränderungen kommt. Am Anfang von *Das Ende der Arbeit* wendet sich Rifkin gegen das Argument, daß technologische Veränderungen in einem Wirtschaftszweig zwar mit Entlassungen verbunden sein können, aber letztlich zu einem Beschäftigungsanstieg in der gesamten übrigen Wirtschaft führen. Zur Widerlegung bezieht sich Rifkin auf *Das Kapital* und die *Grundrisse* von Marx:

»Karl Marx vertritt (...) die These, daß die Unternehmer immer bestrebt seien, die Lohnkosten zu senken und die Produktionsmittel soweit als möglich in ihre Verfügungsgewalt zu bekommen. Sie ersetzen daher, wo immer möglich, Menschen durch Maschinen (...). Marx sagte voraus, daß die wachsende Automati-

³ Diese »umgekehrte« Definition ist eine Anspielung auf Cantors diagonale Methode, die sich in der mathematischen Forschung dieses Jahrhunderts als sehr ergiebig erwiesen hat. Der Trick dieser Methode besteht darin, von der Annahme auszugehen, daß es eine Liste gibt, in der alle Objekte einer bestimmten Menge K enthalten sind, um dann ein Mitglied von K zu definieren, das in der Liste nicht enthalten ist, aber durch bestimmte Eigenschaften eben dieser Liste definiert ist.

sierung schließlich alle Arbeiter überflüssig machen würde: »In den Produktionsprozeß des Kapitals aufgenommen, durchläuft das Arbeitsmittel [...] verschiedene Metamorphosen, deren letzte die Maschine ist oder vielmehr ein automatisches System der Maschinerie [...].« (...) Nach Marx' Theorie graben sich die Unternehmer aber ihr eigenes Grab, wenn sie fortdauernd menschliche durch maschinelle Arbeitskraft ersetzen, [da auf diese Weise die Arbeiter] bald nicht mehr genug Kaufkraft hätten, um sich noch irgendwelche Produkte leisten zu können« (Rifkin 1995: 27f.).

Diese Art, sich auf Marx zu beziehen, gehört zu einem neuen und vielbeachteten Trend unter linken Gesellschaftstheoretikern in den USA. Aber dieses Revival der Gedanken von Marx ist oftmals genauso selektiv wie der Rückgriff auf Smith und Ricardo bei den Rechten.⁴ Was Rifkin angeht, so erfaßt er zwar richtig die allgemeine Tendenz der Marxschen Auffassung von Technologie, allerdings mit einigen bemerkenswerten Auslassungen.

Die erste Auslassung betrifft den Kampf der ArbeiterInnen für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, bessere Arbeitsbedingungen und für ein Leben, das dem Zwang zur Arbeit als solchem entgegensteht. Diese Kämpfe sind die Hauptursache dafür, daß die Kapitalisten ein derartiges Interesse an der Einführung von Maschinen als Waffen im Klassenkrieg haben. Wären die ArbeiterInnen duldsame »Produktionsfaktoren«, gäbe es kaum diese Dringlichkeit von technologischen Veränderungen.

Die zweite Auslassung ist die Zustimmung von Marx zu Ricardos Entdeckung, daß durch jede dauerhafte Ersetzung eines Arbeiters durch eine Maschine die Gesamtsumme des Mehrwerts (und damit des Profits), die der Kapitalistenklasse als ganzer zur Verfügung steht, gesenkt wird. Daher kann der technologische Wandel für die Kapitalistenklasse, die vom Profit abhängig ist, genauso gefährlich sein wie für die ArbeiterInnen. Die Kapitalistenklasse steht damit vor einem ständigen Widerspruch, den sie bewältigen muß: auf der einen Seite möchte sie die aufsässigen und Forderungen stellenden ArbeiterInnen aus der Produktion eliminieren, auf der anderen Seite will sie die größtmögliche Zahl von ArbeiterInnen ausbeuten. In den *Theorien über den Mehrwert* sagt Marx zu dieser unaufhebbaren Spannung:

»Die eine Tendenz schmeißt die Arbeiter aufs Pflaster und macht population redundant [Bevölkerung überzählig], die andere absorbiert sie wieder und erweitert

⁴ In der gegenwärtigen Debatte über Freihandel werden zum Beispiel niedrige Löhne von vielen als ein »komparativer Kostenvorteil« im Sinne Ricardos betrachtet. Aber das ist eine verzerrte Lesart der Ansichten von Ricardo und ermöglicht es, die Unterdrückung von Arbeiterkämpfen zu legitimieren. Die Grundlagen komparativer Kostenvorteile sind für Ricardo nahezu feststehende Eigenschaften der physischen und kulturellen Umwelt eines Landes, nicht jedoch ökonomische Variablen wie Löhne, Profite oder Bodenrenten.

die wages-slavery [Lohnsklaverei] absolut, so daß der Arbeiter stets schwankt in seinem Los und doch nie davon loskommt. Daher der Arbeiter die Entwicklung der Produktivkräfte seiner eigenen Arbeit als ihm feindlich, und mit Recht, betrachtet; andererseits der Kapitalist ihn als ein beständig aus der Produktion zu entfernendes Element behandelt.« (Marx, MEW 26.2: 575f.)

Für das Kapital liegt das Problem des technologischen Wandels nicht im Verlust an Konsumenten, sondern im Verlust an Profiten. Am ausführlichsten behandelt Marx dieses Problem im dritten Abschnitt des dritten Bands des *Kapital*: Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Er zeigt dort, daß es ständig »entgegenwirkende Ursachen« zur Tendenz einer völligen Ersetzung der Menschen durch ein »automatisches System der Maschinerie« geben muß, weil sonst die Durchschnittsprofitrate tatsächlich fallen würde. Diese entgegenwirkenden Ursachen vergrößern entweder die Masse des Mehrwerts (z.B. durch die Intensivierung und Verlängerung der täglichen Arbeitszeit), oder sie verringern die Masse des variablen Kapitals (z.B. durch die Absenkung der Löhne unter ihren Wert oder die Ausweitung des Außenhandels) oder des konstanten Kapitals (z.B. durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Kapitalgüterindustrien oder die Ausweitung des Außenhandels), oder es handelt sich um eine Kombination aus diesen verschiedenen Möglichkeiten (Marx, MEW 25: 242-250). In den USA scheint der gegenwärtige Kapitalismus eine maximale Synthese dieser entgegenwirkenden Ursachen anzuwenden, während das Kapital in Europa sie in selektiverer Weise einsetzt. Es gibt nicht zwangsläufig eine kapitalistische Strategie, die mit den Arbeiterkämpfen fertig wird und einen dramatischen Fall der Profitrate verhindern kann. Diese Kämpfe können zu ganz verschiedenen zukünftigen Entwicklungen führen – zur Wiedereinführung der Sklaverei, zu einer dramatischen Verlängerung des Arbeitstags, zu Verhandlungen über eine bezahlte Arbeitszeitverkürzung, oder auch zum Ende des Kapitalismus. Das hängt von den vorhandenen Klassenkräften ab.

Aber eine Entwicklungsmöglichkeit ist definitiv ausgeschlossen, solange es Kapitalismus gibt: Rifkins Vision einer »High-Tech-Revolution, die zur Verwirklichung des uralten utopischen Traums von der Ersetzung menschlicher Arbeit durch Maschinen führt und damit die Menschheit endlich für die Reise in eine Zeit jenseits des Markts freimacht«. Denn der Kapitalismus braucht ein Ausmaß an Profiten, Zinsen und Bodenrenten, die nur durch eine riesige Summe von Mehrarbeit geschaffen werden können. Die vollständige Ersetzung der menschlichen Arbeit durch Maschinen würde jedoch das Ende von Profit, Zins und Bodenrente bedeuten. Auch wenn Rifkin anscheinend mit vielen Punkten von Marx bezüglich der Entwicklungsrichtung des Kapitalismus übereinstimmt, so klammert er die fatalen Schlußfolgerungen von Marx bewußt aus seiner optimistischen Vision aus, die er im letzten Teil seines Buchs präsentiert. Rifkin entwirft eine Zukunft, in der eine drastische Reduzierung der täglichen Arbeitszeit mit einem »neuen Gesell-

schaftsvertrag« kombiniert wird, der finanzielle Anreize (von »Sozial«- oder »Schatten«-Löhnen bis zu Steuererleichterungen) für die Arbeit im »Dritten Sektor« schafft, d.h. einem Sektor der unabhängigen, »nicht-profitorientierten« oder ehrenamtlichen Arbeit, der zwischen den »öffentlichen und privaten« Sektoren angesiedelt ist. Dieser Sektor könnte zum »Dienstleistungsbereich« des 21. Jahrhunderts werden, da »nur ein ausgebauter Dritter Sektor die auf dem Weltmarkt überflüssig gewordenen Arbeitskräfte aufnehmen kann« (Rifkin 1995: 219). Das heißt, er absorbiert ArbeiterInnen, die keinen Mehrwert produzieren, und gewährt ihnen einen Lohn für eine Arbeit, die keinen Mehrwert schafft.

Rifkins Vision eines »sicheren Hafens« für die Menschheit ist also ein Kapitalismus, in dem die meisten ArbeiterInnen weder Profite, noch Zinsen, noch Bodenrenten produzieren. Dieser Vision stellt er die düstere Perspektive gegenüber: »Wenn es uns nicht gelingt, die Fähigkeiten und Energien jener Hunderte Millionen arbeitsloser Frauen und Männer in die richtigen Bahnen zu lenken und ihnen eine sinnvolle Aufgabe zu geben, dann werden Verelendung und Gesetzlosigkeit unsere Gesellschaften erfassen, sie werden zerfallen, und niemand wird sie retten können« (Rifkin 1995: 217f.). Aber wie realistisch ist Rifkins Chimäre⁵ von Gesellschaft mit ihrem techno-kapitalistischen Kopf, ihrem geräumigen, kuscheligen Körper des Dritten Sektors und einem dünnen Mehrwert produzierenden Schwanz? Selbst wenn wir es mit gesellschaftlichen Chimären zu tun haben, müssen die Proportionen einigermaßen stimmen. Die von Rifkin hat schon deswegen keine Überlebenschance, weil der Kopf – egal wie technologisch entwickelt er ist – von so einem kleinen Schwanz nicht durchgefüttert werden kann. Der Kapitalismus, der sich aus dem »neuen Gesellschaftsvertrag« von Rifkin ergibt, ist ein Ding der Unmöglichkeit, weil er seiner Definition zufolge ein Kapitalismus ohne Profite, Zinsen oder Bodenrenten sein soll. Warum sollten sich die Kapitalisten auf so einen Vertrag einlassen, nachdem sie während des gesamten Kalten Krieges verkündet haben, sie würden eher den halben Planeten in die Luft jagen, als auf ein Zehntel ihres Einkommens zu verzichten?

Dieser »Beweis der Unmöglichkeit« ist so offensichtlich, daß sich unweigerlich die Frage stellt, warum Rifkin sich am Anfang von *Das Ende der Arbeit* so direkt auf Marx beruft, um ihn dann am Ende völlig auszuklammern. Versucht er, den Bezug auf so unschöne Dinge wie Weltkrieg, Revolution und nukleare Vernichtung zu vermeiden, um die seine Überlegungen früher kreisten? Oder will er mit verkappten marxistischen Drohungen die techno-kapitalistische Klasse zu einer Art von Selbstmord überreden, den er ihnen als neuen Aufschwung verkauft?

Um solche Fragen beantworten zu können, müßten wir eine politische Untersuchung der von Rifkin und seinem Zirkel benutzten Rhetorik durchführen. Ich

⁵ Chimäre: Ungeheuer der griechischen Sage; Löwe, Ziege und Schlange in einem. Anm.d.Ü.

erspare mir diese Mühe. Es sollte aber darauf hingewiesen werden, daß Rifkins chimärenhafte Strategie einen realistischen Kern hat. Im Endeffekt sucht er nach einem neuen Sektor für die Ausweitung von kapitalistischen Verhältnissen. Irrtümlicherweise wählt er dafür den »non-profit« und ehrenamtlichen Bereich, denn wenn dieser Bereich tatsächlich freiwillig und nicht am Profit orientiert ist, kann er keine ernstzunehmende Grundlage für einen neuen Sektor von Beschäftigung in einer kapitalistischen Gesellschaft sein. (Und wir können nicht durch massenhaften Betrug aus dem Kapitalismus herauskommen, auch wenn dies sehr verlockend ist.)

Aber Rifkin hat den richtigen Riecher. Die Vielfalt der Arbeit geht weit über den Bereich der formal entlohnten Arbeit hinaus, und diese nichtentlohnte Arbeit produziert Mehrwert im Überfluß. Wenn diese Arbeit unmittelbarer und effektiver ausgebeutet würde, könnte sie zur Grundlage für ein neues Zeitalter Mehrwert produzierender Beschäftigung werden: durch die Ausweitung von Zwangsarbeit, die Einführung von unmittelbar kapitalistischen Verhältnissen im Bereich der Reproduktion von Arbeitskraft und schließlich die Vervielfältigung von Kleinstunternehmen und kriminellen Betrieben. Daher sind »Neoliberalismus«, »Neo-Sklaverei«, »Grameenismus«⁶ und »Drogenkrieg« angemessenere Parolen für die Dritte Industrielle Revolution als der nicht profitorientierte Dritte Sektor, den uns Rifkin aufschwätzt. Denn mit ihnen lassen sich die »entgegenwirkenden Ursachen« gegen einen dramatischen Abfall der Profitrate mobilisieren, der durch Computerisierung, Roboterisierung und Gentechnik hervorgerufen wird.

Negri und das Ende des Wertgesetzes

Rifkin kann man seinen halbgaren Gebrauch des Marxschen Denkens vielleicht noch nachsehen. Schließlich kommt er nicht aus der marxistischen Tradition und hat sich bisher nur selten und beiläufig auf die Schriften von Marx bezogen. Aber dieselben Themen, die Rifkin in *Das Ende der Arbeit* so klar präsentiert, finden sich auch bei etlichen marxistischen, postmarxistischen und postmodernen marxistischen AutorInnen, und zwar oft in viel obskureren und prophetischeren Versionen. Hervorzuheben ist hier vor allem Antonio Negri, der schon in den 70er Jahren Argumente entwickelte, die zu sehr ähnlichen Schlußfolgerungen wie Rifkins führen, ohne allerdings dem Marxismus so naiv gegenüberzustehen wie dieser. Negris 1994 (zusammen mit Michael Hardt) veröffentlichtes Buch *Die Arbeit des Dionysos* (Negri/Hardt 1997/1994) setzt einen Diskurs fort, den er

⁶ Konzepte der privaten Armutslinderung, benannt nach den Aktivitäten der Grameen-Bank in Bangladesh. Anm.d.Ü.

eindeutig schon in *Marx Oltre Marx* (1979) begonnen und in *Communists Like Us* (Guattari/Negri 1990 [1985]) fortgesetzt hatte.⁷

In diesem Abschnitt zeige ich, daß Negri den heutigen Kapitalismus zwar raffinierter und marxistischer analysiert als Rifkin, seine Analyse aber genauso problematisch ist. Die Ähnlichkeit zwischen Negri und Rifkin ist zunächst schwer erkennbar; Negri geht nämlich streng anti-empirisch vor – fast nie treibt ein Fakt oder Faktoid durch seine Prosa –, während Rifkins *Ende der Arbeit* von Statistiken und journalistisch geschriebenen Texten über High-Tech nur so wimmelt. Negri läßt sich nicht dazu herab, einfach vom »Ende der Arbeit« zu schreiben. Stattdessen verabschiedet er sich mit substantivierten Verben von der klassischen Arbeitstheorie oder dem Wertgesetz, und das läuft auf das Gleiche hinaus. Laut Negri ist das Wertgesetz am Ende des 20. Jahrhundert »bankrott« (Negri/Hardt 1997/1994: 15), es »funktioniert nicht mehr« (Negri/Guattari 1990: 21) oder »das Wertgesetz stirbt« (Negri 1979: 179).

Das läuft auf das Gleiche hinaus wie Rifkins empirischere Behauptungen. Um das zu sehen, müssen die theoretisch komplizierten Überlegungen von Negri aber zunächst auf ihren grundlegenden Gehalt zurückgeführt werden. Bei Negri ist es die »Grundaufgabe« der klassischen Arbeitswertlehre, »die sozialen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu erforschen, die der Verteilung der Arbeitskraft auf die verschiedenen Sektoren gesellschaftlicher Produktion zugrundeliegen, und dadurch den kapitalistischen Verwertungsprozeß zu erhellen« (Negri/Hardt 1997/1994: 12f.); das Wertgesetz ist »ein Ausdruck des Verhältnisses zwischen konkreter Arbeit und Geldmengen, die nötig sind, um eine Existenz zu sichern« (Negri/Guattari 1990: 21), oder ein Maß »der bestimmten Proportionalität zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit« (Negri 1979: 179). Im 19. Jahrhundert war das Wertgesetz lebendig, aber dann begann es genau wie Nietzsches Gott zu sterben. Beim Wertgesetz dauerte es allerdings ein bißchen länger, bis der Totenschein ausgestellt wurde.

Der Bankrott, die Funktionsunfähigkeit und der Tod des Wertgesetzes bedeutet einfach, daß die grundlegenden Variablen des kapitalistischen Lebens – Profite, Zinsen, Renten, Löhne und Preise – nicht mehr von der Arbeitszeit bestimmt sind. Wie Rifkin behauptet Negri, der Kapitalismus sei in eine Phase eingetreten, die Marx am visionärsten im »Fragment über die Maschinen« in den *Grundrissen* beschrieben hat (Negri 1979: 148ff.; Rifkin 1995: 27f.). Nehmen wir nur mal eine der vielen oft zitierten Passagen aus dieser Vision: »Wie mit der Entwicklung der

⁷ Ich will an dieser Stelle nicht auf das politische und juristische Leben von Negri seit den 70er Jahren eingehen. Siehe dazu Yann Mouliers Einleitung zu *The Politics of Subversion* (Negri 1989). Im Juli 1997 ist er freiwillig aus dem Exil in Frankreich zurückgekehrt und sitzt jetzt im Knast von Rebibbia (Rom). Es gibt eine internationale Kampagne für seine Freilassung.

großen Industrie die Basis, auf der sie ruht, Aneignung fremder Arbeitszeit, aufhört den Reichtum auszumachen oder zu schaffen, so hört mit ihr die *unmittelbare Arbeit* auf als solche Basis der Produktion zu sein, indem sie nach der einen Seite hin in mehr überwachende und regulierende Tätigkeit verwandelt wird; dann aber auch, weil das Produkt aufhört Produkt der vereinzelt un mittelbaren Arbeit zu sein und vielmehr die *Kombination* der gesellschaftlichen Tätigkeit als der Produzent erscheint (...) wie einerseits in der Produktivkraft des zum automatischen Prozeß entwickelten Arbeitsmittels die Unterwerfung der Naturkräfte unter den gesellschaftlichen Verstand Voraussetzung ist, *so andererseits die Arbeit des Einzelnen in ihrem unmittelbaren Dasein gesetzt als aufgehobne einzelne, d.h. als gesellschaftliche Arbeit. So fällt die andere Basis dieser Produktionsweise weg.*« (Marx, MEW 42: 604f.)

Die Entwicklung von »automatischen Prozessen« in Gentechnologie, Computerprogrammierung und Robotisierung seit den 60er Jahren haben Negri wie Rifkin überzeugt, daß der heutige Kapitalismus in seinen wesentlichen Zügen Punkt für Punkt der Marxschen Vision von 1857/58 entspricht. Der Hauptunterschied zwischen Negris Texten und Rifkins *Ende der Arbeit* besteht darin, daß Rifkin herausstellt, wie sich dieser »automatische Prozeß« auf die Arbeitslosigkeit von Massen von ArbeiterInnen auswirkt, während Negri betont, daß die neuen ArbeiterInnen zentral an der »Intelligenz der Gesellschaft« und der »gesellschaftlichen Arbeit« beteiligt sind. Während Rifkin behauptet, daß diese neuen »WissensarbeiterInnen« (z.B. Forscher, Ingenieure, Softwareanalytiker, Finanz- und Steuerberater, Architekten, Marketingfachleute, Filmproduzenten und Redakteure, Rechtsanwälte und Investmentbanker) niemals einen zahlenmäßig großen Sektor darstellen und daher auch die Probleme nicht lösen können, die diese Phase der kapitalistischen Entwicklung schafft, stellt Negri sie als Schlüssel für den Übergang zum Kommunismus jenseits des »realen Sozialismus« dar.

Es gibt allerdings einen terminologischen Unterschied zwischen Negri und Rifkin, denn Negri hat Rifkins »Wissensarbeiter« im Laufe der Zeit zuerst in den 70er Jahren »gesellschaftliche Arbeiter« und dann in den 90er Jahren »Cyborgs« à la Donna Haraway (Haraway 1991) getauft. Der Begriff »gesellschaftlicher Arbeiter« stammt direkt aus den *Grundrissen*. Negri hat sich auf der Suche nach einem beschreibenden Ausdruck, der die neuen ArbeiterInnen im »Informations- und Wissenssektor« mit den »Massenarbeitern« der Fließbandära vergleicht, stark von Marx-Sätzen wie dem folgenden beeinflussen lassen: »In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper – in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint.« (Marx, MEW 42: 601) Der gesellschaftliche Arbeiter ist das Sub-

jekt der »technisch-wissenschaftlichen Arbeit« und tritt aus den Seiten der *Grundrisse* als Cyborg des späten 20. Jahrhunderts heraus, d.h. als »eine hybride Verbindung von Maschine und Organismus, die fortwährend die Grenzen zwischen materieller und immaterieller Arbeit überschreitet« (Negri/Hardt 1997/1994: 143).⁸ Bei der alten MassenarbeiterIn am Fließband hing die Produktivität (von Tauschwert und Gebrauchswert) von der Arbeitszeit ab, und er/sie war dem Fabrikssystem entfremdet; zwischen der Produktivität des gesellschaftlichen Cyborg und ihrer Arbeitszeit besteht keinerlei Zusammenhang mehr, aber sie ist durch und durch in die Produktion integriert.

Für Rifkin ist die »Wissensklasse« der »Symbolanalytiker« im Grunde identisch mit dem Kapital, und das neuerwachte Interesse an intellektuellen Eigentumsrechten zeigt seiner Meinung nach, daß die Elitekapitalisten die Bedeutung der Wissensklasse erkannt haben und bereit sind, ihren Reichtum mit dieser zu teilen. WissensarbeiterInnen werden »bald (...) zu einer neuen Aristokratie werden« (Rifkin 1995: 141). Negri interpretiert Gegenwart und Zukunft dieser Klasse ganz anders. Die Existenz von gesellschaftlichen Cyborgs beweise nicht nur, daß »die Dialektik der kapitalistischen Entwicklung (...) gebrochen« sei, sondern daß das Kapital sie ganz einfach nicht »auskaufen« könne, denn »[d]er gesellschaftliche Arbeiter begann eine Subjektivität zu produzieren, die nicht mehr in den Kategorien kapitalistischer Entwicklung, als eine vollständig ausgebildete dialektische Bewegung, zu fassen war« (Negri/Hardt 1997/1994: 145). Das Kapital könne die technisch-wissenschaftliche Arbeit mit anderen Worten nicht mehr über sein Lohn- und Arbeitsdisziplinsystem, abgerundet mit dem Versprechen an die »Besten«, in die obersten Etagen der Management-, Finanz- und politischen Macht hineinzukommen, kontrollieren. Der gesellschaftlich arbeitende Cyborg sei nicht nur außer Reichweite der altbewährten Kontrolltechniken des Kapitals, sondern stelle auch die Avantgarde der kommunistischen Revolution dar. Warum? Hören wir zunächst Negris Worte und interpretieren wir sie dann: »Kooperation oder die Assoziation der [Cyborg-] Produzenten ergibt sich unabhängig von der organisierenden Fähigkeit des Kapitals; Kooperation und Subjektivität der Produzenten haben einen Berührungspunkt außerhalb der Machenschaften des Kapitals gefunden. Das Kapital verwandelt sich in eine bloße Maschinerie des Raubs, ein Phantasma, einen Fetisch. Um es herum bewegen sich radikal autonome Prozesse der Selbstverwertung, Grundlagen einer möglichen alternativen Entwicklung und einer

⁸ Negri beschreibt die Arbeit des gesellschaftlichen Arbeiters oft als »immateriell«. Eine Analyse der Turingmaschinentheorie zeigt aber, daß es keinen grundlegenden Unterschied zwischen dem, was gewöhnlich materielle Arbeit genannt wird (z.B. weben oder graben), und immaterieller Arbeit (z.B. ein Softwareprogramm schreiben) gibt. Folglich müssen sich die wertschaffenden Eigenschaften an anderen Aspekten der Arbeit festmachen lassen.

neuen Konstitution.« (Negri/Hardt 1997: 145f.) Negri behauptet, die Cyborg-ArbeiterInnen seien dem Gravitationsfeld des Kapitals in eine Region entkommen, wo ihre Arbeit und ihr Leben tatsächlich die dem Kommunismus angemessenen grundlegenden Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse produzieren. Diese Verhältnisse seien von »Selbstverwertung« charakterisiert – d.h. statt den Wert der Arbeitskraft und der Arbeit auf der Grundlage ihres Tauschwertes für den Kapitalisten zu bestimmen, bewerteten die ArbeiterInnen ihre Arbeitskraft danach, ob sie ihre eigene autonome Entwicklung bestimmen können – und dies werde möglich, wenn die technisch-wissenschaftliche Arbeit paradigmatisch werde (Negri 1979: 171; Caffentzis 1987). Letztlich ähnelt Negris Begriff der »Selbstverwertung« der »Klasse für sich« oder dem »Klassenbewußtsein« des traditionelleren Marxismus. Die Selbstverwertung macht allerdings einen Unterschied zwischen dem Cyborg und der Politik des Massenarbeiters und behauptet, daß die wahre kommunistische Revolution nicht an den (alten und neuen) Stätten der MassenarbeiterInnen, BäuerInnen und GhattobewohnerInnen des Planeten zu finden sei, sondern durch das World Wide Net tröpfle.

Der Gegensatz zwischen Negris Bild vom antikapitalistischen Cyborg und Rifkins Bild vom prokapitalistischen Wissensarbeiter wäre ein dankbares Thema. Aber Negris Cyborg beruht ebenso auf einer falschen Auffassung von kapitalistischer Entwicklung wie Rifkins Wissensarbeiter (als letzter profitmachender Beschäftigter). Daher ist es sinnvoller, zu sehen, was diese beiden Sichtweisen gemeinsam haben, und das zu kritisieren. Negri gründet seinen »gesellschaftlichen Arbeiter« ebenso wie Rifkin seinen Wissensarbeiter auf die Marxschen *Grundrisse*, aber wir sollten uns daran erinnern, daß das »Fragment über die Maschinen« nicht Marx' letztes Wort über die Maschinen in der kapitalistischen Gesellschaft war. Marx arbeitete noch zehn Jahre weiter und füllte die drei Bände des *Kapital* mit neuen Beobachtungen. Ich will an dieser Stelle nicht tiefer auf diese Entwicklungen eingehen, daher nur soviel: Im ersten Band des *Kapital* erkannte Marx nicht nur, welche großen Kräfte die Maschinerie in den Produktionsprozeß warf, sondern er betonte auch, daß – analog zu den thermodynamischen Grenzen der Verfügbarkeit von Arbeit in einem gegebenen Energiefeld – Maschinen keinen Wert schaffen können (Caffentzis 1997); noch wichtiger für uns ist hier aber der Teil im dritten Band des *Kapital*, wo Marx sich nochmal mit der Thematik des »Fragments über die Maschinen« beschäftigte. In diesen Passagen erkannte er, daß in einer Zeit, wo der Kapitalismus sich der Stufe der »automatischen Prozesse« nähert, das System als ganzes mit einer dramatischen Beschleunigung des tendenziellen Falls der Profitrate konfrontiert sein muß. Er fragte, »warum dieser Fall nicht größer oder rascher ist« (Marx, MEW 25: 242). Seine Antwort lautete, daß ins kapitalistische Handeln Prozesse eingebaut sind, die dieser Tendenz und somit dem technologischen Finale des Systems entgegenwirken.

Diese Prozesse werden direkt im 14. Kapitel über die »entgegenwirkenden Ursachen« und indirekt im zweiten Abschnitt über die Bildung der Durchschnittsprofirate beschrieben. Die entscheidenden Auswirkungen der »entgegenwirkenden Ursachen« habe ich schon oben in der Kritik an Rifkin erwähnt, und sie gelten ebenso für Negri. Negri bestreitet gebieterisch »die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesetze, die die Verteilung der Arbeitskraft unter den verschiedenen Sektoren der gesellschaftlichen Produktion beherrschen«, und lehnt es ab, die Arbeitszeit als wesentlich für »den kapitalistischen Verwertungsprozeß« zu sehen. Aber das Kapital und die Kapitalisten sind an beidem immer noch brennend interessiert. Aus diesem Grund wird Kapital in Niedriglohngelände geschickt und widersetzen sich die Kapitalisten dermaßen hartnäckig einer Verkürzung der täglichen Dauer von Lohnarbeit. Die Computerisierung und Robotisierung der Fabriken und Büros in Westeuropa, Nordamerika und Japan wird nämlich von einem Prozeß der »Globalisierung« und der »neuen Einhegungen« begleitet.

Genauso verbissen wie um das Recht, Lebensformen zu patentieren, kämpfen die Kapitalisten um das Recht, Produktionszonen und Bordelle in den am wenigsten mechanisierten Teilen der Welt hochzuziehen. In vielen Regionen des Planeten gibt es keinen Niedergang, sondern eine starke Ausweitung der Fabrikproduktion. Tatsächlich wird ein Großteil der Profite der globalen Konzerne und der Zinsen, die die internationalen Banken kassieren, von dieser Low-Tech-Fabrik- und Sexarbeit produziert (Federici 1998). Zur Rekrutierung von ArbeiterInnen für diese Fabriken und Bordelle findet eine breite neue ursprüngliche Akkumulation in ganz Afrika, Asien und den Amerikas statt. Dasselbe Kapital, das »die ätherischen Informationsmaschinen, die die industrielle Produktion ersetzen«, besitzt, ist zugleich überall auf diesem Planeten an der Einhegung von Land beteiligt, was Hungersnöte, Krankheiten, Low-Intensity-Kriege und kollektives Elend bedeutet (Caffentzis 1990; Caffentzis 1995).

Warum stört sich das Kapital an kommunalem Grundbesitz z.B. in Afrika, wenn die wahre Quelle der Produktivität die Cyborgs des Planeten sind? Eine Antwort ist ganz einfach, daß diese Fabriken, Ländereien und Bordelle in der Dritten Welt Orte der »entgegenwirkenden Ursachen« gegenüber dem tendenziellen Fall der Profirate sind. Sie steigern die Gesamtmenge an Mehrarbeit, helfen Löhne zu senken, verbilligen die Bestandteile des konstanten Kapitals, sie weiten den Arbeitsmarkt ungeheuer aus und machen die Entwicklung von High-Tech-Industrien möglich, die nur wenige Wissensarbeiter oder Cyborgs direkt beschäftigen. Eine weitere, ergänzende Antwort kann dem zweiten Abschnitt des dritten Bandes des *Kapital* – »Die Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit« – entnommen werden, wo eine Art von kapitalistischer Selbstverwertung nachgewiesen wird. Damit es eine durchschnittliche Profirate im gesamten kapitalistischen System geben kann, müssen Industriebranchen, die sehr wenige Arbeiter aber viel Maschinerie einsetzen, das Recht haben, sich aus der Wertmenge zu versorgen, die die

Branchen mit hohem Arbeitsanteil und niedriger Technologie schaffen. Gäbe es solche Branchen nicht oder ein solches Recht, dann wäre die durchschnittliche Profitrate in den High-Tech-Industrien mit wenig ArbeiterInnen so niedrig, daß es keine Investitionen mehr gäbe und das System zu einem Ende käme. Folglich müssen »neue Einhegungen« auf dem Land den Aufstieg der »automatischen Prozesse« in der Industrie begleiten. Der Computer erfordert die Schwitzbude, und die Existenz des Cyborgs setzt den Sklaven voraus.

Negri hat recht, wenn er den Aufstieg der neuen ArbeiterInnen in den High-Tech-Bereichen mit Selbstverwertung in Verbindung bringt, aber das hat mehr mit kapitalistischer Selbstverwertung zu tun – d.h. mit dem Recht der »toten Arbeit«, einen angemessenen Anteil der »lebendigen Arbeit« zu fordern – als mit der Selbstverwertung der ArbeiterInnen. Tatsächlich beruht die Selbstverwertung des Kapitals auf der Erniedrigung des planetarischen Proletariats.

Man kann Negris Analyse leicht als zutiefst eurozentrisch abtun, da sie die wertschaffende Arbeit von Milliarden Menschen auf diesem Planeten vernachlässigt. Und er ist in der Tat auf eine ziemlich archaische Weise eurozentrisch. Es täte ihm gut, sich zumindest mal den neuen globalen kapitalistischen Multikulturalismus anzusehen und die Ideologien, die dieser hervorgebracht hat (Federici 1995), statt sich auf den eher kleinen Kreis postmoderner Denker zu beschränken. Dann könnte er – selbst aus einer kapitalistischen Perspektive – anfangen, die Klassenkämpfe der heutigen Zeit richtig einzuschätzen.

Doch der Vorwurf des Eurozentrismus ist etwas zu pauschal. Was Negris methodologisches Vergessen des planetarischen Proletariats besser erklären kann, ist sein Festhalten an einem der Axiome des Marxismus-Leninismus: in jeder Epoche bildet sich das revolutionäre Subjekt aus den »produktivsten« Elementen der Klasse. Es ist wahr, Negri hat für die Metaphysik des Dialektischen Materialismus und für die Geschichte des »realen Sozialismus« nur Verachtung übrig, aber bei der Auswahl des revolutionären Subjekts ist er durch und durch Leninist. Negri hält so viel von Computerprogrammierern und ihresgleichen wegen deren angeblicher Produktivität. Da die Allgemeine Intelligenz produktiv ist, sind diese intellektuellen ArbeiterInnen ihre idealen (und daher revolutionären) Repräsentanten, auch wenn sie bis jetzt in ihrer Eigenschaft als »gesellschaftliche Arbeiter« oder »Cyborgs« keinen konkreten Kampf gegen die kapitalistische Akkumulation geführt haben.

Aber diese methodologische Gleichsetzung von Revolution und Produktion hat sich in der Geschichte immer wieder als falsch erwiesen. Leninisten und leninistische Parteien haben diesen Fehler in der Vergangenheit oft mit ihrem Leben bezahlt. Maos politische Entwicklung zeigt deutlich, daß das Massaker an kommunistischen Arbeitern in den Städten und viele tödliche Erfahrungen auf dem Land erforderlich waren, bevor er erkannte, daß das taoistische Prinzip – die scheinbar Schwächsten und am wenigsten Produktiven können in einem Kampf

die Mächtigen sein – zutreffender war als das leninistische. Negris Auswahl des revolutionären Subjekts für die jetzige Zeit – die Meister der ätherischen Maschinen – ist so fragwürdig wie die Vorliebe der Leninisten für die IndustriearbeiterInnen in der Vergangenheit. In der Tat scheitert das 1994 in den USA erschienene Buch *The Labor of Dionysius* dabei, sich an die revolutionären Kämpfe der indigenen Völker des Planeten zu wenden, besonders an die Zapatisten in Mexiko, und das ist ein klares Zeichen dafür, daß Negris revolutionäre Geographie einer Erweiterung bedarf.

Schluß

Negri und Rifkin sind wichtige Teilnehmer an dem Diskurs über das »Ende der Arbeit« in den 90er Jahren. Rifkin ist empirisch und pessimistisch in seiner Bewertung des »Endes der Arbeit«, Negri dagegen ist apriorisch und optimistisch. Beide scheinen sich jedoch auf einen technologischen Determinismus zu berufen, indem sie behaupten, der Kapitalismus könne sich nur auf eine bestimmte Weise entwickeln. Sie vergessen, und das tun die meisten anderen auch, die diesen Diskurs tragen, daß der Kapitalismus durch Proportionalitäten und einander widersprechende Tendenzen eingeengt (und geschützt) wird. Das System wird nicht einfach so an der schlichten Addition von mehr High-Tech-Maschinen, Technologien und Arbeitern scheitern, denn Marxens ironischer Satz: »Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst« (Marx, MEW 25: 260) gilt heute mehr denn je. Dies mag eine alte und armselige Wahrheit sein, aber bis zum heutigen Tage sind Profit, Zinsen, Löhne und Arbeit in bestimmten Proportionen unvollständige, aber notwendige Bedingungen für die Existenz des Kapitalismus. Das Kapital kann sich nicht selber wegwünschen, aber genausowenig kann es durch Tricks oder Verwünschungen vernichtet werden.

Rifkin will das System trickreich davon überzeugen, daß die Abschaffung profitschaffender Wirtschaftssektoren ein möglicher Ausweg aus den von ihm prophezeiten Arbeitslosigkeitskrisen sei. Alles wird gut, sagt er beruhigend, wenn die Kapitalisten die automatisierten Sektoren Landwirtschaft, Produktion und Dienstleistung unter Kontrolle haben und fast alle anderen in einem nicht von der Profitlogik geprägten dritten Sektor arbeiten, der keine Vorherrschaft beansprucht. Aber dieses Szenario kann kaum vor den Adleraugen der kapitalistischen Presse bestehen, ohne sich lächerlich zu machen, geschweige denn vor denen der Aufsichtsräte. Also kann es sich nicht durchsetzen.

Negri versucht es stattdessen mit philosophischen Verwünschungen. Der Kapitalismus des ausgehenden 20. Jahrhunderts sei ontologisch gesehen »lediglich ein Apparat der Vereinnahmung, ein Hirngespinnst, ein Götzenbild« (Negri/Hardt 1994: 282). Ich begrüße Negris Bestreben, dieses System der Vernichtung, Ernie-

drigung und des Elends zu verwünschen, aber ich stelle sein »lediglich« in Frage. Wie die höchsten Organe der kapitalistischen Aufklärung (z.B. die Ford Foundation) gezeigt haben, ist das Kapital gegenüber diesen ontologischen Verwünschungen so unempfindlich wie es die Konquistadoren gegenüber den theologischen Verwünschungen der Aztekenpriester waren. Tatsächlich ergötzt sich das Kapital an seinem gespensterhaften Charakter. Seine Hauptsorge gilt dem Fortbestehen des Hirngespinnstes, nicht seinem ontologischen Status.

Die Literatur der 90er Jahre zum »Ende der Arbeit« ist daher nicht nur theoretisch und empirisch unhaltbar. Sie führt auch zu politischen Fehlschlägen, denn sie versucht letztlich, Freund und Feind davon zu überzeugen, der Kapitalismus habe hinter unser aller Rücken sein Ende gefunden. Ihr Motto ist nicht das der Dritten Internationale: »Keine Sorge, das Kapital wird früher oder später von selbst zusammenbrechen«; es lautet eher: »Der Kapitalismus ist auf seiner höchsten technologischen Stufe bereits zu seinem Ende gekommen, wacht nur auf und seht her.« Aber solch eine antikapitalistische Version von Nietzsches Motto »Gott ist tot« wirkt schwerlich inspirierend, wenn immer noch Millionen in den vielerlei Namen Gottes und des Kapitals hingeschlachtet werden. ■

Literatur:

- Aronowitz, Stanley 1973, *False Promises: The Shaping of American Working Class Consciousness*. New York: McGraw-Hill.
- Aronowitz, Stanley / Di Fazio, William 1994: *The Jobless Future; Sci-Tech and the Dogma of Work*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Caffentzis, George 1987: »A Review of Negri's Marx Beyond Marx«, in *New German Critique*, Spring/Summer.
- Caffentzis, George 1990: »On African and Self-Reproducing Automata«, in *Midnight Notes*, 1990.
- Caffentzis, George 1989/1992. »Arbeit, Entropie, Apokalypse«, in *Arbeit, Entropie, Apokalypse, TheKla 12*. Berlin: Sisina 1989 (Originaltext: »The Work/Energy Crisis and the Apocalypse« in *Midnight Notes* Nr. 1, erneut abgedruckt in *Midnight Notes* 1992).
- Caffentzis, George 1995: »On the Fundamental Implications of the Debt Crisis for Social Reproduction in Africa«, in Dalla Costa, Mariarosa und Dalla Costa, G.: *Paying the Price: Women and The Politics of International Economic Strategy*, London: Zed Books 1995.
- Caffentzis, George 1997: »Why Machines Cannot Create Value or Marx's Theory of Machines«, in Jim Davis, Thomas Hirschl und Michael Stack: *Cutting Edge: Technology, Information, Capitalism and Social Revolution*, London: Verso 1997.
- Caffentzis, George 1998: »On the Notion of a Crisis of Social Reproduction: A Theoretical Review.« in Dalla Costa und Dalla Costa, 1998.
- Dalla Costa, M.R. und Dalla Costa, G. 1998: *Paying the Price: Women and The Politics of International Economic Strategy*. London Zed Books.

- Dalla Costa, Maria Rosa und Dalla Costa, G. 1998: *Women, Development and the Labor of Reproduction; Issues of Struggles and Movements*. Lawrenceville, NJ; Africa World Press.
- Davis, Jim, Hirschl, Thomas und Stack, Michael 1997: *Cutting Edge: Technology, Information, Capitalism and Social Revolution*. London: Verso.
- Federici, Silvia 1995 »The God that Never Failed: The Origins and Crises of Western Civilization.« in Federici 1995.
- Federici, Silvia (ed.) 1995. *Enduring Western Civilization: The Construction of the Concept of Western Civilization and Its »Others«*. Westport, CT: Praeger.
- Federici, Silvia 1998: »Reproduction and Feminist Struggle in the New International Division of Labor«, in Mariarosa Dalla Costa und G. Dalla Costa: *Women, Development and the Labor of Reproduction: Issues of Struggles and Movements*, Lawrenceville, NJ: Africa World Press.
- Foucault, Michel 1981: *The History of Sexuality. Volume One: An Introduction*. Harmondsworth: Penguin.
- Guattari, Felix und Negri, Antonio 1990: *Communists Like Us*. New York: Semiotext(e).
- Haraway, Donna 1991: »A Cyborg Manifesto: Science, Technology, and Socialist-Feminism in the Late Twentieth Century«, in *Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature*, New York: Routledge, S. 149-181.
- Linebaugh, Peter / Ramirez, Bruno 1988: »Krise in der Automobilindustrie« in *Zerowork. Politische Materialien aus den USA von 1975 und 1977, TheKla 10*. Berlin: Sisina (Originaltext: »Crisis in the Auto Sector« in *Zerowork* Nr. 1, 1975).
- Marx, Karl, MEW 25: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band*, Berlin.
- Marx, Karl, MEW 26.2: *Theorien über den Mehrwert. Zweiter Band*, Berlin.
- Marx, Karl, MEW 42: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin.
- Midnight Notes Collective 1992. *Midnight Oil: Work, Energy, War, 1973-1992*. New York: Autonomedia.
- Moore, Thomas S. 1996: *The Disposable Work Force: Worker Displacement and Employment Instability in America*. Hawthorne, NY: Aldine de Gruyter.
- Negri, Antonio 1979: *Marx Oltre Marx. Quaderno di lavoro sui Grundrisse*, Milano: Feltrinelli.
- Negri, Antonio 1989: *The Politics of Subversion*, London: Polity Press.
- Negri, Antonio und Félix Guattari 1990: *Communists Like Us*, New York: Semiotext(e) (französische Originalausgabe 1985).
- Negri, Antonio / Hardt, Michael 1997/1994: *Die Arbeit des Dionysos. Materialistische Staatskritik in der Postmoderne*, Berlin, Amsterdam: Edition ID-Archiv (Originaltext: *The Labor of Dionysius: A Critique of the State Form*. Minneapolis: University of Minnesota Press 1994).
- New York Times 1996: *The Downsizing of America*. New York: Random House.
- Rifkin, Jeremy 1995: *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt/New York: Campus (Originaltext: *The End of Work: The Decline of the Global Labor Force and the Dawn of the Post-Market Era*. New York: G.P. Putnam's Sons 1995).
- Special Task Force to the Secretary of Health, Education, and Welfare 1993, work in America, Cambridge, Mass.: The MIT Press.

Arbeit und Einkommen

Toni Negri

Die Arbeit

Es gibt zuviel Arbeit, weil alle arbeiten und alle zur Herstellung des gesellschaftlichen Reichtums beitragen. Dieser Reichtum entspringt aus der Kommunikation, der Zirkulation und aus der Fähigkeit, die Anstrengungen aller koordinieren zu können. Wie Christian Marazzi¹ sagt, ist die Produktion des Reichtums heute durch eine biopolitische Gemeinschaft gesichert (durch die Arbeit derjenigen, die eine Beschäftigung haben, aber auch durch die Arbeit der Studenten, der Frauen und all derer, die zur Erzeugung des Gefühlslebens, der Empfindsamkeit und den Formen der Semiotisierung der Subjektivität beitragen). Diese Produktion des Reichtums wird von den Kapitalisten durch die »Deflation« kommandiert und organisiert, d.h. durch das Herabdrücken aller Kosten, die für die produktive Kooperation und die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Reproduktion erforderlich sind. Der Ausbruch der »Inflation« (von Wünschen und Bedürfnissen), der nach 1968 auf die Deflation der Kosten folgte, war der kapitalistische Übergang von der Moderne zur Postmoderne, vom Fordismus zum Postfordismus. Es war ein politischer Übergang, bei dem die Lohnarbeit als fundamentale Matrix der Reichtumsproduktion verherrlicht wurde. Aber die Arbeit ist von ihrer politischen Macht getrennt worden. Diese politische Macht war von der Neuzusammensetzung der Arbeiter in den Fabriken ausgegangen und hatte sich innerhalb von gewerkschaftlichen und politischen Strukturen organisiert. Die Zerstörung dieser Strukturen hat – von außen betrachtet – eine formlose Masse von Proletariern hinterlassen, die im Territorium herumirren: ein wahres Gewimmel, das durch seine ständige Kollaboration und Kooperation den Reichtum produziert. In der Tat, wenn wir die Welt von unten betrachten, die Welt der Ameisen, da wo sich unser Leben abspielt, wird die unglaubliche produktive Leistungsfähigkeit erkennbar, die diese Arbeiter zunehmend entwickelt haben. Wir stehen hier vor einem unglaublichen Paradoxon: nämlich daß die Arbeit immer noch als Beschäftigungsverhältnis betrachtet wird, als eine Arbeit, die vom Kapital »beschäftigt« wird und unmittelbar seiner Produktionsorganisation unterworfen ist.

¹ Christian Marazzi, *Il posto dei calzini*, Edizioni Casagrande, Bellinzona 1994; Deutsch: Christian Marazzi, *Der Stammplatz der Socken. Die linguistische Wende der Ökonomie und ihre Auswirkungen in der Politik*, Seismo 1997.

Die gesellschaftliche und produktive Legitimität der Tätigkeit bemißt sich noch immer an der »Beschäftigungsfähigkeit« (ein barbarischer Neologismus, der allerdings den neuen Charakter der Unterwerfung auf den Punkt bringt) für das Unternehmen oder den Staat. Aus der »Arbeit« wurde nach und nach eine »Beschäftigung«, und der Wert der Tätigkeit hängt nicht mehr von der tatsächlichen Beteiligung an der Reichtumsproduktion ab (wieviele Beschäftigungsverhältnisse sind unter diesem Gesichtspunkt »unproduktiv«!), sondern von der Unterwerfung unter die Kontrolle des Unternehmens oder des Staats. Bezüglich dieser Auffassung von »Arbeit« besteht ein grundlegender Konsens zwischen Rechts und Links, zwischen Unternehmern und Gewerkschaften.

Aber dieser Zusammenhang zwischen Reichtumsproduktion und Lohnarbeit ist heute aufgebrochen (es handelt sich dabei um eine traditionell-marxistische Betrachtungsweise, die allerdings schon vor Marx von der klassischen politischen Ökonomie formuliert worden war). Der Arbeiter braucht heute keine Arbeitsmittel (d.h. fixes Kapital) mehr, die ihm vom Kapital zur Verfügung gestellt werden. Das wichtigste fixe Kapital, dasjenige, von dem die Unterschiede in der Produktivität abhängen, befindet sich nunmehr in den Gehirnen der arbeitenden Menschen: das ist die Werkzeugmaschine, die jeder von uns in sich trägt. Das ist etwas völlig Neues im produktiven Leben von heute. Und dieses Phänomen ist wesentlich, weil das Kapital durch seine Erneuerung, seine innere Veränderung, durch die neoliberale Revolution und die Umdefinition des Sozialstaats diese Arbeitskraft »einsaugt«. Aber wie saugt es sie ein? Es tut dies in einer Situation, die strukturell zweideutig, widersprüchlich und antagonistisch ist. Die den Reichtum produzierende Tätigkeit ist nicht auf das Beschäftigungsverhältnis reduzierbar. Die Arbeitslosen arbeiten, die Schwarzarbeit produziert mehr gesellschaftlichen Reichtum als die Arbeit der Beschäftigten. Und umgekehrt werden die Beschäftigungsverhältnisse ebenso mit öffentlichen Gelder gefördert wie die Arbeitslosigkeit. Die Flexibilität und Mobilität der Arbeitskraft wurden nicht vom Kapital aufgezwungen, und auch nicht durch die Schachzüge der Vereinbarungen über Lohn und Einkommensverteilung, die zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Staat abgeschlossen wurden, Vereinbarungen, die in den letzten fünfzig Jahren das soziale und politische Leben praktisch bestimmt hatten. Heute befinden wir uns in einer Situation, in der die Arbeit tatsächlich »frei« ist. Natürlich hat dabei das Kapital gewonnen, es hat die Möglichkeiten zur politischen Organisation der neuen Formen der produktiven Kooperation und ihrer politischen »Macht« vorweggenommen. Aber mit etwas Abstand, und ohne sich deswegen von Optimismus hinreißen zu lassen, muß ebenso festgehalten werden, daß die Arbeitskraft im traditionellen Sinne, d.h. die Arbeiterklasse, gegen die Fabrikdisziplin angekämpft hat. Dann stehen wir erneut vor dem Problem, einen politischen Umbruch einzuschätzen, der historisch betrachtet genauso bedeutsam ist wie der Übergang vom Ancien Régime zur Revolution. Es läßt sich durchaus feststellen, daß wir in der zweiten Hälfte des

20. Jahrhunderts einen Umbruch erlebt haben, in dem sich die Arbeit emanzipiert hat. Durch ihre Fähigkeit, intellektuell und immateriell zu werden, hat sie sich emanzipiert. Sie hat sich von der Fabrikdisziplin emanzipiert. Genau darin liegt die Möglichkeit einer globalen, grundlegenden und radikalen Revolution der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft. Der Kapitalist ist von nun an ein Schmarotzer: nicht im klassisch-marxistischen Sinne als Finanzkapitalist, sondern weil er nicht mehr in der Lage ist, die Struktur des Arbeitsprozesses durch die Teilung in Hand- und Kopfarbeit zu beherrschen. Die neuen Formen der Subjektivität haben diese Trennung aufgehoben und umgedreht, indem sie Ausdrucksmittel ihrer eigenen Stärke sowie ein Kampf- und Verhandlungsfeld geschaffen haben.

Das garantierte Einkommen [Le salaire garanti]

Es gibt Konzepte eines minimalen garantierten Einkommens, wie wir sie in Frankreich z.B. in Form des RMI² kennen, was nichts anderes als eine Entlohnung des Elends ist. Es handelt sich dabei um Formen, in denen die Ausgeschlossenen entlohnt werden, um neue Armengesetze. Einer Masse von armen Menschen, die zwar arbeiten, aber sich nicht dauerhaft in das Lohnverhältnis integrieren können, wird ein bißchen Geld gegeben, damit sie sich reproduzieren können und keinen gesellschaftlichen Skandal auslösen. Daher gibt es ein Minimum an garantiertem Einkommen, an Subsistenz, aber nur in dem Maße, wie die Gesellschaft sich zur Verhinderung des Skandals von Todesfällen und »Pestilenz« gezwungen sieht. Denn der Ausschluß könnte in Pestilenz umschlagen. Angesichts eben dieser Gefahr waren im England des 17. und 18. Jahrhunderts die ersten Armengesetze geschaffen worden.

Es gibt solche Formen eines garantierten Einkommens, aber die eigentliche Frage des garantierten Einkommens ist eine völlig andere. Es geht darum zu begreifen, daß die Grundlage der Produktivität nicht mehr die Investition des Kapitals ist, sondern die Investition des vergesellschafteten menschlichen Gehirns. Anders gesagt, die Reichtumsproduktion beruht heute vollständig auf der größtmöglichen Freiheit und auf dem Bruch mit der Fabrikdisziplin, auf der maximalen Freiheit der Arbeit. Das garantierte Einkommen beinhaltet die Verteilung eines großen Teils des Einkommens, wobei es den produktiven Subjekten überlassen bleibt, dieses Einkommen für ihre eigene produktive Reproduktion zu verausgaben. Es wird damit zum grundlegenden Element. Das garantierte Einkommen ist die Bedingung für die Reproduktion einer Gesellschaft, in der die Menschen durch ihre Freiheit produktiv werden. Ganz offensichtlich werden an diesem Punkt die

² RMI = le revenu minimum d'insertion, Mindesteinkommen zur Wiedereingliederung, beträgt zur Zeit ca. 600 Mark; siehe »Die Arbeitslosenbewegung in Frankreich« in Wildcat-Zirkular Nr. 42/43.

Probleme der Produktion und der politischen Organisation identisch. Wenn man diesen Gedanken zu Ende verfolgt, führt das zur Vereinigung der politischen Ökonomie mit der Politikwissenschaft, der Staatswissenschaft. Nur in den Formen der Demokratie – einer radikalen und absoluten Demokratie, wobei ich nicht weiß, ob der Begriff Demokratie hier noch verwendet werden kann – läßt sich dann noch die Produktivität bestimmen: eine substantielle, wirkliche Demokratie, in der auch die Gleichheit der garantierten Einkommen immer größer, immer grundlegender wird. Sicherlich wird es im weiteren Verlauf auch noch Debatten über Maßnahmen zum Anreiz [zur Arbeit! d.Ü.] geben, aber das sind Probleme, die uns nicht wirklich interessieren.

Heute besteht das wirkliche Problem darin, die Sichtweise umzukehren, nach der sich die Kritik der politischen Ökonomie von allein entwickeln würde, d.h. die Vorstellung von der Notwendigkeit der kapitalistischen Investition. Das ist nicht neu und wurde schon in den Jahren diskutiert, als die produktive Kooperation in allen Lebensbereichen völlig neu erfunden wurde, seien sie nun linguistisch, gefühlsmäßig oder den Subjekten zugehörig. Daher wird heute das garantierte Einkommen zur Hauptsache, als Bedingung für die Reproduktion dieser Subjekte in ihrem Reichtum. Kein Machthebel und nichts Transzendentes wird mehr benötigt, und es bedarf auch keinerlei Investitionen, die heute nicht mehr die sogenannten »Arbeitsplätze von morgen« schaffen, sondern nur zur Spaltung innerhalb des Proletariats zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden, zwischen »Unterstützten« und »Produktiven«, »Sozialversicherten« und »Unversicherten« dienen. Es handelt sich um eine Utopie, und zwar um diese Art von Utopie, die zu einer Maschine der Wirklichkeitstransformation wird, wenn man sie nur in Gang setzt. Eine der schönsten Sachen heute ist es, daß sich dieser öffentliche Raum von Freiheit und Produktion zu definieren beginnt und dabei die Zerstörung all dessen mit sich bringt, was heute als Organisation der Produktivkraft und folglich als Organisation der politischen Macht existiert.

Die Arbeitszeitverkürzung

Wenn die Arbeitszeitverkürzung zu einem Mythos wird, demzufolge sich die Industriearbeit durch die Verkürzung der Arbeitszeit der noch Arbeitenden aufrechterhalten ließe, dann ist sie genau das: ein Mythos. Die Informatisierung und Automatisierung der fordistischen produktiven Arbeit schreitet so schnell voran, daß dabei keine Arbeitszeitverkürzung mithalten könnte. Wenn wir uns an das halten, was zum einen Gorz, zum anderen Fitoussi, Caillé oder Rifkin sagen, dann würden für das Niveau von Entwicklung und beschleunigter Automatisierung und Informatisierung, das die Vollbeschäftigung gesichert hatte, heute zwei Stunden Arbeit am Tag ausreichen. Dem würden zwei, höchstens zweieinhalb Tage pro Woche entsprechen. Wenn eine gewisse Linke mit ihrer Politik der Arbeitszeit-

verkürzung darauf zielt, die garantierte Beschäftigung der Arbeitskraft aufrechtzuerhalten, dann handelt es sich um eine reine Mystifikation.

Begeben wir uns nun auf die andere Ebene, bedenken wir, daß die Produktion nicht wegen der abgesicherten Arbeiter läuft, sondern wegen der Mobilität und Flexibilität, wegen der Ausbildung und der kontinuierlichen Weiterqualifizierung der gesellschaftlichen Arbeitskraft. Und daß diese Produktion gleichermaßen aufgrund der im unmittelbaren Arbeitsprozeß verrichteten Tätigkeiten funktioniert wie durch die wissenschaftliche Produktion und ihre Sprachen oder durch die Herstellung einer Gefühlsgemeinschaft. Wenn man diese dynamische, flexible, mobile, fließende, baumartig sich verzweigende Auffassung der Produktivität übernimmt, dann muß man sie absichern. Und was bedeutet es, sie abzusichern? Es heißt, daß alle ein garantiertes Einkommen bekommen müssen. Mit drei grundlegenden Merkmalen: nicht nur ein Einkommen für alle, sondern entsprechend einer Gleichheitsregel innerhalb der Gesellschaft ein gleiches Einkommen. Zweitens soll mit dem garantierten Einkommen nicht nur allen die Subsistenz innerhalb des Prozesses gewährt werden, sondern es muß auf diesem hohen Niveau der Bedürfnisse und Produktivkräfte der größtmöglichen Zahl von Bürgern die Aneignung von Geld ermöglichen. Von diesem Standpunkt aus ist das garantierte Einkommen drittens nicht nur ein Problem der Gestaltung von Arbeit und Produktivität. Es ist ein Problem, das unmittelbar das Steuerwesen und den Staatshaushalt sowie die grundlegenden Elemente der Organisation betrifft: das ist tatsächlich ein revolutionärer Prozeß. Und ich verstehe einfach nicht, wie man sich dem widersetzen kann.

Auszüge aus »EXIL«, Toni Negri, Éditions Mille et une nuits, Paris Februar 1998

Indonesien 1998

Auch vor der Krise gab es in Indonesien jede Menge Riots, Demonstrationen, Bewegungen, Kämpfe. 1992 waren es nach offiziellen Angaben 177 Streiks, 1994 schon über Tausend. 1995 gab es in Jakarta zum ersten Mal seit dreißig Jahren wieder eine 1. Mai-Kundgebung. 1996 wurde der 1. Mai mit Streiks gefeiert. Diese drehten sich meist um die Zahlung der Mindestlöhne. Einige Streiks in Surabaya gingen weiter, dort wurden auch politische Forderungen gestellt, z.B. die Abschaffung von bestimmten repressiven Gesetzen und daß sich das Militär aus Streiks raushalten soll.

Die militärische Niederschlagung der Demokratiebewegung in Jakarta im Juli 1996 und die anschließende Repression bringen dem Regime nur eine kurze Atempause. Im April veranstalten Studenten – sie sind Mitglieder eines Demokratiekomitees – in Yogyakarta einen Hungerstreik. 24 werden dabei verhaftet. Während des Wahlkampfes zum Repräsentantenhaus, bei dem in Indonesien immer die Hölle los ist, ungeachtet der Tatsache, daß man nicht wirklich die Wahl hat, fordern im Mai 1,4 Millionen Menschen in Jakarta Einigkeit zwischen der Oppositionsführerin Megawati Sukarnoputri und der Islamischen Partei. Die Menge ruft Parolen gegen Regierung und Militär.

Im letzten Jahr traten auch 16000 Arbeiter der von Habibie geleiteten Flugzeugwerke in den Streik. Nachdem Habibie bei seinem Lieblingsprojekt schon am ersten Tag Zugeständnisse macht, streiken trotzdem einige hundert Arbeiter einen zweiten Tag. Bei einer Nike-Schuhfabrik streiken 5000. In einer Textilfabrik streiken 4500 gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen.

Es gibt auch viele Streiks in kleineren Betrieben. Die Militanz nimmt zu, immer öfter werden Manager verprügelt. In vielen Städten gibt es Streiks im Transportsektor, z.B. wegen der Bestechungssummen, die die Fahrer für ihre Lizenzen zahlen müssen, oder in Ujung Pandang im Oktober wegen der chaotischen Verkehrssituation.

Am 23. September versammeln sich studentische Demokratie-Aktivistinnen und Arbeiter im Foyer des Parlaments, um gegen neue Arbeitsgesetze zu protestieren. Mindestens neun werden verhaftet.

Im Oktober greifen Bewohner eines Stadtteils von Jakarta ein Verwaltungsgebäude an, wegen der schlechten Wasserversorgung. Es gibt außerdem Lohnstreiks in Tabakplantagen, Angriffe auf Polizeistationen wegen Polizeiwilkkür, einen Streik von hunderten Studenten in Surabaya wegen Gebührenerhöhung. Im November streiken 40 000 Arbeiter einer Zigarettenfabrik.

Man sieht, die Proteste von 1998 sind nicht plötzlich ausgebrochen, die Scheiße war schon vorher am Dampfen. Aber damit sie zu einer Drohung für das Regime werden konnten, mußte dieses erst die Rechtfertigung verlieren, nämlich die Hoffnung der Leute, daß der Lebensstandard weiter steigt.

Im Oktober 1997 wird das erste Abkommen mit dem IWF geschlossen. Im Dezember werden als erste Maßnahme einige marode Banken geschlossen, wobei die Regierung für die Spareinlagen garantiert. Trotzdem bricht Bankpanik aus, die Zentralbank muß mehr Rupiah drucken, das heizt die Inflation an. Anfang Januar stellt Soeharto seinen Haushaltsplan vor – und der ist ein klarer Bruch mit dem IWF-Abkommen. Kein Abbau von Subventionen und Preiskontrollen, die Staatsausgaben sollen steigen. Im März steht die Wiederernennung Soehartos zum Präsidenten an, unpopuläre Maßnahmen sollen wohl auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Schon die Möglichkeit, daß der IWF infolge des Vertragsbruchs die Auszahlung weiterer Kreditraten aussetzt, schießt die Rupiah in den freien Fall. Panikkäufe in den nächsten Tagen verschärfen die Situation noch. Außerdem ist wegen Trockenheit im letzten Jahr eine Ernte fast komplett ausgefallen. Die Folge sind enorme Preisteigerungen, vor allem bei Grundnahrungsmitteln.

Diese Preissteigerungen führen zu Unruhen und Plünderungen im Januar und Februar. Sie brechen in Dutzenden von kleineren Städten aus, zunächst auf Java, dann auf anderen Inseln. Die wichtigsten Großstädte und die Ferieninsel Bali werden vom Militär zu Gebieten erklärt, in denen Krawalle auf jeden Fall verhindert werden sollen.

Bei vielen dieser Riots, wenn auch nicht bei allen, gibt es anti-chinesische Aspekte. Der Handel wird vielerorts von Leuten chinesischer Abstammung dominiert. Das ist ein Grund, warum deren Geschäfte oft Ziel von Plünderungen und Zerstörung sind. Es gibt auch anti-chinesischen Rassismus. Händler versuchen ihre Läden mit Schildern auf denen »Moslem« oder »Einheimischer« steht, zu schützen. Oder sie hängen Gebetsteppiche auf. Mindestens fünf Leute, Rioter wohlgehemmt, keine Ladenbesitzer, kommen in dieser Zeit ums Leben, zwei davon von Sicherheitskräften erschossen, einige hundert werden verhaftet.

Es läßt sich schwer entscheiden, ob Regierung oder Militär die Unruhen direkt angestiftet und dann in eine anti-chinesische Richtung gelenkt haben. Ganz sicher haben sie aber das anti-chinesische Klima geschürt. Chinesische Geschäftsleute wurden beschuldigt, Waren zu horten, ihr Geld ins Ausland zu bringen, oder ganz allgemein für die Krise verantwortlich zu sein.

Mitte Februar bekommen die Sicherheitskräfte Anweisung, schärfer durchzugreifen, daraufhin flauen die Riots ab.

Zur selben Zeit werden die Studenten aktiv. Es gibt 2,3 Millionen Studenten in Indonesien, die meisten aus der Mittelschicht. Der droht durch die Krise der soziale Abstieg. Viele Studenten müssen damit rechnen, ihr Studium aus finanziellen Gründen nicht abschließen zu können. Oder danach keinen Job zu finden.

Es gibt zunächst kleinere Demonstrationen mit einigen hundert Teilnehmern. Die Forderungen sind niedrigere Preise, Reformen, Ende der Korruption, Rücktritt Soehartos. Die Proteste weiten sich auf immer mehr Städte aus, die Teilnehmerzahlen steigen. Im März protestieren an über 30 Universitäten Studenten gegen Soehartos Wiederernennung.

Solange sich die Demos auf das Universitätsgelände beschränken, werden sie toleriert, vom Verteidigungsminister sogar als konstruktive Kritik bezeichnet. Wenn die Studenten allerdings versuchen, den Campus zu verlassen, um die Bevölkerung in die Demos miteinzubeziehen, schlagen die Sicherheitskräfte zu. Trotzdem schließen sich auch Nichtstudenten an. Am Geburtstag einer Pionierin des indonesischen Feminismus, finden in einigen Städten reine Frauendemos statt. In Surabaya nehmen tausend Frauen teil: Studentinnen, Dozentinnen, Nonnen, Krankenschwestern, Hausfrauen, Fabrikarbeiterinnen und einige Prostituierte.

Ab Ende März werden die Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Sicherheitskräften immer gewalttätiger. Daß die Polizei immer häufiger Tränengas und Gummigeschosse einsetzt, tut der Bewegung aber keinen Abbruch, im Gegenteil. Ende April kommt es in Medan in Nordsumatra zu tagelangen Straßenschlachten, bei denen die Studenten Molotowcocktails schmeißen.

Am 4. Mai steigen wegen der vom IWF verordneten Subventionsstreichungen die Preise für Benzin, Transport und Kerosin. Das Kerosin brauchen viele Leute zum Kochen. Sofort brechen in Medan mehrtägige Riots aus, Geschäfte werden geplündert, Fahrzeuge verbrannt, eine Polizeistation angegriffen. In Surabaya haben Studenten um Mitternacht Tankstellen besetzt. In verschiedenen Städten schließen sich immer mehr Arbeiter und Arbeitslose den Protesten an. In Yogyakarta demonstrieren 10 000 Studenten und Arbeiter. In Jakarta, Bandung und Ujung Pandang werden Reifen und Soehartobilder verbrannt.

In Tangerang, einer Industriestadt nahe Jakarta, machen 4000 Arbeiter von zwei Keramikfabriken eine Kundgebung, auf der sie höhere Sozialleistungen fordern. 1500 Arbeiter einer Holzverarbeitungsfabrik in Westjava streiken für höheren Lohn. Wir wissen von Streiks in mindestens sechs anderen Städten. Lokale Behörden bemühen sich, zu verhindern, daß kleinere Boykott-Aktionen von Bus- und Taxifahrern nicht in einen Transportstreik münden. Die Fahrer versuchen, höhere Fahrpreise durchzusetzen, um die neuen Benzinkosten zu decken. In Jakarta gibt es am 6. Mai eine Demonstration von Minibusfahrern, der sich auch Studenten anschließen.

Die Studentenbewegung gewinnt mehr und mehr Zustimmung: Verschiedene religiöse Organisationen, Zeitungen und Intellektuelle äußern öffentlich ihre Billigung.

Am 12. Mai erschließen Sicherheitskräfte sechs Studenten. Dies ist der Auslöser für die Riots in Jakarta vom 13. bis zum 15. Mai. Tausende von Häusern, Geschäften, Supermärkten, Einkaufszentren und Fahrzeugen werden geplündert und abgepackelt. Symbole des verhassten Regimes werden angegriffen, wie Polizeistationen oder Firmen im Besitz von Soeharto und seiner Freunde. Z.B. werden 122 Filialen der Bank Central Asia und unzählige ihrer Kassenautomaten zerstört. Die Bank Central Asia ist die größte Privatbank Indonesiens, beteiligt sind zwei Soeharto-Kinder. Wohnhaus und Fuhrpark von Sudona Salim, dem Bankchef, werden verbrannt. Es wird von volksfestartiger Stimmung berichtet. Die Sicherheitskräfte sind äußerst zurückhaltend. Aus einigen Gegenden scheinen sie völlig verschwunden zu sein. Bei den dreitägigen Riots sterben wahrscheinlich mehr als tausend Menschen, die meisten davon bei Bränden in Supermärkten und Einkaufszentren.

Es gibt Vermutungen, daß regierungsnahe Kreise die Unruhen mitinitiiert und in eine anti-chinesische Richtung gelenkt haben. Oder sogar die Kaufhäuser in Brand gesteckt haben, während drinnen noch geplündert wurde. In der Absicht, daß die Bevölkerung dermaßen schockiert ist, daß sie eine vom Militär hergestellte Ruhe und Ordnung vorzieht. Eine Menschenrechtsorganisation hat Zeugen befragt und seltsame Aspekte festgestellt, z.B. das an verschiedenen Orten Jugendliche als Anstifter mit den selben anti-chinesischen Parolen aufgetreten sind. In anderen Städten gibt es auch Riots. Auch da greifen die Truppen kaum ein.

Am 15. Mai werden die Benzinpreiserhöhungen teilweise zurückgenommen. Soeharto kehrt von einem Gipfeltreffen in Ägypten vorzeitig zurück, verspricht Neuwahlen, aber zu spät. Immer mehr seiner Unterstützer und Parteifreunde rücken von ihm ab und drängen zum Rücktritt, vor allem da für den 20. Mai Großdemos vorbereitet werden.

In Jakarta marschieren 100 000 Soldaten auf, um die Großkundgebung zu verhindern. Die wird dann auch abgesagt. Aber in Yogyakarta nehmen eine halbe Million teil, in Bandung 100 000, in Surabaya 50 000, in Solo 30 000, in Medan 20 000.

Am 18. Mai besetzen mehr als zehntausend Studenten mit Duldung des Militärs das Parlament. Sie tolen durch die Abgeordnetenbüros, machen Konfetti aus politischen Dokumenten, zerstören Tonbandaufnahmen von Parlamentsdebatten. Die Stimmung ist sehr gut. Einige machen Papierflieger aus Dokumenten und lassen sie vom Balkon fliegen. Überall wird Graffiti angebracht. Einer wird gefragt, ob dieser Vandalismus nicht ungehörig sei: »Weiß ich nicht, interessiert mich nicht!«, antwortet er. In Indonesien, wo sehr viel Wert auf gutes Benehmen und Respekt gelegt wird, bedeutet das ein ganze Menge. Die Studentenfürer, denen es

nicht gelang, ihre Kommilitonen unter Kontrolle zu halten, waren sauer und versuchten wenigstens zu verhindern, daß der Plenarsaal besetzt wurde.

Nachdem ihn die Militärführung dringend dazu aufgefordert hat, tritt Soeharto am 21. Mai zurück. Sein Vize Habibie wird neuer Präsident. Die Studenten protestieren weiter, fordern jetzt die Absetzung Habibies. Am 22. Mai werden die letzten 2000 Besetzer aus dem Parlament geräumt, einigermaßen friedlich.

Seitdem hat das Regime einige Schönheitskorrekturen durchgeführt. Wahlen sind versprochen. Neue Parteien dürfen gegründet werden, einige Soehartoverwandte sind von ihren Posten entfernt worden, einige politische Gefangene wurden freigelassen.

Die eigentlichen Probleme bestehen weiter. Die Preise sind seit den Riots weiter gestiegen, der Preis von Speiseöl hat sich verdoppelt. Bei anderen Grundnahrungsmitteln stiegen die Preise um 20-70 Prozent. Mehrere Millionen haben bereits ihren Job verloren. Die Firmen schmeißen als erstes unliebsame Leute raus, vor allem Frauen. Schwangere Frauen oder Frauen, die während der Menstruation zu Hause bleiben, Streikführer. Auch Firmen, die von der Krise kaum betroffen sind, nutzen diese, um Leute zu entlassen und Löhne zu kürzen.

Der IWF hat die Kreditauszahlung storniert. Es ist ganz klar, daß das bisherige Paket nicht reicht und neu verhandelt werden muß. Und es ist ganz klar, wer bezahlen soll. Die »Wirtschaftsreformen« werden noch eine Nummer härter ausfallen. Aber diesmal sollen sie wohl etwas »sozialverträglicher« umgesetzt werden. Was nicht heißt, daß die Leute weniger leiden müssen, sondern daß sie weniger revoltieren sollen. Nicht umsonst wurde als einer der ersten der inhaftierte Gewerkschaftsführer Pakpahan freigelassen und seine bisher verbotene Gewerkschaft legalisiert.

Es bleibt spannend. Es haben wieder Riots stattgefunden. In Tanjungbalei gab es anschließend an eine Anti-Korruptions-Demo Unruhen und Plünderungen. Einige Läden und drei Bankfilialen wurden zerstört. In Jakarta haben Slumbewohner ein Grundstück besetzt, auf dem eine Soehartotochter Wohnhäuser bauen lassen wollte. Auch die Studentenproteste gehen weiter, wenn auch kleiner.

In den letzten Tagen gab es etliche Proteste gegen Korruption, bei denen teilweise Regionalparlamente besetzt wurden. In Dili, Osttimor, nahmen am 1. Juni 1500 Studenten an einem Forum für freie Rede teil, bei dem der Einfluß der Reformbewegung auf die Situation in Osttimor diskutiert wurde. ■

»Totale Reform!«

Thesen zur Situation in Südostasien

1. Das sogenannte Wirtschaftswunder in China und Südostasien beruhte auf der erfolgreichen Ausbeutung der Wünsche und Hoffnungen der Menschen.

Die letzte und dramatische Phase dieses Wirtschaftswunders hat vor ganz genau neun Jahren angefangen: mit der Niederschlagung des Aufstandes in Beijing, bekannt unter dem Namen des Platzes, auf dem die Studenten kampierten: Tien-an-men. Seit dem haben die Menschen ihre Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Kapitalismus gesetzt, seit dem sind viele hundert Millionen in die Städte gezogen und seitdem wird ihr Angebot an billiger Arbeitskraft vom Kapital in großem Maßstab angenommen. Auch in Indonesien ist seitdem chinesisches und südkoreanisches Kapital zugange, um die Produktion arbeitsintensiver Waren zu organisieren (Textil, Schuhe etc.).

Die Wachstumsraten waren eine z.T. direkte, z.T. indirekte Folge des Klassenkampfes. Direkt, weil die Löhne und damit die Kaufkraft stiegen; indirekt, weil sie eine gesellschaftliche Dynamik auslösten und ausdrückten, die in wirtschaftliche Dynamik übersetzt werden konnte. Wenn die Leute sich Motorräder leisten können, entstehen Motorradfabriken, die aber dann einen anderen Charakter haben als die Schuhfabriken. Die Belegschaft einer Motorradfabrik hat meist eine Ausbildung oder kann wenigstens so tun als ob und sie hat gewisse Ansprüche in Bezug auf Löhne, Sozialleistungen und Arbeitsintensität. Entsprechend war auch in Indonesien die Armut nicht völlig verschwunden, aber zurückgedrängt; es ist eine wohlhabende Mittelschicht entstanden; es gibt ein relativ gutes Ausbildungssystem; es gab staatliche Sozialleistungen in Form von Subventionen usw. Und Indonesien hat nicht mehr nur Schuhfabriken ...

2. Dieser Aufschwung war organisiert und gesichert durch Militärdiktaturen oder militärisch gesicherte Scheindemokratien; also Staaten, die die kapitalistischen Verkehrsformen nicht (mehr) im Griff haben.

So dynamisch die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung war; die herrschenden Cliquen und die Staaten versuchten weiterhin so zu funktionieren, als hätten sie es mit einer stabilen Mehrheit von Landbevölkerung zu tun. Relativ kleine Cliquen organisieren das Wachstum als Wachstum ihres Reichtums und ihrer Macht, Ansprüche des Proletariats werden aufs Nötigste befriedigt, den Rest

erledigt Repression. In Indonesien war und ist das besonders krass. Zwei Beispiele: Die Familie Soeharto wird auf etwa 40 Milliarden Dollar geschätzt, also fast soviel wie das ganze Hilfspaket, das der IWF zur Rettung der indonesischen Wirtschaft versprochen hat. Oder: Man ist in Kapitalistenkreisen davon ausgegangen, daß ausländische Investoren mehr als doppelt soviel für Steuern, Abgaben, Schmiergelder ausgeben müssen wie für Löhne. Entsprechend groß waren und sind die Schwierigkeiten des IWF schon auf rein technischer Ebene: es gibt einfach keine zuverlässigen Zahlen über Indonesien.

3. Die ganze Entwicklung war eine Entwicklung auf Pump.

Fasziniert von den Zahlen und den neuen Hochhäusern in den Hauptstädten drängte sich das Kapital geradezu nach Südostasien. Vor allem europäische und asiatische Banken haben sich jetzt als die Hauptkreditgeber herausgestellt; es kam aber auch viel spekulatives Kapital, das keinen Namen hat. Man kann dies aber auch anders ausdrücken: Südostasien hat jahrelang »über seine Verhältnisse gelebt«. Zum Teil haben dies die herrschenden Cliquen unproduktiv kassiert, zum Teil haben sie es zum Zwecke puren Größenwahns in wenig profitable Projekte gesteckt, zum Teil wurde es aber auch benutzt zur Besänftigung der Ansprüche der Arbeiter und der neuen Mittelschichten. Wenn ich sage, »über die Verhältnisse leben«, dann meine ich das natürlich im Sinne des Kapitals. Kapital will sich verwerten, Kapital will Profite machen. Kredite sind Anweisungen auf zukünftige Arbeit und Ausbeutung; ganz egal, was damit finanziert wird, es wird erwartet, daß es morgen ein Mehr beinhaltet, das am Ende nur aus Ausbeutung kommen kann.

In dem Moment, wo dies nicht mehr gewährleistet zu sein scheint, in dem Moment werden Kredite faul, Schulden unbezahlbar, Währungen verlieren ihren Tauschwert. Die Finanzkrise in Südostasien ist genau dies: die Rache des Kapitals. Die Spekulanten haben dies zuerst ausgeführt und dabei gut am Zusammenbruch der Währungen von Thailand, Südkorea und Indonesien verdient. Wobei eins klar ist: schon das war kein Vorgang auf der Ebene des Geldes allein, sondern in sich schon der Angriff auf die Menschen. Verloren haben sicher auch die Reichen, aber das interessiert uns nicht. Verloren haben die Leute mit einem kleinen Sparbuch, die, die entlassen worden sind, die, die sich die Schule für die Kinder nicht mehr leisten können und die, denen es kaum mehr zum Essen reicht.

4. War der Zusammenbruch der Währungen eine Folge des freien Wirkens und der Macht des Finanzkapitals, also sozusagen eine neoliberale Erscheinung, so ist der Einmarsch des IWF eine politische und staatliche Intervention, erinnert also eher an den Keynesianismus.

Immer, wenn es mit der Ausbeutung nicht richtig klappt, ruft das Kapital nach dem Staat, in diesem Fall nach dem IWF. Der IWF selber ist eine staatliche Institution und seine Maßnahmen sollen mittels der Einzelstaaten durchgeführt werden. Der IWF gibt längerfristige Kredite um kurzfristige Schulden abzudecken. Dafür verlangt er staatliche Maßnahmen, die »normale« Ausbeutungsbedingungen wieder oder überhaupt erst herstellen sollen. In Asien hat er es dabei aber mit zwei Kräften zu tun, mit denen er sich anlegen muß. Mit den herrschenden Cliquen einerseits, deren Raffgier und Kumpanei er in übliche Ausbeutungsbahnen lenken muß und andererseits mit dem Proletariat, dessen bescheidene Errungenschaften er angreift. So haben sich die Geldbürokraten das jedenfalls am Anfang vorgestellt: Bankgesetze, Bankrottgesetze, standardisierte Rechnungslegung und Aufhebung von Monopolen auf der einen Seite; Abbau von Preiskontrollen von Lebensmitteln und Aufheben von Arbeiterschutzgesetzen auf der anderen Seite.

Geholfen hat es bisher nicht. Nicht in Thailand und nicht in Südkorea. Und schon gar nicht in Indonesien. Obwohl insgesamt schon ungefähr 40 IWF-Milliarden verbraten sind, ist kein Ende der wirtschaftlichen Talfahrt abzusehen; ja das Schlimmste kommt erst noch. Der IWF ist gescheitert und das liegt am Widerstand des Proletariats, oder anders gesagt: An der Unwilligkeit und Unfähigkeit der Herrschenden, den Angriff auf die wenigen sozialen Errungenschaften so hart und erfolgreich zu führen, wie es das Kapital gern hätte.

5. Die Geldbürokraten und die politischen Vertreter des Kapitals befürchten Revolution. Davon reden Proletariat und Arbeiterklasse noch nicht. Aber sie könnten anfangen, davon zu reden.

Wolfensohn, Chef der Weltbank, im März 1998: *»Du kannst die Beziehungen zwischen einigen der Geldmensen in Ordnung bringen. Aber wenn wir nicht weitergehen und an die Implikationen denken, die das auf den sozialen Sektor hat, haben wir nichts – außer vielleicht Revolution und soziale Unruhen.«*

Der IWF steht in Indonesien noch nicht in der direkten Schußlinie; dort steht immer noch das Militärregime. In dem Maße, wie der IWF auch Maßnahmen verlangt, die sich gegen den Kumpanei-Kapitalismus der herrschenden Cliquen richtet, in dem Maße sehen Teile der bürgerlichen Opposition den IWF eher als Bündnispartner denn als Gegner. Wie groß der Einfluß dieser Opposition auf die Gesellschaft und die gesellschaftliche Entwicklung allerdings ist, ist schwer abzuschätzen. Es ist nicht abzuschätzen, ob die jetzige bürgerliche Opposition in der Lage wäre, dem Proletariat über die kommenden Jahre hinweg den Verzicht aufzubürden. Die Erfahrungen aus Thailand und Südkorea sprechen erstmal dagegen; dort ist die frühere Opposition an der Regierung. Es ist bisher auch gelungen, mit dem Versprechen auf baldige Besserung, einige Maßnahmen durchzusetzen. Aber die Geduld der Leute scheint langsam zu Ende zu gehen.

Aber Not, Elend und enttäuschte Hoffnungen allein reichen nicht, um Revolution zu machen. Notwendig ist ein Prozeß von gesellschaftlicher Diskussion, proletarischer Selbstorganisation und von Kämpfen, auch innerhalb der proletarischen Klasse selber. Wir können hoffen, daß dieser Prozeß im Rahmen der politischen Öffnung in Indonesien vorangeht. Zur Zeit formulieren die Studenten und andere als Perspektive noch: »Totale Reform!« Die Diskussion über den Kampf gegen Ausbeutung und Arbeit, über Alternativen zum Kapitalismus, über den Weg dorthin, diese Diskussion steht wieder auf der Tagesordnung. In Südostasien und hier eigentlich auch.

6. Die Krise ist nicht nur nicht vorbei, sondern hat möglicherweise noch gar nicht richtig begonnen.

Das gilt für Indonesien, dessen offizielle Ökonomie im Moment schlicht zusammengebrochen ist. Das gilt für Asien, wo die Währung Chinas unter großem Abwertungsdruck steht und man eigentlich auf einen spekulativen Angriff wartet. Das wäre dann auch für den IWF eine Nummer zu groß.

Man will nicht spekulieren über eine Welt-Geldkrise oder eine Welt-Finanzkrise. Die Sache in Südostasien ist auf dieser Ebene bisher relativ easy austariert worden. Aber: der Kapitalismus steht wieder in Rede und das ist das Verdienst der Arbeiterklasse, die in Südostasien seine Bedingungen zurückgewiesen hat.

7. Für uns bedeutet das:

a) Nicht mehr der Globalisierungspropaganda des Kapitals aufsitzen. Wie hat man bei uns den Standort Südostasien gelobt und mit Auslagerung gedroht... Ja die Kapitalisten hätten das gerne, daß sie von der einen wenig produktiven oder aufsässigen nationalen Arbeiterklasse zur anderen fliehen könnten, aber das funktioniert nicht. Wir glauben nicht mehr an das Standort-Geschwätz!

b) Die Globalisierung gegen Unterdrückung und Ausbeutung vorantreiben! Dazu gehört zuallererst die Erkenntnis, daß die weltweite Zurückweisung von zuviel Ausbeutung hinter der verzweifelten Suche des Kapitals nach neuen Möglichkeiten der Verwertung steckt, daß sie die aber immer nur vorübergehend finden. Wir sind Täter und nicht Opfer der »Globalisierung«. Daraus folgt: für einen weltweiten Horizont in der linken und proletarischen Debatte kämpfen!

c) Und das heißt im Moment natürlich: Die Frage nach der Revolution – *revolusi* – aufnehmen und wieder in die gesellschaftliche Debatte bringen. Wir dürfen diese Frage nicht den Chefs der Weltbank und den Militärs in Jakarta überlassen!

Chiapas und die globale Proletarisierung

Bereits in Nr. 1 des Wildcat-Zirkulars vom Frühjahr 1994 wurden Texte der EZLN zum Aufstand in Chiapas veröffentlicht. Wie viele andere hatte es uns vom Hocker gerissen, daß 1994 dort eine Revolte losbrach und damit weltweit das Märchen vom Sieg des Kapitalismus Lügen strafte. Eine Revolte, die aktiv und militant den neuesten Zumutungen des Kapitals in Mexiko gegenübertrat (z.B. NAFTA) und die gleichzeitig auch international Position bezog: es geht nicht nur um Chiapas, sondern um eine Konfrontation mit dem weltweiten Neoliberalismus. Die beste Solidarität ist selber kämpfen, so die Botschaft der EZLN, der auch die direkte Aufforderung zur Organisation folgte.

Leider schien sich dann die schon sehr früh von Beobachtern geäußerte Befürchtung zu bestätigen, daß dieser Aufruf zwar gehört wurde, daß sich auch überregionale Diskussionszusammenhänge herausgebildet haben, der Aufruf zum Selberkämpfen aber meist in die bekannten Bahnen der Solidaritätsarbeit mündete. Hierzu gehört die kritiklose Akzeptanz des zentralen Arguments der EZLN vom Aufstand der »indigenen Völker« in Chiapas. Innerhalb der Soli-Bewegung führte das fast zu einem Kritikverbot an der EZLN, das gerade deswegen so rigide funktionierte, weil Kritikpunkte als bekannt und berechtigt aufgenommen wurden, aber – meist mit Bezug auf die besondere Situation der »indigenen Völker« – relativiert und wegdiskutiert wurden. Auf Vorbereitungstreffen für das 1. Intergalaktische Treffen in Berlin im Juni 1996 kam die Erfahrung hinzu, daß die Mainstream-Diskurse über Neoliberalismus und Globalisierung übernommen wurden, statt die dringend notwendige eigene Kritik der hiesigen Verhältnisse in Angriff zu nehmen.

Es gab aber auch schon früh Texte, die sich kritisch mit den politischen Proklamationen der EZLN und der Realität in Chiapas auseinandersetzten. Im Zirkular Nr. 22 (Dezember 1995) sind zwei dieser Beiträge abgedruckt: von der griechischen Genossin Katerina, die Chiapas bereist hatte, und von Charles Reeve und Silvie Deneuve, die in der EZLN eine Avantgarde-Organisation sehen, die sich wenig von den ML-Organisationen der 70er Jahre unterscheidet und die damals auch unkritisch unterstützt wurden.¹ Der Abdruck des letzten Textes war in der Zirkular-Redaktion damals nicht unumstritten, wie das Vorwort zeigt, das zwar in zentralen Punkte der Kritik zustimmt (zur Schau getragener Nationalismus, ein schwammiger Begriff von Zivilgesellschaft, mangelnder Klassenbezug), aber sie

¹ Siehe auch den kritischen Rückblick auf die Solidaritätsarbeit zu Nicaragua in diesem Zirkular.

dann doch mit dem Hinweis abbügelt, die Autoren wünschten die ideologisch reine Klasse herbei, während die soziale Realität leider sehr widersprüchlich sei. Ein Artikel in Zirkular Nr. 24² setzte sich kritisch mit dieser »Methode der Relativierung« aus Angst vor theoretischer Verunsicherung auseinander – ein Verfahren, das im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb sehr verbreitet ist, aber den Verzicht auf revolutionäre Theorie bedeutet. Während Reeve/Deneuve versuchen, präzise Kriterien für revolutionäre Brüche zu bestimmen, ruft das Vorwort in Nr. 22 zwar zur Diskussion auf, aber auch dazu, es lieber nicht allzu genau zu nehmen, weil man sonst ja mit niemandem solidarisch sein könne. Da es um Zuspitzung, nicht um das Zudecken von Widersprüchen geht, dokumentieren wir hier den Fortgang der Debatte um Chiapas.

I.

Seit ein paar Monaten wird in der Solidaritätsbewegung die immer enger werdende militärische Umklammerung und die zunehmende Isolierung der Aufständischen in Chiapas diskutiert. Hierbei tauchen genau die politischen Knackpunkte auf, die Reeve/Deneuve angesprochen haben. Zum einen wird über Aufbau und Gründung der FZLN diskutiert; man hofft auf den endlich erfolgreichen Versuch des Aufbaus der »widerständigen Zivilgesellschaft«. Gleichzeitig wird festgestellt, daß diese »Zivilgesellschaft« vor allem das Erbe des unwiderruflich im Umbau befindlichen PRI-Systems antreten will.³ Es kursieren Spekulationen, daß in der EZLN über ein Abgehen von der »Marcos-Linie« diskutiert wird, d.h. von der in den letzten vier Jahren praktizierten Strategie, Verhandlungen zu führen und nicht zu führen bzw. das Warten auf den Aufstand der »Zivilgesellschaft«. Ein Festhalten an dieser Strategie könnte möglicherweise dazu führen, daß die EZLN beim Umbau des mexikanischen Staates außen vor bliebe. Mitte 1998 sind die Aufständischen in Chiapas in einer schwierigen Situation: die Region ist in hohem Maße militarisiert, es gibt immer wieder Massaker. Gleichzeitig wußte die EZLN von Beginn an, daß das Fortbestehen der Revolte nicht der militärischen Stärke der zapatistischen Communities zu verdanken sein würde, sondern einer breiten aufständischen Bewegung – »mindestens« in Mexiko.

Aber die Konzentration auf die sogenannte »Zivilgesellschaft« hat den Blick auf die Möglichkeiten einer sozialen Bewegung in Mexiko vernebelt. Auf den Treffen der bundesweiten Soligruppen werden Unmengen von Informationen über

² Vorschläge zur Wiederbelebung der theoretischen Diskussion, in Wildcat-Zirkular Nr. 24, Februar/März 1996.

³ Diese Sicht der Dinge illustriert der in der *Arranca! 14* abgedruckte Artikel der PRD nahen Gruppe *Guillotina*, die letzten Herbst in in der BRD war.

Widersprüche und Streitigkeiten von NGO-Projekten oder den Formierungsprozeß der FZLN ausgetauscht, aber auch vier Jahre nach Beginn des Aufstands sind kaum Informationen darüber zu bekommen, was diese Organisation der »Zivilgesellschaft« mit realen Prozessen einer Selbstorganisation von unten zu tun hat.

II.

Der Text von Charles Reeve und Silvie Deneuve »*Jenseits der Sturmhauben des mexikanischen Südostens*« wurde erst Anfang 1998 auf dem Diskussionsbrett *Aut-op-sy*⁴ veröffentlicht und löste dort sofort eine heftige und teilweise sehr polemisch geführte Debatte aus. Die Gründe hierfür liegen in der von Beginn an kontrovers geführten Auseinandersetzung über die Ursachen und die gesellschaftlichen Zusammenhänge des Aufstands im Süden Mexikos. Charles Reeve hat im Mai '98 eine Antwort auf diese Kritiken auf *Aut-op-sy* veröffentlicht, die wir im folgenden vollständig (mit von uns hinzugefügten Zwischenüberschriften) abdrucken. Um die Diskussion nachvollziehen zu können, ist es ratsam, nochmal den Artikel in Zirkular Nr. 22 zu lesen.

Reeve bezieht sich in seiner Antwort auf die beiden ausführlichsten Kritiken von Christopher Day und Monty Neill (von Reeve und im folgenden mit C und M abgekürzt). Da es praktisch unmöglich ist, die Diskussion um den Text vollständig wiederzugeben, beschränken wir uns auf die zentralen Argumente. Im Kern dreht sich die Auseinandersetzung um die Aufforderung von Reeve/Deneuve, den Aufstand in Chiapas aus der Perspektive der stattfindenden Proletarisierungsprozesse zu diskutieren. Alle anderen angeführten Unterschiede in den Positionen – zur Rolle der EZLN und der indigenen Communities, zu den demokratischen Prozessen innerhalb der Communities oder deren »nachkapitalistischen Aspekte« – ergeben sich aus der Kontroverse selbst.

M und C bestreiten die Existenz der von Reeve angeführten Proletarisierungsprozesse nicht – was auch schlecht möglich ist, da dazu jede Menge Veröffentlichungen vorliegen. Da sie in der Diskussion aber bestimmte Behauptungen ständig wiederholen, hier ein paar Ergänzungen zur sozialen Situation in Chiapas, die im Text von Reeve/Deneuve nur angerissen wird.

Auslöser der Revolte war die Situation der jugendlichen BewohnerInnen des lakandonischen Urwaldes, der seit den 70er Jahren eine Art »Überdruckventil«

⁴ *Aut-op-sy* ist ein Wortspiel, in das die Abkürzung *Aut.op.* von *Autonomia operaia* (Arbeiterautonomie) eingeflossen ist. *Aut-op-sy* ist eine Mailing-Liste im Internet, die vor ein paar Jahren von Leuten in den USA und in Australien ins Leben gerufen wurde, die dem autonomen, linksradikalen und operaistischen Spektrum angehören. Harry Cleaver verbreitete hier von Anfang an massiv Informationen über den Aufstand in Chiapas.

Region⁵ war für Flüchtlinge aus den umliegenden Regionen. In diesem »*sich permanent in Bewegung befindlichen Kessel besteht die immense Mehrheit der Bevölkerung aus jungen Leuten. Es sind die Kinder der früher mit Land ausgestatteten Ejidobesitzer, die aber heute weder Zugang zu Land haben, noch Hoffnung (...)*«. »*Heute besteht die zapatistische Armee vornehmlich aus dieser Masse von Leuten: jung und marginalisiert, modern, vielsprachig und mit Lohnarbeitserfahrungen (...)*«. ⁶

Das Ergebnis der seit Beginn des Jahrhunderts sich vollziehenden Auflösung der traditionellen Landwirtschaft war eine soziale Differenzierung, in die sich viele nicht einfügen wollten. Bereits seit den 50er/60er Jahren sind viele, vor allem junge Menschen, aus den umliegenden Hochlandgemeinden im lakandonischen Urwald eingetroffen. Die Situation in diesen Hochlandgemeinden, die schon in den 50er/60er Jahren »Schlafsaaalgemeinden« für die Saisonarbeiter auf den Plantagen waren, als auch die sich entwickelnde neue Zusammensetzung im »Kessel« des Lakondonenurwaldes haben wenig zu tun mit traditionellen indigenen Gemeinden.⁷ C und M kritisieren den Verweis von Reeve/Deneuve auf die totalitären Strukturen der traditionellen Maya-Kulturen, da dies allein nicht als Argument gegen ihre Betonung der fortschrittlichen, »nachkapitalistischen Aspekte« (C) der indigenen Gemeinden gelten könne. C argumentiert mit den Veränderungen der indigenen Gemeinschaften in den letzten Jahrzehnten und führt als Argument die »weitgehende Überwindung des alten Cargo-System«⁸ an. Dies sind formal und logisch korrekte Einwände, da Reeve tatsächlich nichts zu einer aktuellen Einschätzung der Prozesse in den dortigen Communities beigetragen hat. Aber es gab durchaus auch aktuelle Informationen und Kritik an den Einschätzungen von C und M. Eine MitdiskutantIn auf Aut-op-sy schrieb z.B. nach einer Reise durch Chiapas 1997:

»Die Mängel der repräsentativen Demokratie sind für mich ziemlich offensichtlich, und jede Suche nach einer direkten, partizipatorischen Demokratie findet meinen Beifall. Ich sehe aber nicht, inwiefern die Entscheidungsfindung in den Gemeinschaften ein gutes Beispiel für partizipatorische Demokratie sein soll. Ja,

⁵ A.G. de Leon, *Die Motive für Chiapas*, 1994. Hier zitiert nach der Übersetzung in: *Der Wind der Veränderung. Die Zapatisten und die soziale Bewegung in den Metropolen*, Edition Nautilus 1997.

⁶ ebenda.

⁷ nach: *Lateinamerika, Analysen und Berichte 21*, 1997.

⁸ Ein System hierarchisch angeordneter religiöser und politischer Ämter, die jedes Jahr neu besetzt werden, und die mit einem erheblichen Zeitaufwand, aber auch finanziellen Ausgaben, verbunden sind. Lange Zeit wurde von Ethnologen die These vertreten, daß dieses System eine Art Umverteilung angesammlter Reichtümer bedeutet hätte, was heute als überholt gilt: wer zu Vermögen gekommen war, der behielt dieses auch, und wer arm war, blieb arm.

es gibt interessante Aspekte daran, die zum Verständnis nützlich sein können und vielleicht in der ein oder anderen Art übernommen werden sollten. Aber all das hat nichts mit Emanzipation und Machtgewinn zu tun. Es hat was damit zu tun, vom Tag deiner Geburt bis zum Tag deines Todes von früh bis spät im gleichen Dorf zu arbeiten und dabei jeden Tag dieselben Leute zu sehen und zu versuchen, unter reichlich harten Bedingungen zu überleben. Diese kleinen Gemeinschaften treffen ihre Entscheidungen normalerweise, aber nicht immer, über Diskussionen, an denen normalerweise nur die Männer aktiv teilnehmen und in denen die Alten immer das letzte Wort haben. Es gibt fast keine Bildung und sehr wenig Informationen über den Rest der Welt. Es gibt keinen Platz für individuelle Unterschiede oder Abweichungen. Frauen werden verheiratet, lange bevor sie 18 sind (außer, sie sind in der Armee), und passen den Rest ihres Lebens auf Kinder auf.

Ich verurteile nichts. Diese Gemeinschaften versuchen, unter sehr schwierigen Bedingungen zu überleben, und das versuchen sie durch ihren eigenen Kampf, statt um Almosen zu bitten. Das ist alles sehr lobenswert, und man kann nur die Unverwundlichkeit des menschlichen Muts bewundern. Was ich aber nicht verstehen kann, ist, wie, warum und in welchem Grade diese Gemeinschaften ein Beispiel für irgendwo anders darstellen, vor allem in einer städtischen und größeren Umgebung. Was ist für uns die Moral von der Geschichte?»

Es bestehen auch Zweifel, ob das Cargo-System wirklich demnächst überwunden ist, wie C es andeutet. Richtig ist, daß es im lakandonischen Urwald, der geographischen Basis der EZLN, bereits seit den 70er Jahren zu Neuansiedlungen gekommen ist, in denen kein Cargo-System, zumindest nicht in dieser traditionellen Form, mehr aufgebaut wurde. Aber die Ursache scheint hier nicht in einer kontinuierlichen Veränderung traditioneller Strukturen zu liegen, sondern vielmehr im Bruch mit den bisherigen materiellen Lebensbedingungen: »(...) Die Siedlerbevölkerung war zudem sehr heterogen, es gab Migranten aus dem Hochland von Chiapas, Zuwanderer aus anderen Teilen Mexikos und Flüchtlinge aus Guatemala. In dieser Situation und meist ohne Unterstützung durch die Regierung mußten die Siedler ihr soziales Zusammenleben neu organisieren, wobei eine Übertragung der Gemeindeorganisation des Hochlandes aufgrund der gänzlich anderen Lebensbedingungen meist ausgeschlossen war. Deshalb bildete sich in der Regel kein Cargo-System aus, vielmehr wurden die wichtigen Funktionen gewählten Kommissionen übertragen. Eine wichtige Rolle in der Organisation der Gemeinden spielte angesichts der weitgehenden Abwesenheit des Staates die katholische Kirche, insbesondere die von der ›Theologie der Befreiung‹ inspirierte Katechetenbewegung.«⁹ Fehlender Landbesitz, (Semi-)Proletarisierung und die

⁹ nach: *Lateinamerika: Analysen und Berichte* 21, 1997.

Aktivitäten der Kirche bestimmen somit das Bild und die materiellen Hintergründe des Aufstands in dieser Region.

Auch in anderen Regionen Mexikos ist dieser Zusammenhang zentral. Die 1994 vorgenommene Änderung des Gesetzes über das ejidale Land ermöglicht es, für eine privat genutzte Parzelle Besitzrechte zu erhalten und den Boden zu verkaufen. Das war ein von oben verordneter Schritt in Richtung weiterer Privatisierung des Landes. Allerdings wird das Ejido-Land teilweise schon seit Jahrzehnten verkauft und veräußert, und das Gesetz von 1994 legalisiert und institutionalisiert diese Praxis nur im nachhinein. Meist war das kommunale Land (Ejido) in individuelle Parzellen aufgeteilt und bewirtschaftet worden. Momentan hat in den Ejidos noch die ältere Generation das Sagen, die einem Landverkauf skeptisch gegenübersteht. Viele der jüngeren Ejidatarios, die sowieso schon in Lohnarbeitsverhältnisse eingebunden sind, sehen im Landverkauf die Möglichkeit, dem »niedrigen Status als Landarbeiter oder Bauer entfliehen zu können«.¹⁰ Der Kampf um das Land könnte vor diesem Hintergrund auch anders gefaßt werden: nicht als Kampf, Bauer/Bäuerin zu bleiben oder wieder zu werden, auch nicht als Kampf gegen die Proletarisierung, sondern als Kampf um die Bedingungen dieser Proletarisierung.

III.

Die beiden Kritiker C und M sehen diese Prozesse durchaus. M spricht von den »Aspekten der Proletarisierung« und stellt Ihnen die »verbliebenen, machtvollen Aspekte der Community« gegenüber. C betont die negativen Momente der Proletarisierung auf die Jugendlichen (z.B. Alkohol und Videospiele) und wirft Reeves vor, er würde nicht sehen, welche Bedeutung das kulturelle Überleben der Indígenas in der Form des Selbstbestimmungsrecht und als Quelle für den Zusammenhalt des Kampfes hat. In der Folge wird für C die indigene Community und die EZLN zur »wichtigsten Verteidigungslinie«.

M stimmt Reeves These zu, daß nur landesweite Revolten und breite Streikbewegungen das geplante oder teilweise schon begonnene Massaker in Chiapas verhindern können. Aber er betont die Kontinuität traditioneller indigener Gemeinschaften, weil er sie heute für einen der wichtigsten Ausgangspunkte zur Überwindung des Kapitalismus hält. Er bezieht sich dabei auf die Argumentation eines mexikanischen Genossen: In den indigenen Gemeinschaften sei »die Ökonomie« an den Rand des sozialen Lebens der Leute verbannt worden, während sie z.B. in den USA das Leben dominieren würde. Hierin sieht M »lebendige Aspekte nachkapitalistischer Gesellschaften« und im Kampf um die Autonomie dieser Gemeinschaften einen »potentiell mächtigen Hebel für den Angriff auf das Kapital«. Somit

¹⁰ ebenda.

sei »der Kampf der Indigenas der Vorschlag, einen Sprung in den Postkapitalismus zu machen, ohne vom Kapitalismus vollständig vergesellschaftet worden zu sein«. Er will nicht sagen, »die indianischen Gemeinden befänden sich ›außerhalb des Kapitalismus«. Er behauptet aber, daß es »in ihrem Inneren nicht-kapitalistische Verhältnisse« gebe, und fragt sich, »ob solche Verhältnisse überleben und sich ausweiten können«. Die Frage sei, ob »alle zu ProletarierInnen werden und der kapitalistischen Warenlogik unterworfen werden müssen, bevor (irgendwie) der Kommunismus geschaffen werden kann«. M hat diese Frage schon mit Nein beantwortet. Er stellt der Proletarisierung die »sozialen Strukturen des Urkommunismus« gegenüber, als deren »lebendige Fortsetzung« er die EZLN versteht¹¹. Man hat den Eindruck, daß er sich bei seinen Ausführungen zu den basisdemokratischen Versammlungen in den Communities und »nachkapitalistischen Aspekten« (die er der Bedeutung der Proletarisierung entgegenstellt) von Wunschdenken leiten läßt, vielleicht auch, weil dies ermöglicht, der schwierigen Einschätzung der weltweiten Proletarisierungsprozesse aus dem Weg zu gehen.

IV.

Worum geht es in der Debatte um die Proletarisierung überhaupt? Seit dem kommunistischen Manifest ging der Marxismus davon aus, daß der Kapitalismus alle zu Proletariern machen wird, die nur noch ihre Arbeitskraft besitzen, nichts zu verlieren haben als ihre Fesseln. Proletarisierung wurde also als eine recht gradlinige Entwicklung hin zur »Lohnarbeit für alle« begriffen. Rosa Luxemburg betonte die Bedeutung »nichtkapitalistischer Milieus« für das Fortbestehen des Kapitalismus, bzw. die Reproduktion (billiger) Arbeitskräfte. Und tatsächlich vollzogen sich diese Proletarisierungsprozesse weitaus langsamer, als es der traditionelle Marxismus prognostiziert hatte. Auch in den sogenannten entwickelten Ländern hat es, so z.B. auch in der BRD bis weit in die 50er Jahre, noch breite halb-proletarisierte Bereiche gegeben, in denen Lohnarbeit und z.B. die Arbeit auf einem eigenen Stück Land noch nebeneinander existierten. Theoretiker wie Wallerstein haben an der traditionellen Definition von Proletariat kritisiert, daß sie sich zu stark an der Arbeiterklasse der Industrieländer orientiere. Er sieht die Semiproletarisierung einerseits (Selbständige, Kleinbauern) und halbfreie Arbeitsverhältnisse (Halbpächter, Hausmädchen, Schuldknechtschaft, verschuldete MigrantInnen) andererseits als von Anfang an typisch für den Kapitalismus an. Die vollständige Proletarisierung hätten gerade die Kapitalisten immer zu verhindern, die Proletarier jedoch durchzusetzen versucht, weil die Lebensbedingungen für sie dann besser seien. Einige behaupten sogar, daß es eine Tendenz in umgekehrter Richtung gebe,

¹¹ in: Monty Neill: Towards a New Commons, in: *Midnight Notes*, Nr. 12, 1997

eine »Entproletarisierung«. Als Beweis wird die Zunahme von Arbeitslagern, Knastarbeit und Schuldknechtsschaftsverhältnissen angeführt.

K.H. Roth spricht davon, daß sich heute zum ersten Mal in der Geschichte ein Weltproletariat herausgebildet habe.¹² Er kann aber den Widerspruch zwischen der »objektiven« Konstitution als Weltproletariat und der gleichzeitigen Umwandlung in neue Arbeitsverhältnisse mit gesteigerten Ausbeutungsraten nicht lösen. Es gehe darum, die aktuellen Entwicklungstendenzen des neoliberalen Akkumulationsregimes aus der Perspektive des neuen Weltproletariats zu analysieren: die Massenkämpfe in Südostasien und ihre Auswirkungen auf die Krisenentwicklung, das ständige Aus-dem-Kapitalverhältnis-Herausstreben usw.. Gleichzeitig propagiert er auf sehr traditionelle Weise den »Kampf um die kulturelle Hegemonie« in der Frage, »wie es dem an sich neu konstituierten Proletariat gelingen kann, zu sich selbst zu finden.«

Es stellen sich auf mindestens zwei Ebenen Probleme. Zum einen muß grundsätzlich geklärt werden, wie diese Herausbildung eines Weltproletariats aussieht. Fassen wir diesen Prozeß in einem ersten Schritt als Herausbildung einer subsistenzlosen Klasse, dem dann einer zweiter in Form der Verwandlung von landlosen Proletariern in Lohnarbeiter folgt, oder entsteht ein wahrer Kosmos von unterschiedlichen Ausbeutungsverhältnissen? Was bedeutet dies für die Herausbildung von Kämpfen?

Die Vertreterinnen der Subsistenzperspektive haben die Lohnarbeit bereits zu einer Fußnote der Geschichte erklärt. Sie setzen politisch auf die Stärkung einer neuen Subsistenzökonomie, die als einzige den Kapitalismus überwinden könne. Andere untersuchen den Kosmos der neuen Ausbeutungsverhältnisse und bestehen politisch auf dem gleichberechtigten Nebeneinander der verschiedenen Sektoren des neuen Proletariats, um jeden neuen Determinismus zu vermeiden, der nur wieder zu neuen Hierarchien führe. Wie diese unterschiedlichen Sektoren zusammenkommen können, bleibt allerdings unklar oder bloße Hoffnung.

Die Hauptfrage ist also zweitens, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen der Proletarisierung und der Entwicklung von neuen Bedürfnissen, die in den Kämpfen ihren Ausdruck finden. Und entwickelt sich dabei dann auch das Bedürfnis nach dem Kommunismus? Entstehen so weltweit »subjektive und »objektive« Gemeinsamkeiten?

Genau darum geht es Charles Reeve, wenn er betont: »Wir haben tatsächlich gesagt, daß die EZLN den Aufstand nicht auf die Proletarisierung bezieht (...). Für uns wird die Revolte durch diese politische Strategie an alte Werte gekettet und ihre Perspektive eingeengt. Sie ist damit langfristig nicht in der Lage, modernere

¹² Siehe die Thesen von K.H. Roth in Zirkular Nr. 42/43.

politische Inhalte auszudrücken. Inhalte, die aus dieser Proletarisierung entstehen können (oder auch nicht, wie C betont), die aber allein Verbindungen zwischen der Revolte in Chiapas und den übrigen sozialen Bewegungen in Mexiko herstellen könnten.« ■

Antwort auf Kritik an »Jenseits der Sturmhauben«

Charles Reeve

Bevor ich auf die Beiträge von Chrisje (C) und Montyneill (M) eingehe, ein paar Worte zur Entstehung unseres Textes »Jenseits der Sturmhauben«¹. Selbstverständlich ist das folgende nur meine eigene Meinung, aber ich glaube, es gibt in den ganzen Fragen keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten mit meinen Mitautoren Deneuve und Geoffrey.

Wir haben diesen Text über die Chiapas-Frage geschrieben, um Position innerhalb der europäischen antiautoritären, libertär-sozialistischen Szene zu beziehen, in der wir seit vielen Jahren aktiv sind. Wir konnten nicht akzeptieren, daß emotionale Unterstützung für die EZLN Menschen davon abhielt, Fragen nach der politischen Bedeutung dessen zu stellen, was in Chiapas los war, und diese Vorgänge vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit ähnlichen Bewegungen und Unterstützungskampagnen in der Vergangenheit zu kritisieren. Als wir »Jenseits der Sturmhauben« schrieben, gab es in Europa nur einen Text, der eine schlüssige politische Analyse lieferte (von einer Athener Genossin, Katerina)².

Schwächen der politischen Diskussion und linker Gedächtnisschwund

Am Anfang und mit Ausnahme einiger französischer anarchistischer Zeitschriften wurde unser Text nur mit Stillschweigen beantwortet. Trotzdem wurde er breit verteilt und ist inzwischen in fünf Sprachen übersetzt. Viele AktivistInnen aus den Zapatista-Unterstützungskomitees haben ihn gelesen. Zunächst wurde der Text

¹ Siehe Wildcat-Zirkular Nr. 22, S. 21ff.

² Siehe Wildcat-Zirkular Nr. 22, S. 35ff.

höflich übergangen, aber allmählich kam doch so etwas wie eine Diskussion über ihn in Gang. Wir hatten nie geglaubt, in allen Fragen richtig zu liegen, und wußten, daß der Text seine Grenzen hat; aber von den Reaktionen auf ihn waren wir enttäuscht, weil sie die Schwäche der aktuellen politischen Debatte zeigten. Selbst wenn wir Marcos' literarische Ergüsse miteinbeziehen, wissen wir heute immer noch wenig darüber, wie die Menschen in Chiapas leben, arbeiten, denken und handeln.

Ein Beispiel dafür: Kürzlich hat die mexikanische Regierung auf der Ricardo Flores Magon-Kooperative und im gleichnamigen Dorf interveniert (*New York Times*, 12.4.98). Die zur Verfügung stehenden Informationen beziehen sich auf die politische Ebene, aber über die Aktivitäten der Kooperative ist wenig bekannt: ihre Organisation, die interne Hierarchie, Produktionsformen und Arbeit, Löhne. Auch bleibt die Frage offen, was in diesem Fall der Bezug auf Flores Magon – der 1910 die autoritären Aspekte des Zapatismus offen kritisierte – für die Bauern bedeutet. Vielleicht könnte C Aut-op-sy mit ein paar Informationen versorgen... Aber wenigstens gibt es jetzt überhaupt eine Diskussion, und inzwischen sind viel mehr kritische Informationen zugänglich. Von unserem Standpunkt aus ist das ein Fortschritt.

Dieses neue Verhalten ist kein Ergebnis unseres Textes, es wäre lächerlich, das zu behaupten. Es ist ein Ergebnis der neuen Entwicklungen in Mexiko und auch der politischen Position der EZLN. Zumindest in Europa hat sich die EZLN disqualifiziert, indem sie vielen aufrichtigen AktivistInnen gezeigt hat, daß sie wie jede traditionelle linke Organisation funktioniert: sie manipuliert Unterstützungsnetzwerke und benutzt sie gemäß ihren politischen Erfordernissen. In Frankreich z.B., wo viele Trotzlisten, Anarchisten und andere Libertäre eine Menge an Großzügigkeit und Energie in die Unterstützungsarbeit gesteckt haben, hat sich die EZLN den alten Linksparteien (Sozialisten und Kommunisten) zugewendet – eben den Parteien, die jetzt die Staatsgeschäfte betreiben, die wütenden Arbeitslosen nach Aktionen mit Repressionen überziehen und »illegale« EinwandererInnen deportieren. Zwischen diesem Opportunismus der EZLN und ihren politischen Avantgarde-Prinzipien besteht für uns ohne Zweifel ein enger Zusammenhang. Taktische Erklärungen überlassen wir anderen. Denn Schizophrenie scheint ein Bestandteil von bürgerlicher Politik und Avantgardismus zu sein.

Da wir uns sehr auf unsere Polemik gegen ein naives Linkssein konzentriert haben, sind wir möglicherweise in einer Frage nicht eindeutig genug gewesen. Wir respektieren die Revolte der Proletarier, der armen Bauern, der Frauen und Jugendlichen in Chiapas. Wir weisen die Anschuldigung zurück, wir »hätten Gering-schätzung« für das, was die Menschen in Chiapas tun. Wir wissen, daß ihre einzige Möglichkeit, die Würde zu gewinnen, in ihrer Revolte liegt. In diesem Zusammenhang fand ich alle Hinweise auf die Aufständischen in Chiapas als »indigenes Volk« sehr merkwürdig. Für einen libertären Sozialisten ist jede, die gegen das

System kämpft, eine Genossin, ungeachtet der unterschiedlichen sozialen Bedingungen, unter denen wir leben. Schließlich sind wir alle »Eingeborene des kapitalistischen Territoriums«. Ich kann nicht erkennen, wie ein Verhältnis der Selbstemanzipation untereinander entwickelt werden kann, wenn dieses Prinzip nicht respektiert wird und wenn man Widersprüche und Übereinstimmungen nicht gleichberechtigt ausdrücken kann.

Mit diesem Aufstand solidarisch zu sein, bedeutet nicht, die politische Organisation unkritisch zu unterstützen, die im Namen dieses Aufstands spricht. Meinungsverschiedenheiten drücken keine Verachtung aus! Vielleicht liegt die Verachtung nicht da, wo nach ihr gesucht wird, sondern in einer paternalistischen, schuldbeladenen Position gegenüber dem »indigenen«. Ganz zu schweigen von der Kritiklosigkeit, der Billigung und sogar der praktischen Unterstützung, die Linke der reaktionären Kraft katholische Kirche im Namen »indigener Werte« entgegenbringen. Ich meine damit selbstverständlich nicht ein Verhältnis revolutionärer Solidarität, das sich zu jemandem entwickeln läßt, der an Gott glaubt (manche von uns glauben möglicherweise an Lenin, Che und Marx...); ich meine hier die Kirche als politische Kraft.

Möglicherweise sind in solchen Situationen nur Organisationen wie die EZLN in der Lage, dieser Art von Revolte eine Stimme zu geben. Das ist eine eigenständige politische Frage, die diskutiert und analysiert werden muß. Da wir aber meinen, daß nicht jede Art von politischer Aktivität zur sozialen Emanzipation führt und daß zwischen beiden ein Zusammenhang besteht, denken wir, daß wir die politischen Prinzipien solcher Organisationen auch kritisieren können. Denn wir gehen davon aus, daß diese Prinzipien den Aufstand in eine Sackgasse führen werden und daß die Aufständischen in Chiapas dafür schwer bezahlen werden. Indem wir unsere Vorstellungen zum Ausdruck bringen, tun wir das einzige, was man tun kann, um mit den Aufständischen in Chiapas solidarisch zu sein. Das machen wir in Paris und Berlin, wo wir leben, und wir würden dasselbe versuchen, wenn wir in San Cristóbal lebten. Können wir ihnen »eine schlüssige Alternative anbieten« (C), außer dabei mitzuhelfen, über die Widersprüche und die Konsequenzen dessen nachzudenken, was die Menschen selber tun, und darüber, was wir selbst tun, wenn wir sie unterstützen? Die Frage nach den »schlüssigen Alternativen« kommt mir ziemlich anmaßend vor. Und was bieten diejenigen an, die die Zapatisten unterstützen, außer daß sie die politische Linie und Praxis der EZLN stärken?

Wie ich schon sagte, dieser Text richtete sich nicht an die Aufständischen in Chiapas, sondern an diejenigen, die die EZLN von außen unterstützen. In diesem Sinn hat unser Text seine Grenzen. Ich würde sagen, er versäumt es, einen wichtigen Aspekt dieser Bewegung herauszustreichen. Die zapatistische Führung war in der Lage, eine globale Analyse der aktuellen Situation des Kapitalismus zu präsentieren, indem sie sie als neoliberale Herrschaft kennzeichnete. Man kann – wie wir

– diese Interpretation für falsch halten (siehe auch den Text von Richard Greeman³), aber Tatsache ist, daß sie über den in Mode gekommenen postmodernen Lokalismus hinausgegangen ist. Es ist traurig, aber Marcos und Co. sind den meisten ihrer UnterstützerInnen weit voraus, indem sie nicht für zeitweilig autonome Gebiete (wie sie z.B. von vielen nordamerikanischen Anarchisten gerühmt werden) eintreten, sondern für eine globale Sichtweise ... Auch daran zeigt sich die politische Oberflächlichkeit dieser Unterstützungsbewegung.

Unser Text wird als »kindisch« (C) bezichtigt, unsere Position als »puristisch« (M). Das läßt sich auch andersherum sehen: »Puristen« sind diejenigen, die jede Kritik der gegenwärtigen Situation ablehnen. Und was bedeutet »konstruktive Kritik« (C)? »Konstruktiv« für wen? würde Malcolm X fragen ... Und handelt es sich bei Kritik um eine einseitige Angelegenheit (»von ihnen lernen«)? »Mängel zu finden, ist bestimmt nicht schwer, aber nicht sehr hilfreich, wenn dies nicht mit einer wirklichen Diskussion über Verbesserungen einhergeht« (M). Es könnte auch eine andere Definition von konstruktiver Kritik geben: Eine Kritik, die dabei hilft, den Prozeß zu verbessern. Und was passiert, wenn man überzeugt ist, daß der Prozeß im besten Fall zu neuen Formen von Ausbeutung und im schlimmsten Fall zu einem großen Massaker führt? Ich schätze, ihr solltet einfach das Maul halten. Genau das »erklärten« einige EZLN-Anführer (mitten in der Nacht und schwerbewaffnet) bei der internationalen Konferenz in Chiapas im letzten Jahr einigen armen französischen UnterstützerInnen, die es wagten, ihre Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck zu bringen, daß sie unter den eingeladenen »VIPs« einige heftige Gegner der Generalstreikbewegung vom Dezember 1995 entdeckten (z.B. den Soziologen Alain Touraine, für den die zapatistische Bewegung zeigt, daß die Sozialdemokratie sogar in Chiapas die Zukunft bedeutet und daß der alte Guerillakrieg vorbei ist). Chiapas ist das eine, eure französischen internen Angelegenheiten das andere, bekamen die überraschten französischen Linken zu hören. Wer hatte gerade noch vom Internationalismus gegen den Neoliberalismus geredet? Diese unkritische Art zu denken kann zu merkwürdigen persönlichen Beschuldigungen führen, die nach alten Avantgarde-Praktiken riechen. Da gibt es z.B. uns, »Leute, die in der relativen Bequemlichkeit der Pariser Autonomenszene leben« (C), Leute, die »ihre Kleidung nicht mit ihren Nachbarn teilen« (M)⁴, und es wagen, über die »indigenen Menschen« zu sprechen. Ist das eine neue Definition von Radikalität, ein T-Shirt mit mehreren zu teilen, während der Weltkapitalismus heute eine Million T-Shirts pro Person produziert? Wären unsere Argumente

³ Richard Greeman, Brief an alle Freunde der Zapatistas – oder »Gefährliche Abkürzungen«, in: Wildcat-Zirkular Nr. 40/41, S. 94ff.

⁴ Hier ist Reeve eine Verwechslung unterlaufen. Das Zitat stammt nicht von M, sondern von C, der in seiner Kritik fragt: »Teilen D und R ihre Kleidung mit ihren Nachbarn?« Anm.d.Ü.

akzeptabler, wenn wir lediglich ein arbeitsloser Elektriker oder eine Sekretärin wären? Wie steht es mit den Ideen von Professor Touraine und Madame Miterrand, den Freunden von Marcos? Muß man inzwischen erst seinen Personalausweis vorzeigen, bevor man eine politische Meinung gegen die EZLN vertritt?

Ein letzter Punkt. Gedächtnisschwund und Unkenntnis der Geschichte scheinen für alle diese Kommentare charakteristisch zu sein. Vor einigen Jahren bekamen wir alle zu hören, das Ende der Geschichte sei gekommen; jetzt scheint die Vergangenheit einfach verschwunden zu sein... Chiapas ist »eine der bedeutendsten Revolten gegen die kapitalistische Herrschaft in der Menschheitsgeschichte«, sagt M⁵; »es waren Leninisten und nicht Libertäre, die es geschafft haben, das ernstzunehmendste Autonomie-Projekt in der westlichen Erdhälfte zu schaffen«, meint C. Wer so etwas sagt, sollte sich vielleicht mal über die Pariser Kommune informieren oder über Bewegungen in jüngerer Zeit: die russische und deutsche Revolution, die spanische Revolution von 1936, die ungarische Revolution von 1956, die chilenische Bewegung, die portugiesische Revolution 1974, die polnische Solidarnosc-Bewegung usw.. Das könnte hilfreich sein.

Wie kann man dauernd über die Vorgänge in Chiapas reden, ohne die kürzlichen Katastrophen des leninistischen Avantgardekonzepts in Lateinamerika zu erwähnen, wie z.B. die nicaraguanische Revolution und die Sackgasse der salvadorischen Guerillabewegung? Ist Chiapas ein vollkommen anderer Fall? Dann muß erklärt werden warum. Vielleicht bedeutet »konstruktive Kritik« auch die Fähigkeit zu historischem Gedächtnisschwund. Wo sind unter den tausenden UnterstützerInnen der salvadorischen Guerilla und der Sandinisten diejenigen, die bis zum Schluß solidarisch waren und erklären können, wie und warum aus diesen Träumen Alpträume wurden? Vor kurzem erschien ein Bericht von einer Genossin aus Montreal, der eine seltene Ausnahme darstellt: Anite schreibt über den Prozeß nach dem Friedensabkommen in El Salvador und über die Integration der Guerilla in den Staat.⁶ Neben dem großen Informationsgehalt zeigt dieser Text, wie jemand mit antiautoritären politischen Prinzipien einen Kampf unterstützen und in ihn eingreifen kann, ohne sich zwangsläufig dem Avantgarde-Realismus der militaristischen Organisationen zu unterwerfen. Und dabei entdeckt, daß andere Menschen innerhalb dieser bürokratischen Organisationen einige unserer Ideen teilen ... welch eine Überraschung!

Im folgenden will ich mich mit zwei Fragen beschäftigen, die M und C in ihren Beiträgen aufgeworfen haben: die Frage nach den »indigenen Communities«

⁵ Auch diese Zuordnung ist falsch, das Zitat stammt von C, wie M klargestellt hat. Anm.d.Ü.

⁶ Le Monde Libertaire, Paris, Dezember 1997; englische Version: La Sociale (C.D.L., C.P.266, Succ »C«, Montreal, QC, Canada, H2L4K1).

und die nach dem Einfluß der Zapatisten auf die aktuellen mexikanischen Arbeiter- und Stadtteilbewegungen.

Die Strategie der indigenen Communities

Heute ist klar, daß die EZLN ein neues Stadium des Kampfes beginnt, indem sie politische Kontrolle über Gebiete außerhalb ihrer militärischen Zonen durch den Aufbau »unabhängiger Communities« in Dörfern und kleinen Städten anstrebt. Das nennt M das »Recht indigener Communities, ihr Territorium zu kontrollieren und sich selbst zu regieren«, und für C ist es der »Raum für indigene Autonomie«. Dieser notwendige Versuch der EZLN zur Wiedergewinnung der Initiative in einem Land, das aktuell stark von der Armee kontrolliert wird, ist nichts Neues in einer Guerilla-Strategie. Dasselbe passierte vorher z.B. in El Salvador, das Ergebnis ist bekannt. Es handelt sich um einen Schritt innerhalb einer Situation, die von politischen Machtverhältnissen charakterisiert ist und perspektivisch auf einen Bürgerkrieg hinausläuft: Krieg, Barbarei und Repression werden sich so immer mehr innerhalb der Communities abspielen, und nicht nur in der militärischen Konfrontation zwischen der mexikanischen Armee und der EZLN. Uns geht es hier um die Bedeutung dieser »Räume«? Was bedeutet »ihre Ausweitung« (M)? Was ist der Inhalt dieser Autonomie? Wie schon erwähnt, es wird wenig darüber gesagt, wie die Menschen innerhalb dieser sogenannten befreiten Gebiete leben. Und befreit von wem (dem mexikanischen Staat)? Befreit von was (von alten Produktionsformen und von Löhnen)? C wirft eine wichtige Frage auf, wenn er das Verhältnis zwischen sozialem Kampf und der Reproduktion kapitalistischer Beziehungen erwähnt. Natürlich geht es nicht um ein »Genie« (merkwürdiger Ausdruck für Leute, die sich von Marcos' Führungspersönlichkeit so angezogen fühlten), das den richtigen Weg herausfindet. Reden wir von gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen? Um diese in irgendeiner isolierten Kooperative in Chiapas zu verändern (auch wenn sie Flores Magon heißt), bedarf es mehr als eines »Genies«. Kämpfe, die neue Formen gesellschaftlicher Verhältnisse auf der Grundlage von Räten, Versammlungen, Komitees hervorbringen, stellen einen politischen Bruch mit der bestehenden Gesellschaft dar. Nur das scheint in Chiapas nicht der Fall zu sein, wo all diese sogenannten neuen unabhängigen Gebiete lediglich einen politischen Bruch mit den offiziellen Behörden darstellen. Übernehmen die Menschen, die an diesen Orten arbeiten, die lokalen Verwaltungen und richten eine Art Rätenschaft ein, oder geht es dabei nur um die Ersetzung der alten PRI-Bonzen durch die EZLN-Kader? Bitte sagt uns, wenn es um das erste geht. Wenn es um das zweite geht, was ändert sich praktisch in diesen Dörfern, wenn ein PRI-Bonze durch einen EZLN-Kader ersetzt wird? Die EZLN repräsentiert möglicherweise eine modernere Art der Verwaltung als die alten Bonzen, indem sie mit den totalitären Aspekten der traditionellen Gesellschaft bricht.

Übrigens haben wir nie gedacht, daß diese Aspekte über Jahrhunderte gleichförmig und unverändert waren, wir haben nur die Tatsache betont, daß sie noch existieren. Wir haben außerdem gesagt, daß die EZLN diese Aspekte gleichzeitig benutzt und bekämpft. Eine moderne Guerilla braucht Menschen mit Entschlußkraft und mit mehr Unabhängigkeit als eine Maya-Armee, das ist offensichtlich. Das ist es, was C eine »echte Volksarmee« nennt, wobei er fast den Vorsitzenden Mao und den Genossen Enver Hoxa zitiert. (Auch C erklärt, daß ihn weder der mexikanische Patriotismus innerhalb der EZLN stört, noch ihr Versuch, »eine nationale Identität als multiethnische« neu zu definieren, und ebensowenig die hierarchischen Strukturen der EZLN – all das sind Werte, die eine klare politische Distanz zwischen ihm und uns herstellen). Dieser moderne Aspekt der Guerilla erklärt auch, warum sich so viele Frauen der EZLN angeschlossen haben. Sie fliehen vor ihrem schrecklichen Schicksal in diesen Communities und hoffen außerdem, sie verändern zu können.

Das soll heißen: die Frauen sind nicht der EZLN beigetreten, weil sich ihre Situation verändert hat, sondern weil sie sich gerade nicht verändert hat. Sollte die EZLN einen kleinen Anteil an der Macht bekommen, so werden die Frauen wieder um die Rechte kämpfen müssen, die sie während des Krieges gewonnen haben – so wie es bei allen lateinamerikanischen Guerillabewegungen der Fall gewesen ist. Was das angeht, da können wir dann auf die Kirche zählen ...

Wie schon gesagt, die EZLN wirft ihre Kräfte auf die traditionelle Ebene von Politik. Das ist ihre Richtung, und diese Richtung sollten wir analysieren. Alles andere ist Gefühlsduselei. Aussagen wie, »der Kampf dieser Communities um Autonomie ist möglicherweise ein mächtiger Hebel zum Angriff auf das Kapital« (M), sind schlechte Poesie. Aber zu behaupten, Chiapas sei »eine der wichtigsten Revolten in der Menschheitsgeschichte gegen die kapitalistische Herrschaft«, das ist wirklich ein Knüller! Das erinnert mich an den Aufkleber, den Clinton in seinem Büro hatte, als er zum Präsidenten kandidierte: »Es geht um die Wirtschaft, Blödmann!« »Angriff auf das Kapital«, in diesen armen Communities von Chiapas? Das ist ein bißchen zu dick aufgetragen! Wie soll das gehen, wenn die Mehrheit der Menschen dort gerade einmal an den Rändern kapitalistischer Produktions- und Konsumbeziehungen überlebt? Diese Lebensweise erklärt übrigens auch den »starken Zusammenhalt der indigenen Communities« (C).

Trotzdem, so M, »praktizieren diese Menschen Aspekte nachkapitalistischer Gesellschaften«. Man hätte gerne einige konkrete Beispiele; denn ich kann nicht glauben, daß M damit nur meint, seine Klamotten mit seinen Nachbarn zu teilen ... Aber ernsthaft: Die meisten dieser Leute »entwickeln keinen nachhaltigen Antikapitalismus«, sie werden immer mehr in einer Bürgerkriegssituation gefangen und haben keine Kontrolle über ihr Leben und ihre Lebensweise, sie unterstützen die EZLN, um vor bewaffneten Banden und der mexikanischen Armee sicher zu sein, und stehen kurz vorm Verhungern. Und das alles unter dem heiligen Schutz einer

der reaktionärsten Kräfte der Welt, der katholischen Kirche. Das ist die wirkliche Situation. Sie hat nichts mit der lateinamerikanischen Version des Langen Marsches der Maoisten zu tun, von der einige träumen.

C bringt ein starkes Argument, wenn er sagt, die EZLN halte die »subproletarischen Jugendlichen« nicht davon ab, ihre eigenen Kämpfe zu führen. Das Gegenteil zu behaupten, wäre sicherlich viel zu einfach und auch bestimmt falsch. Vielleicht ist unser Text an dieser Stelle nicht eindeutig genug ... C hat auch Recht, wenn er voraussagt, daß diese Jugend vermutlich dasselbe »Schicksal erfahren wird wie viele ihrer ZeitgenossInnen«: soziale Implosion. Wir haben tatsächlich gesagt, daß die EZLN den Aufstand nicht auf die Proletarisierung bezieht, sondern den Kampf stattdessen mit indigener Perspektive führt, denn das verschafft der EZLN (wenn auch nicht mit Sicherheit) einen lokalen Platz innerhalb der nationalen modernisierten politischen Institutionen. Das stört uns nicht (wie C denkt), wir halten es nur für wichtig, diesen Schritt als eine politische Entscheidung herauszustreichen. Für uns wird die Revolte durch diese politische Strategie an alte Werte gekettet und ihre Perspektive eingeengt. Sie ist damit langfristig nicht in der Lage, modernere politische Inhalte auszudrücken. Inhalte, die aus dieser Proletarisierung entstehen können (oder auch nicht, wie C betont), die aber allein Verbindungen zwischen der Revolte in Chiapas und den übrigen sozialen Bewegungen in Mexiko herstellen könnten. Die Revolte in Chiapas wird eine »indigene« bleiben, weil es die Revolte der EZLN ist. Und die EZLN kann nichts anderes als der Ausdruck einer »indigenen« Revolte sein. Aber in Mexiko passiert etwas anderes, etwas größeres, etwas davon unterschiedenes ...

Chiapas und Klassenkämpfe in Mexiko

Welches Verhältnis existiert (oder existiert nicht) zwischen der EZLN und den sozialen Bewegungen? M, der diese Frage aufwirft, räumt ein, daß die Unterstützung für die EZLN meistens aus den Mittelklassen kommt, und daß sie »in den Fabriken gar nicht und in den barrios [Stadtteilen] nur wenig organisiert ist.« Aber was bedeutet dann »Einfluß« (M)? Die soziale Situation Mexikos steht kurz vor einer Explosion. Kämpfe wie der Eisenbahnarbeiterstreik im Norden drücken ein hohes Niveau an Klassengewalt und auch an Repression von Staat und Gewerkschaftsbürokratie aus (wie der Bericht von Dan La Botz zeigt⁷). Wir müßten mehr über die Praxis der MULP [Movimiento de Unidad y Lucha Popular] und deren Erfahrungen in den barrios wissen. Wenn M etwas mehr darüber und etwas weni-

⁷ Siehe die Übersetzung des Artikels von Dan La Botz in diesem Zirkular: »Der Kampf gegen die Privatisierung der Bahn. Hintergründe des Wildcat-Streiks der mexikanischen Eisenbahner«.

ger über die Autonomie der »indigenen Communities« schreiben würde, wüßten wir vielleicht besser darüber Bescheid, was dort wirklich passiert ...

Die Frage, die C fälschlicherweise an uns richtet, bekommt eine wirklich politische Dimension, wenn sie der EZLN gestellt wird. Welche »schlüssige Alternative« bietet sie den sozialen Bewegungen in Mexiko an? Es scheint klar zu sein, daß die EZLN keine anbietet. Außerhalb von Chiapas hat die EZLN keine eigenständigen Wurzeln. Weil sie auf bürgerlichen Organisationsprinzipien begründet ist, hat sie nichts Neues zur Gewerkschaftsfrage, zur Organisation in den barrios und zu aufständischen Streiks zu sagen. Ihre Abwesenheit bei diesen Kämpfen zeigt ihre politischen Grenzen. Was auch immer M und C über ihre »planetarische antikapitalistische« Rolle denken mögen, die EZLN hat Probleme, eine Rolle außerhalb von Chiapas zu spielen. M ist auf einmal besorgt und greift zur alten Lösung: »Etwas mehr Führung könnte hilfreich sein.« Ist das eine Kritik an Marcos? Das ist nicht nett, jetzt denkt ihr wie Puristen! Auf eine symbolische Weise hatte der durch den Aufstand in Chiapas neuentflammte Geist der Revolte und der Kampf um die Würde sicherlich einen Einfluß auf »die Zunahme von Kämpfen in Mexiko« (M). Aber wenn man davon ausgeht, daß Selbstorganisation die zentrale Frage einer breiten Selbstemanzipationsalternative ist, dann bedeutet es eine Menge, daß die EZLN dazu nichts zu sagen hat!

In der ersten Zeit nach dem Aufstand wurde darüber spekuliert, daß die zapatistische Bewegung auf die Hauptstadt marschieren könnte; heute versucht die EZLN, die korrupten Bürgermeister in Bergdörfern zu ersetzen. Was ist geschehen? Inzwischen ist Mexiko weiter in den nordamerikanischen Kapitalismus integriert, Millionen MexikanerInnen gehören jetzt zur internationalen Arbeiterklasse, das Land wurde militarisiert, Chiapas wird von nicht weniger als 100 000 staatlichen Söldnern kontrolliert (übrigens, fast vergißt man, daß Marcos letztes Jahr von den patriotischen Sektoren innerhalb der mexikanischen Armee sprach ... man vergißt neuerdings so viel), die soziale Situation ist schlimmer als je zuvor, überall gibt es Revolten und aufständische Streiks. Und nach wie vor spielt die EZLN keinerlei Rolle dabei. Sie kann einfach nicht, aus den Gründen, die ich vorher genannt habe.

Aber das Gegenteil ist nicht wahr. Heute können nur diese Revolten in den großen Städten und die Entwicklung radikaler Streikbewegungen die Menschen in Chiapas davor bewahren, Opfer des fürchterlichen Massakers zu werden, das der Staat vorbereitet (und das in gewissem Maße bereits im Gange ist). Die Schaffung autonomer Gemeinden in den Bergen durch einige EZLN-Kader wird dagegen nichts nützen. Möglicherweise passen diese sogar in die offizielle Strategie des Bürgerkriegs (wie in El Salvador), wo jeder auf die eine oder die andere Seite gezwungen wird. Die ausschließliche Konzentration der Solidaritätsarbeit auf die Aktivitäten der EZLN ist verschwendete Energie, denn sie hilft nicht, die Isolation der Revolte von Proletariern, Bauern, Frauen und Jugendlichen in Chiapas aufzubrechen. *Venceremos, aber nicht auf diese Weise...* ■

Erfahrungen aus Nicaragua

Gegen den Gedächtnisschwund und die Verdrängung der Geschichte

Ich beziehe mich auf zwei Bemerkungen in Charles Reeves Artikel: a. das leninistische Avantgarde-Konzept in Nicaragua sei in einer Katastrophe geendet; b. bis auf wenige Ausnahmen sei die Solidaritätsbewegung eine Erklärung schuldig geblieben, warum und wie aus diesen (ihren) Träumen Alpträume wurden. Da Charles in seinem Artikel diese Thesen nicht genauer ausführt, will ich sie mit einigen Beispielen untermauern, was sicherlich auch deshalb nötig ist, weil vielen heutigen Chiapas-AktivistInnen die Entwicklungen der 80er Jahre in Zentralamerika nicht (mehr) präsent sind; und die damaligen Entwicklungen und Erfahrungen (immerhin fuhren Tausende als BrigadistInnen nach Nicaragua) können durchaus für die aktuelle Diskussion über EZLN/Chiapas wichtig sein.

Ob man Konzept und Praxis der nicaraguanischen Befreiungsbewegung FSLN einfach und 1:1 auf die EZLN übertragen kann, wage ich zu bezweifeln. Schon allein deshalb, weil die FSLN nach einer relativ kurzen »heißen« Aufstandsphase im Sommer 1979 bereits an der (Staats)Macht war, vorangetrieben von einem Volksaufstand, der ihre eigenen längerfristigen Planungen überflüssig machte. Andererseits ist die Behauptung vollkommen übertrieben, in Chiapas würde eine völlig neuartige linke Organisation entstehen. Das war 1979 auch von der FSLN behauptet worden (unter Verweis auf die Beteiligung der Frauen, die internen demokratischen Entscheidungsprozesse, ihren Charakter als *politisch*-militärische Organisation etc.), nur daß damals die Neuartigkeit der FSLN am Vergleich zu anderen Entwicklungen (z.B. auf Kuba) festgemacht wurde.

Ich will zwei Punkte machen und zwar für die Zeit bis zu den von der FSLN verlorenen Wahlen im Februar 1990:

1. Politik der FSLN im Innern
 2. wechselseitiges Verhältnis von FSLN und internationaler Solidaritätsbewegung
- Das folgende ist also keine Generaleinschätzung *des* Sandinismus oder *der* nicaraguanischen Revolution.

Die Politik der FSLN im Inneren

Wirklich wichtige politische Entscheidungen der FSLN fielen immer in der »dirección nacional«, dem Neuner-Gremium der obersten Comandantes, und wurden nach unten durchgereicht: z.B. Änderung der Politik gegenüber den Indianerorganisationen an der Costa Atlantica, Kehrtwende bei der Agrarreform, Kleinhalten der linken Opposition, Niederschlagung von Streiks, Produktivitätssteigerungen

gen für die Front. Das »Durchreichen« war aufgrund von Kadernmangel, Desorganisation und Schlamperie symphatischerweise nicht hundertprozentig und überall gewährleistet, aber die Struktur war eindeutig: »dirección ordene!« (wörtlich: Führung befehl!) war eben nicht nur leerer Slogan der sandinistischen Jugendorganisation.

Die Bereitschaft, die Position der »Ranghöheren« als richtige anzuerkennen oder aus »übergeordneten« Gesichtspunkten« politisch wichtige Positionen zu relativieren und Entscheidungen zu verschieben, war selbst bei den brisantesten Fragen groß: Die Frauenorganisation AMNLAE strich z.B. ihre Forderung nach freier Abtreibung aus ihrem Programm, nachdem die Männer der »dirección nacional« meinten, man könne sich innenpolitisch nicht noch mehr mit der katholischen Kirche anlegen.

Der »übergeordnete Gesichtspunkt« war der Contrakrieg (was auf Kuba seit dreißig Jahren die Wirtschaftsblockade ist). Mit ihm konnte fast jede kritische Diskussion abgewürgt und fast jedes Problem erklärt werden. Der von USA/Contra brutal geführte »Krieg niedriger Intensität« wurde innerhalb Nicaraguas *auch* für politische Entscheidungen instrumentalisiert, z.B. wurde ein Streik der Bauarbeiter für Lohnerhöhungen vom Frühsommer 1988 sofort zu einer Machenschaft der CIA erklärt, z.B. wurden mehr als einmal auf dem Land Massenverhaftungen wegen angeblicher Contra-Unterstützung durch Campesinos durchgeführt (und die Staatsicherheit lag nicht ganz falsch damit, nur hätte eine Öffentlichkeit darüber mit der Propaganda aufgeräumt, bei der Contra handele es sich lediglich um ausländische Söldner plus ein paar gekaufte nicaraguanische Campesinos).

Politische Fehlentscheidungen wurden nicht »öffentlich« und konkret diskutiert, sondern der Öffentlichkeit wurde die jeweils neue politische Linie vorgestellt, die alte wurde meist mit den Fehlern irgendwelcher anonymer Kader entschuldigt und über Bord geworfen. Ein schönes Beispiel für diesen Mechanismus: Kurz nachdem AktivistInnen von Indianerorganisationen noch wegen staatsfeindlicher Umtriebe verhaftet worden waren, hielt der damalige Innenminister Tomás Borge an der Costa Atlantica eine Rede, mit der er die Bereitschaft der FSLN zu Verhandlungen bekanntgab.

Die politische Kultur der FSLN-Massenversammlungen war auf den ersten Blick beeindruckend, sagte aber über Politisierung und aktive und selbstbewußte Beteiligung wenig aus. Auf diese Weise wurde die FSLN im Wahlkampf 1990 Opfer ihrer eigenen Propaganda, die Massen auf ihrer Seite zu haben.

Verhältnis zwischen FSLN und internationaler Solidaritätsbewegung

Die internationale Solidaritätsbewegung sollte idealtypisch befehlsempfangende Unterorganisation der FSLN im jeweiligen Land sein. Das funktionierte in Italien und Frankreich mit ihren starken KPS recht gut. In der BRD gab es aber mehrere

Strömungen, und die stärkste war die »apparaturunabhängige«. Versuche der FSLN, dieses Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten (sprich zugunsten von Organisationen wie SPD, DKP, Gewerkschaften und Kirchen) zu kippen, schlugen fehl. Denn es existierte so etwas wie eine Solidaritäts*bewegung*, die sich auch als eigenständige politische Kraft in der BRD verstand, mit ausgeprägter Gegnerschaft z.B. zur SPD. In der BRD machte diese unabhängige Strömung Politik »gegen den Imperialismus« (wobei es mehrere Male heftige Zusammenstöße mit der FSLN gab, z.B. als Willy Brandt auf der Kundgebung einer Bündnisdemonstration sprechen sollte oder als Wischniewski auf einem Empfang in Managua im Chor als »Schwein von Mogadischu« titulierte wurde). In Nicaragua selbst wurde die FSLN mehr oder weniger eindeutig unterstützt. »Weniger eindeutig« heißt: Die unabhängige Fraktion der Solidaritätsbewegung hat zu manchen Sachen einfach das Maul gehalten oder »intern« Kritik geübt. Dabei blieb umstritten, was »intern« ist, da man ja immer dem Feind in die Hände spielen konnte. Noch 1989 wurde es von der Solidaritätsbewegung teilweise mit Entsetzen aufgenommen, wenn Leute aus den eigenen Reihen die FSLN offen und öffentlich kritisierten. Auch damals wurden Argumente benutzt, die jetzt in der Diskussion über Chiapas auftauchen: Dort ist Krieg, und ihr sitzt hier in der Bequemlichkeit der westeuropäischen Metropole und labert 'rum. Auch von »Einmischung in die inneren Angelegenheiten« der FSLN war schon mal die Rede.

Es gab allerdings einen Punkt, der die bekannten Muster etwas aufgebrochen hat: die Brigaden. Konzipiert als Propagandainstrument gegen den Contra-Krieg (der »ökonomische Nutzen« beim Häuserbau oder in der Kaffee-Ernte war immer umstritten) hatten sie einen unvorhergesehenen Nebeneffekt. Die BrigadistInnen sollten in der BRD von den Greueln der Contra und den daraus resultierenden schwierigen Lebensbedingungen der Campesinas berichten. In Nicaragua wurden sie aber vor allem Zeugen der politischen-sozialen Prozesse auf dem Land: wie wurde diskutiert, wie wurden Entscheidungen gefällt, Hierarchien, Verhältnis zu den städtischen Kadern der FSLN etc. Hier wurde der Traum vom neuen Menschen, das romantisierende Gerede von der »breiten Beteiligung des Volkes am revolutionären Prozeß« bei vielen gründlich zerstört. Das hat bei besonders gutgläubigen Menschen zur Abkehr von der Solidaritätsarbeit geführt, bei anderen eher dazu, viel genauer hinzuschauen, was in Nicaragua passierte und welche Strukturen sie unterstützen wollten.

Ein letzter Punkt: Die Wahlniederlage der FSLN im Februar 1990 war ein Schock für die Solidaritätsbewegung. Der von der SPD (!) organisierte Wahlkampf mit dem Hauptslogan »todo será mejor« (»alles wird besser«!) hatte zwar intern Kritik ausgelöst, und die völlige Konzentration auf den Präsidenten und FSLN-Chef Daniel Ortega (der als Macho-Figur »el gallo« zu Pferde in jedes nicaraguanische Dorf einritt und dort die Miss Sandinista wählen ließ...) führte sogar zu öffentli-

chen Protesten. Aber auch die »unabhängige« Strömung der Solidaritätsbewegung hatte den Wahlkampf der Regierungspartei FSLN unterstützt, da nur dadurch »die Weiterentwicklung der Revolution« unterstützt werden könne. Die Position, »vielleicht würde die Abgabe der Regierungsgewalt zu einer Öffnung der Partei führen und hätte insofern etwas Positives«, bzw. »die FSLN wäre dann nicht mehr damit beschäftigt, Sparprogramme auf Kosten der Arbeiter und Bauern durchzuziehen«, war klar in der Minderheit geblieben.

Nach der Wahlniederlage analysierte die FSLN selbst nach altbekanntem Muster: »Die Kader« hatten den »qualitativen Kontakt« zum Volk verloren (komischerweise hatte niemand vor den Wahlen davon geredet), jetzt gelte es, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, die FSLN wieder an die Macht (d.h. an die Regierung) zurückzubringen. Das sei auch Aufgabe der Solidaritätsbewegung, erklärte im März 1990 der Abgesandte der FSLN der verduztten ersten großen Versammlung Solidaritätsbewegter nach den Wahlen in der BRD. Zu diesem Zweck wolle die FSLN eine Bestandsaufnahme der materiellen und politischen Infrastruktur der Bewegung (Autos z.B.), die in der Zukunft zur Verfügung stehen würde, denn nun brächen in der Opposition harte Zeiten an ... Aus Verärgerung, Höflichkeit und Verblüffung wurde dieser unpolitische Quatsch von der Versammlung mit Schweigen beantwortet, nur ein einziger Genosse aus der Schweiz (Guy presente!) machte Anstalten, eine inhaltliche Diskussion darüber anzufangen, was es denn hieße, »den qualitativen Kontakt zum Volk zu verlieren« – er bekam vom FSLN-Vertreter nichtssagende Antworten.

Um die erwähnten harten Zeiten etwas abzumildern, veranstaltete die FSLN in der Zeit zwischen Wahlen und Regierungsübernahme der Rechtsopposition die inzwischen berühmte »piñata«¹: Grundstücke, Häuser, Autos, etc. wurden an verdiente Parteimitglieder bzw. von diesen an sich selbst verteilt, damit den »Somozisten« nicht zu viel in die Hände fallen konnte, so die spätere Legitimation. Das Volk wurde weder qualitativ noch quantitativ kontaktiert, es ging leer aus. ■

Ein früherer Aktivist aus der Zentralamerikasolidarität

¹ »piñata«: in Nicaragua ein Spiel, bei dem die Kinder mit verbundenen Augen versuchen, mit einem Stock eine große Puppe zu zerschlagen, aus deren Inneren sich dann Bonbons etc. auf den Boden ergießen: darauf beginnt der Wettkampf um die Süßigkeiten.

Der Kampf gegen die Privatisierung der Bahn

Hintergründe des Wildcat-Streiks der mexikanischen Eisenbahner

Dan La Botz (in: Labor Notes #230, Mai 1998)

In der riesigen Gewerkschaftshalle wurde es still. Männer in Jeans und T-Shirts, viele mit Baseballkappen oder Cowboyhüten, hörten aufmerksam den Funktionären auf dem Podium zu.

Die Gewerkschafter sagten, es gäbe keine Garantie, daß sie von den neuen Bahneigentümern wieder eingestellt werden würden. Die neue Firma erkenne den alten Tarifvertrag nicht an, sondern wolle einen neuen, »flexiblen« Vertrag. Das Zupersonal würde wahrscheinlich von sechs auf drei Arbeiter reduziert werden.

Seit mehr als zwei Jahren hatten sie die Punkte diskutiert: Wechsel des Arbeitgebers, Entlassung und Wiedereinstellung, Verlust ihrer Ansprüche aus der Betriebszugehörigkeit, des Tarifvertrags und der bisherigen Arbeitsbedingungen. Und wenn die Betriebe ganz zugemacht werden würden und 1200 auf der Straße stünden? Für die Menschen von Empalme, eine Stadt mit 56 000 Einwohnern im nord-mexikanischen Bundesstaat Sonora, gibt es nichts Ernsteres.

Carlos Figueroa, der Generalsekretär des Ortsverbandes 8, machte einen Vorschlag. Die Debatte wurde leidenschaftlich. Um ihre Jobs und den Vertrag zu retten, hatten sie keine andere Wahl: sie würden streiken.

›Paro‹ und ›Planton‹

Von ihren Funktionären angeführt marschierten hunderte von Bahnarbeitern – die meisten davon Männer, aber auch Frauen aus den Büros – vom Gewerkschaftshaus zum nahegelegenen Rangierbahnhof.

Sie kamen an den riesigen alten Betriebswerkstätten vorbei und riefen die Arbeiter heraus, die drinnen Waggons reparierten. Während sie durch die Stadt marschierten, schlossen sich ihnen Männer, Frauen und Kinder an – alles BahnarbeiterInnen oder Nachfahren von BahnarbeiterInnen.

Am Rangierbahnhof angekommen, gaben die Gewerkschafter den Lokführern in den großen Dieselloks und den Rangierarbeitern Zeichen. Die Loks und Waggons hörten auf, sich zu bewegen. »Paro«, rief einer der Gewerkschaftsvertreter, das spanische Wort für wilden Streik.

Einige Arbeiter fuhren ein paar Werkstattwagen an strategische Punkte der Linien. Andere legten Schalter um. Eine Gruppe von Arbeitern begann auf der Hauptlinie das, was die Mexikaner »Planton« nennen: eine Sitzblockade.

So begann am 16. Februar [1998] der größte Eisenbahnerstreik Mexikos seit Jahrzehnten. Der Streik brachte große Teile des industriellen Transports in Nordmexiko unmittelbar zum Erliegen. Zwei Wochen später, nach Intervention der Bundesregierung und der obersten Chefs der mexikanischen Bahnarbeitergewerkschaft, hatten die Streikenden nur für wenige Jobs Garantien gewonnen. Aber sie haben die Bewegung gegen die weitverbreitete Privatisierung der mexikanischen Wirtschaft angeheizt.

Die 3700 Mitglieder von Local 8 der mexikanischen Bahnarbeitergewerkschaft sind mutig für die Rettung ihrer Arbeitsplätze eingestanden. Aber sie kämpften nicht allein.

In den letzten Jahren haben sich in Sonora Bahnarbeiter, Bergleute, Telefonarbeiter, Lehrer, Professoren und andere Beschäftigte von Universitäten, Studenten, Nachbarschaftsorganisationen und Gruppen von Yaqui Indianern zusammengeschlossen und die »Breite Front der sozialen Organisationen« (FAOS) gebildet. Als der Streik begann, schlossen sich FAOS-Aktivisten den Bahnarbeitern an und stoppten die Züge in Hermosillo, eine Stunde nördlich von Empalme und Standort einer großen Ford-Fabrik. Auch in anderen Teilen Sonoras kamen FAOS-Aktivisten den Streikenden zu Hilfe.

Bürgermeister und religiöse Führer gewährten Unterstützung. Zwei Tage nach Streikbeginn erschien der katholische Priester Rogelio Lopez auf dem Rangierbahnhof und hielt eine Messe bei der »Planton«, genau da, wo die Arbeiter die Züge blockierten.

Ein Wunder auf der Autobahn

Weil der Streik sich so dahinschleppte, hielten die ArbeiterInnen Versammlungen zur Diskussion der Strategie ab. Etwas anderes mußte gemacht werden. Ein Arbeiter meldete sich: »Ich schlage vor, daß wir zum Schrein des wundertätigen Heiligen Judas Tadaeus gehen.« Also marschierten sie zum Schrein auf einem Hügel am Rande von Empalme. Dort beteten hunderte von Streikenden und ihre Unterstützer zum Heiligen am Rande der Autobahn. Die Menge wuchs an, bis sie auf die Autobahn überquoll und den Verkehr blockierte. Das Ergebnis war in der Tat wunderbar: Die LKWs stauten sich kilometerweit auf der Autobahn, die parallel zu den Schienen verläuft und die Westküste Mexikos versorgt. Mit Hilfe des Heiligen kam der ganze Überlandtransport im Bundesstaat zum Erliegen.

Der Streik zog alle mit in den Kampf. Lydia Cano, 66jährige Eisenbahnerwitwe und Führerin der Ortsgruppe einer landesweiten Rentnerorganisation, organisierte eine Demo von pensionierten Eisenbahnern und anderen pensionierten

Staatsbediensteten. Dann wandte sich Cano an die Frauen der Stadt und organisierte die »Marchade la Cazuelas«, den Marsch der Töpfe und Pfannen. Zwei- bis dreitausend Frauen und Kinder demonstrierten durch Empalme und schlugen auf Töpfe und Pfannen. Leere Töpfe und Pfannen sind »Symbole von Hunger und Arbeitslosigkeit«, so Cano.

Während sich vor Ort eine breite Koalition hinter die Streikenden stellte, gingen die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaft auf Distanz. Der Chef der mexikanischen Bahnarbeitergewerkschaft, Victor Felix Flores Morales, hatte sich das von Weltbank, Regierung, staatlicher Eisenbahngesellschaft und Privatindustrie befürwortete Privatisierungs- und Reorganisationsprogramm vollständig zu Eigen gemacht. Victor Flores akzeptierte nicht nur das Privatisierungsprogramm der Regierung, sondern unterstützte dessen Durchführung, indem er die Arbeiter drängte, Vorruhestand und Entlassungen hinzunehmen.

Flores hatte die Kontrolle über die Eisenbahnergewerkschaft in den frühen 90er Jahren nach blutigen Kämpfen rivalisierender Fraktionen gewonnen. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen war Lorenzo Duarte Garcia, von 1989 bis 1992 Generalsekretär, bei einem mysteriösen Autounfall ums Leben gekommen. Viele denken, daß er ermordet worden ist. Nur drei Wochen danach wurde der amtierende Generalsekretär Praxedis Fraustro Esquivel Opfer eines Mordanschlags, der bis heute nicht aufgeklärt ist.

Der Tod dieser beiden Funktionäre machte Victor Flores den Weg an die Spitze der Gewerkschaft frei. Die Partei der Institutionalisierten Revolution PRI, die Mexiko seit siebzig Jahren regiert, verhalf ihm dann bei den Wahlen zu einem Sitz im Kongreß. Victor Flores war außerdem ein Jahr lang Vorstand des mexikanischen Gewerkschaftsdachverbandes, der eng mit der PRI liiert ist.

Schlägertruppen

Von diesen Posten aus half Flores, die Privatisierung der mexikanischen Bahn in Gang zu bringen. Wenn örtliche Gewerkschaftsführer oder Arbeiter Flores in Frage stellten, bedrohte oder bestach er sie. Wenn Mitglieder Versammlungen zur Diskussion über Privatisierung und Reorganisationsfragen einberiefen, führte er persönlich eine hundert Mann starke Schlägertruppe an, um die Versammlungen zu sprengen.

Als Vertreter der Oppositionsparteien in der Kongreß-Kommission für Arbeit und Soziales die Situation bei der Bahn untersuchen wollten, brachte Flores seine Schlägertruppe in den Kongreß. Flores selbst versuchte, einen Kongressabgeordneten zu würgen, während Mitglieder seiner Schlägertruppe mit Mord drohten, sollte man sich in Bahnangelegenheiten einmischen.

Eine Basisbewegung

Von ihrer Führung in Stich gelassen, organisierten sich die Arbeiter an der Basis selbst. Salvador Zarco, vormalig Spitzenfunktionär der Ortsgruppe 15, die die Arbeiter im Bereich des Rangierbahnhofes in Mexico City vertritt, organisierte das Komitee zur Verteidigung der Tarifverträge. Zarco und eine Anzahl Mitglieder seiner Ortsgruppe waren unter den ersten, die zu Beginn des Privatisierungsprozesses gefeuert wurden. Zarco glaubt, daß sie gefeuert wurden, um eine Gruppe auszuschalten, die der Reorganisation ablehnend gegenüberstand.

Das Komitee zur Verteidigung der Tarifverträge fing an, Demonstrationen gegen Zwangspensionierungen, Kündigungen und Angriffe auf den Tarifvertrag zu organisieren. Zarco schrieb und verteilte Flugblätter, in denen er die Kollegen über die Privatisierung aufklärte. Das Komitee gab eine Zeitung – El Petardo (der Knallfrosch) – heraus, die im ganzen Land verteilt wurde.

Zarco und das Komitee argumentierten, die Regierung, die Arbeitsbehörden und die neuen Eigentümer würden mexikanische Arbeitsgesetze verletzen. In Paragraph 41 des Bundesarbeitsgesetzes heißt es: »Ein Wechsel des Arbeitgebers berührt nicht die Arbeitsbeziehungen bei der Firma oder dem Unternehmen.« Also, sagt Zarco, sollten die Unternehmen nicht die Macht haben, Arbeiter zu entlassen, Tarifverträge aufzukündigen, Rechte aus der Dauer der Betriebszugehörigkeit zu verweigern oder Löhne zu kürzen.

Im letzten November organisierten Zarco und das Komitee eine Karawane mit 2000 Teilnehmern, die meisten davon Arbeiter aus Zentralmexiko. Sie reisten von Guadalajara bis Nogales, um mit Bahnarbeitern zu reden und Literatur zu verteilen. Einer der Orte, an denen sie Halt machten, war Empalme, wo drei Monate später die Arbeiter zur Tat schritten und die Züge stoppten. Als der Streik in Empalme ausgebrochen war, half Zarco bei der Koordinierung der Kontakte unter den Streikenden und zu anderen Gewerkschaften und sympathisierenden Kongreßabgeordneten. Jetzt steht der Rangierbahnhof von Mexiko City, wo Zarco gearbeitet hatte, zum Verkauf. Er glaubt, daß das neue Unternehmen bereits zum 30. April Massenentlassungen verkünden und den Tarifvertrag aufheben könnte. ■

Wir wissen noch nichts genaueres über den neuen Streik bei General Motors in den USA. Seit dem 5. Juni wird eine Teile-Fabrik in Flint mit 3400 Beschäftigten, und seit dem 11. Juni eine weitere Fabrik mit 5800 Beschäftigten bestreikt. Schon am 13. Juni mußte GM 13 Montagewerke und 58 Teile-Fabriken dichtmachen – und auf die Ausbeutung von etwa 60 000 ArbeiterInnen verzichten! Just-in-time mal andersrum: Just-in-strike! Zu Streikbeginn haben wir die folgende, authentische Arbeiterstimme aus dem Internet gefischt:

Okay, Brüder und Schwestern ... los geht's!

Am 5. Juni 1998, um 10.20 Uhr, haben fast 2000 meiner engsten persönlichen Freunde und ich die Arbeit im Flint Metal Center von GM niedergelegt.

Nach zehn Jahren »Zusammenarbeit« beschloß die Firma, daß wir **immer** noch nicht genug geben. Daher meinten sie, sie hätten das Recht, den Vertrag und die schriftlichen Zusagen zu ignorieren, über die wir fast zwei Jahre verhandelt hatten.

Während des Volkstrauer-Wochenendes hat GM von draußen Subunternehmer angeheuert, um Preßformen für Karosseriebleche für ihre neuen LKWs abzutransportieren. Damit haben sich Jobs, die es angeblich noch für unsere Kinder geben sollte, ebenso in Luft aufgelöst wie die ganzen anderen Versprechungen, die sie aus ihren nichtssagenden Tortenlöchern abgesondert haben.

Und was wohl klar ist, Leute ... wir haben die Schnauze voll!

Viele Beobachter denken vielleicht, das sei noch so eine ohnmächtige Geste einer sterbenden Organisation.

Vertut euch da mal nicht!!!!

Diesmal hat GM den falschen Hund getreten.

Die Leute hier stecken **keine** Knöpfe auf Radios und tragen **keine** weißen Schuhe bei der Arbeit. Wir schweißen Rahmen, werfen mit Motorhauben oder Bodenblechen herum und machen überhaupt die ganze Scheiße, die sonst keiner machen würde. Aber ... es ist ein Job.

Ich will damit sagen, daß die Brüder und Schwestern hier **tough** sind! Wir haben keine Probleme, so lange zu streiken, wie es nötig ist, und wir werden uns **nicht** einschüchtern lassen.

Meine Damen und Herren im ganzen Land, behalten Sie Flint im Auge.

Wir werden Ihnen zeigen, wie man's macht (wir haben einen Ruf zu verteidigen).

CJ, Mitglied im UAW-Ortsverband 659
(wo die »Sit-Downers« herkommen)

